

Wo in Hamburg die Sonne aufgeht!

Tätigkeitsbericht

des Bezirksamtes Bergedorf für das Jahr 2014



www.bergedorf.hamburg.de

HAMBURG
BERGEDORF

Freie und Hansestadt Hamburg

Drucksache 20-0388

Bezirksamt Bergedorf

T Ä T I G K E I T S B E R I C H T

D E S

B E Z I R K S A M T E S B E R G E D O R F

BERICHTSJAHR 2 0 1 4

(35. Fortschreibung)



VORWORT

Das Bezirksamt legt mit dieser Ausgabe seinen Tätigkeitsbericht 2014 vor, um damit wie in den Vorjahren auch über die Arbeit des vergangenen Jahres durch Zahlen, Daten und Fakten zu informieren.

Diese Informationen sollen Interessierte einladen, sich mit der Arbeit und der Entwicklung des Bezirksamtes zu befassen, die mit den jährlichen Tätigkeitsberichten nun schon zum 35. Mal dokumentiert werden.

Wir fordern erneut zur Aufgabenkritik auf und freuen uns über Anregungen, die der Arbeit des Amtes dienen könnten.

Arne Dornquast

Bezirksamtsleiter



INHALTSVERZEICHNIS

	<u>Seite</u>
0. Bergedorfer Museumslandschaft	5
Museum für Bergedorf und die Vierlande	5
Freilichtmuseum Rieck Haus	6
Hamburger Sternwarte	6
Lichtwarkausschuss	7
1. Dezernat Steuerung und Service	8
1.1 Interner Service	8
Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit,	8
Gebäudemanagement,	9
Katastrophenschutz,	9
1.2 Personalservice	10
1.3 Ressourcensteuerung	13
Haushalt	13
Organisation und IT-Angelegenheiten	14
1.4 Rechtsamt	15
2. Dezernat Bürgerservice	
2.1 Fachamt Einwohnerwesen	18
Einwohnerdaten	18
Ausländerangelegenheiten	19
2.2 Fachamt Personenstandswesen	20
3. Dezernat Soziales, Jugend und Gesundheit	22
3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum	23
Sozialhilfe und Grundsicherung	23
Eingliederungshilfe für Menschen mit seelischer Behinderung	24
Leistungen der Hilfe zur Pflege, Bezirkliche Seniorenberatung, Pflegefachkraft	24
Und Pflegestützpunkt	24
Fachstelle für Wohnungsnotfälle	24
Wohngeld	25
Elterngeld / Betreuungsgeld	25
Unterhaltssicherung	25
3.2 Fachamt Sozialraummanagement	27
Integrierte Stadtteilentwicklung	28
Steuerung und Förderung	30
Kommunale Einrichtungen zur Förderung der Erziehung in der Familie	30
Kommunale Einrichtung der offenen Kinder- und Jugendarbeit	32
Sportangelegenheiten	32
Integration von Zuwanderern	33
Jugendhilfe- und Sozialplanung	34
Bezirkliche Arbeitsmarktkoordination, Jugendberufsagentur	35
Bezirkliches Bildungsmanagement	36



3.3	Fachamt Jugend- und Familienhilfe	37
	Übergreifende Planung und Steuerung	37
	Koordinatorin für Kinderschutz	38
	Hilfe zur Erziehung, Hilfe für volljährige Jugendliche, Eingliederungshilfe	38
	Projekte	39
	Gewaltprävention im Kindesalter	40
	Pflegekinderdienst	40
	Amtsvormundschaft / Beistandschaft	40
	Kindertagesbetreuung	41
	Unterhaltsvorschuss	42
3.4	Fachamt Gesundheit	42
	Kommunales Gesundheitsförderungsmanagement	43
	Amtsärztliche Gutachten	43
	Sozialpsychiatrischer Dienst	44
	Beratungsstelle für körperbehinderte Menschen	44
	Jugendpsychiatrischer Dienst	45
	Kinder- und Jugendgesundheitsdienst	46
	Schulärztlicher Dienst	46
	Schulzahnärztlicher Dienst	46
	Mütterberatung	47
	Mitarbeit der Mütterberatung in den Familienteams	47
	Projekt „Einladungswesen U6/U7“	48
	Gesundheitsschutz	49
4.	Dezernat Wirtschaft, Bauen und Umwelt	52
4.1	Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung	53
	Übergeordnete Planung	54
	Bebauungsplanung	56
	Landschaftsplanung	57
4.2	Fachamt Management des öffentlichen Raumes	58
	Straßen- und Tiefbauprojekte	58
	Unterhaltungsmaßnahmen Straßen und Wege	59
	Unterhaltungsmaßnahmen Grün	59
	Forstprojekte	60
	Wasserwirtschaftliche Maßnahmen	60
	Landschaftsbauprojekte	61
	Ordnungswidrigkeiten und Ermittlungen	61
4.3	Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt	64
	Gewerberecht, Marktwesen, Lebensmittelüberwachung	65
	Lebensmittelüberwachung und Marktwesen	68
	Veterinärwesen	71
	Technischer Umweltschutz	73
4.4	Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ)	74
	Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing	75
	Bauaufsicht	77
	Service und Verwaltung	80
	Umwelt	81



0. Bergedorfer Museumslandschaft

Leitung: Frau Dr. Riller

	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	9,23	9,37

Organisation und Aufgaben

Die Bergedorfer Museumslandschaft ist als für Kultur und Museen zuständige Stabsstelle beim Bezirksamtsleiter angesiedelt. Ihre Leitung obliegt seit dem 1. Juni 2013 Dr. Schanett Riller. Die Museumslandschaft hat einen Beirat, der über Ausstellungen und Veranstaltungen der Museumslandschaft berät, und einen Museumsvorstand.

Die Museumslandschaft fördert mit Ausstellungen, Veranstaltungen und Publikationen das Verständnis der historischen und gegenwärtigen Entwicklung von Stadt und Land im Bezirk Bergedorf. Im Zentrum stehen dabei die Prinzipien der Besucherorientierung und der Partizipation der Bevölkerung und Besucher.

In der Sternwarte wird ein Besucherzentrum mit der Möglichkeit der Teilnahme an astronomischen und historischen Führungen betrieben. Die Museumslandschaft fungiert für das Bezirksamt gegenüber der Betreiberin des Besucherzentrums als Vertragspartner und leitet den sogenannten „Runden Tisch Sternwarte“, der die Interessen der beteiligten Gruppen mit Blick auf die Öffentlichkeitsarbeit und die Öffnung der Sternwarte für den Besucherbetrieb zusammenführt. Dieser tagte 2014 viermal.

Über die Leitung der Kernhäuser Bergedorfer Schloss (Museum für Bergedorf und die Vierlande) und Rieck Haus (Vierländer Freilichtmuseum) hinaus obliegt der Bergedorfer Museumslandschaft die Koordination des Geschichtsmarketings des Bezirks und die Entwicklung der Dachmarke „Museumslandschaft“. Ebenso vertritt die Museumslandschaft die Bezirksmuseen und Teilnehmer der Arbeitsgruppe Museumslandschaft in der Lenkungsgruppe Tourismus im Bezirksamt, um die kulturtouristische Weiterentwicklung Bergedorfs voranzutreiben.

Seit September 2014 ist außerdem der Lichtwark-Ausschuss der Museumslandschaft angeschlossen, der den Jugendtheaterwettbewerb und den Jugendmusikwettbewerb organisiert.

Tätigkeiten und Besuchszahlen der Museumslandschaftshäuser

Museum für Bergedorf und die Vierlande

Ausstellungen

Im Jahr 2014 hat die Bergedorfer Museumslandschaft im Bergedorfer Schloss sechs Sonderausstellungen gezeigt und gemeinsam mit verschiedenen Kooperationspartnern jeweils Begleitveranstaltungen dazu organisiert.

Gleichschaltung. Zustimmung. Widerstand. Bergedorfer Jugend im Nationalsozialismus.

Laufzeit: 9. November 2013 – 30. August 2014, kuratiert von der Museumslandschaft



„Vorwärts immer, rückwärts nimmer“. Bilder aus einem fast vergessenen Land von stern-Fotograf Harald Schmitt

Laufzeit: 10. Mai 2014 – 10. November 2014, kuratiert von der Museumslandschaft

Internationale Skulpturenlandschaft

Laufzeit: 18. Mai – 22. Juni 2014, kuratiert von Skulpturenlandschaft e.V.

Dritte Bergedorfer Kunstschau

Laufzeit: 5. September 2014 – 21. September 2014, kuratiert von der Kunstschau

Busy Girl – Barbie macht Karriere/ Frauen im Beruf

Laufzeit: 14. November 2014 – 31. Mai 2015, Wanderausstellung plus eigenkuratierter Bergedorf-Anteil von der Museumslandschaft

Mitmach-Adventskalender

Laufzeit: 1. – 24. Dezember 2014, kuratiert von der Museumslandschaft

Besuchszahlen	2014
Besucher im Schloss	13.339
davon Besucher von Kulturveranstaltungen und Führungen	3.286
Zusätzliche Besucher bei Privatvermietungen (Hochzeiten, Vorträge)	2.497

Freilichtmuseum Rieck Haus

Im Rieck Haus konnte 2014 aufgrund eines Monitorings zum Schädlingsbefall im Haus keine Sonderausstellung durchgeführt werden. Besucher konnten hier nur die Dauerausstellung und Veranstaltungen besuchen, die von der Museumslandschaft und dem Freundeskreis Rieck Haus e.V., dem Förderverein Vierländer Ewer e.V. und dem TOCH e.V. durchgeführt wurden.

Besuchszahlen	2014
Besucher im Freilichtmuseum Rieck Haus	9.494
davon Besucher von Kulturveranstaltungen und Führungen	5.916

Hamburger Sternwarte

Die Hamburger Sternwarte bietet gemeinsam mit dem Förderverein Hamburger Sternwarte e.V. offene und geschlossene Führungen und Rundgänge über das Gelände der Sternwarte an und koordiniert Vortragsreihen, Kulturabende und andere Veranstaltungen.

Besuchszahlen	2014
Hamburger Sternwarte	15.000
davon Besucher offener Führungen	1.300
Besucher von Führungen und Kulturveranstaltungen	3.280
Zusätzliche Besucher bei Privatvermietungen	5.400



Dachmarke Museumslandschaft

Die Dienststelle Bergedorfer Museumsstelle betreut und koordiniert eine Arbeitsgruppe kulturell und historisch tätiger Institutionen in Bergedorf. Ziel der zweimonatig tagenden Akteure ist es, gemeinsame PR-Aktivitäten der ortsansässigen Geschichtseinrichtungen zu planen sowie Veranstaltungsangebote zu entwickeln und untereinander abzustimmen.

Lichtwark-Ausschuss

Lichtwark-Theater Haus im Park

Der Theaterbetrieb hat in der abgelaufenen Saison gerade mit Blick auf die Anzahl der Veranstaltungen weiterhin ein hohes Niveau gehalten. Fanden in der Saison 08/09 lediglich 38 und in der Saison 09/10 lediglich 37 Veranstaltungen statt, so sind in den letzten drei Saisons jeweils 44 Veranstaltungen zu verzeichnen, was nur durch den hohen Anspruch möglich ist, den das Theater mit einer Auslastung von drei Vierteln seiner Kapazität genießt. Das Theater wird mit seinem derzeitigen Angebot von der Bevölkerung nach wie vor und trotz des attraktiven Wettbewerbsumfelds gut angenommen. Dies lässt sich auch daran festmachen, dass sich das Publikum sowohl aus jungen als auch aus älteren Gästen zusammensetzt.

Spielzeit	11/12	12/13	13/14
Anzahl der Veranstaltungen	44	44	44
Anzahl der Abonnenten	858	867	872
Anzahl der "freien" Besucher	13.456	14.133	14.746
Auslastung der Veranstaltungen	73,8 %	75,1 %	78,3 %

Jugendmusikantenwettbewerb

Rund 150 junge Musikerinnen und Musiker wetteiferten an den 2 Wochenenden des 51. Bergedorfer Jugendmusikantenwettstreits um gute Plätze und nahmen dafür z. T. wieder Anreisen aus dem gesamten norddeutschen Raum in Kauf. Höhepunkt war das abschließende Preisträgerkonzert. Die Oscar und Vera-Ritter-Stiftung ermöglichte durch ihre großzügige Spende erneut die Vergabe von Preisen in Form von Musikalien-Gutscheinen.

Jugend-Theatertage

Die 4 Theatergruppen der 35. Bergedorfer Jugendtheatertage zeigten Aufführungen und wurden von einer differenziert abwägenden Jury bewertet, die jeder Gruppe ein sehr persönliches und individuelles Feedback gab. Der Wettbewerb wurde erneut finanziell und persönlich durch die Freunde des Theaters Haus im Park unterstützt.



1. DEZERNAT STEUERUNG UND SERVICE

Leitung: Herr Wolters

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	50,18	48,91	51,49
betreute Fachausschüsse	Bezirksversammlung, Hauptausschuss, Regionalausschuss und andere Fachausschüsse		

1.1. Interner Service

Leitung: Herr Dr. Aholt

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	21,29	20,76	22,16

Aufgaben und Entwicklung in 2014

Gremienbetreuung und Öffentlichkeitsarbeit

	2012	2013	2014
Anzahl der zu betreuenden ehrenamtlichen Gremien	15	15	16
Anzahl der Sitzungen der Bezirksversammlung und ihrer Ausschüsse	131	131	131
Anzahl der der Bezirksversammlung vorgelegten Drucksachen	567	621	652
Anzahl der Beiträge/Stellungnahmen zu Drucksachen der Bezirksversammlung und deren Fachausschüsse	156	316	309
Aufwendungen für Bezirksabgeordnete und Fraktionen	785.321	668.529	806.519
Eingaben an die Bezirksversammlung	30	21	21
Eingaben an die Bezirksamtsleitung	69	53	61

Schwerpunktt Themen der Hauptausschuss-Eingaben sind nach wie vor Verkehrsangelegenheiten. Die Eingaben an die Bezirksamtsleitung betreffen hauptsächlich Bau- und Verkehrsangelegenheiten.

Neben der Ausschuss begleitenden Tätigkeit waren 2014 folgende Aufgaben zu bewältigen:

- Vorbereitung und Durchführung der Wahl zur Bezirksversammlung
- Vorbereitung und Durchführung der Europa-Wahl
- Konstituierung der Fachausschüsse
- Neubildung des Jugendhilfeausschusses
- Neubildung der Widerspruchsausschüsse
- Beteiligung am weiteren Einführungsprozess des neuen Ratsinformationssystems ALLRIS (u. a. Vorbereitung der Anbindung an SAP)
- Teilnahme am Tag des offenen Denkmals



Ehrungen

	2012	2013	2014
Eiserne-, Diamantene-, Goldene-, Gnadenhochzeit	15	11	10
90., 100. und jeder weitere Geburtstag über 100	246	279	281

Zu den 90. Geburtstagen und den Geburtstagen über 100 verschickt die Senatskanzlei Glückwunschkarten.

Die Ehrungen zu den 100. Geburtstagen werden vom Bezirksamt persönlich vorgenommen. Auf Wunsch übermittelt das Bezirksamt Gratulationen bei Ehejubiläen.

Gebäudemanagement

Kennzahlen	2012	2013	2014
Anzahl der zu unterhaltenden eigen genutzten Gebäude	18	18	18
Höhe des Bewirtschaftungsvolumens für eigen genutzte Gebäude	1.053.525 €	1.018.927 €	1.067.285 €
Nutzfläche der zu unterhaltenden eigen genutzten Gebäude in m ²	20.108	19.780	19.780
-davon angemietet in m ²	15.801	15.484	15.484
Durchschnittliche Bewirtschaftungskosten für eigen genutzte Gebäude je m ²	4,36 €	4,29 €	4,49 €
Durchschnittliche Mietkosten je m ²	10,94 €	10,99 €	10,98 €

- Zentralisierung des Fuhrparks am Standort Rathaus und Abbau von Fahrzeugen
- Teilweise Umstellung des Fuhrparks auf E-Fahrzeuge
- Sanierung Dach Kulturheim Mittlerer Landweg
- Mitwirkung am Projekt Konzentration des Einkaufs

Zentrale Fachaufgabe Katastrophenschutz

Am 14. und 15. Mai wurde gemeinsam mit dem fachlich zuständigen Verbraucherschutzamt des Bezirksamtes eine Tierseuchenübung durchgeführt. Die Übung hat hinsichtlich der Stabsorganisation, des fachlichen und technischen Aufbaus sowie der materiellen Ausstattung wichtige Erkenntnisse gebracht, die, in Zusammenarbeit mit dem Verbraucherschutzamt, Schritt für Schritt umgesetzt werden.

Am 15. November wurde eine Stabsrahmenübung mit dem Thema einer sehr schweren Sturmflut durchgeführt. Neben dem regionalen Katastrophendienststab (RKD) waren in Bergedorf außer sämtlichen Fachberatern im RKD auch beide Technischen Einsatzleitungen an der Übung beteiligt. Zeitgleich wurde mit Mitgliedern der DLRG die Warnung der Bevölkerung mittels Lautsprecherdurchsagen in Zusammenarbeit mit dem Stabsbereich „Bevölkerung“ des RKD praktisch geübt.

Die Übungsziele „Einüben und Training der Stabsarbeit“ und „Überprüfung der Stabsarbeit und der bestehenden Planungen“ wurden in vollem Umfang erreicht.



Ferner erfolgte im Jahr 2014 neben der Schulung der Mitarbeiter und der Einarbeitung in relevante Software die Mitarbeit in einer Arbeitsgruppe, deren Schwerpunkt die Erarbeitung einer bezirksübergreifend einheitlichen Stabsstruktur war.

Katastrophenschutz	2012	2013	2014
Anzahl der Katastrophenschutzübungen	2	1	2
Anzahl der Schulungen	8	9	9
Anzahl der Einsätze	1	2	0

Bei 9 Schulungsterminen wurden insgesamt 21 Mitarbeiter des RKD fortgebildet und in ihre Aufgaben eingewiesen, sowie z.T. mit für ihre Tätigkeit im RKD notwendiger Software vertraut gemacht.

1.2 Fachamt Personalservice

Leitung: Frau zur Linde

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	6,19	6,36	6,5

Aufgaben und Entwicklung in 2014

Die Aufgabe des Fachamtes Personalservice (PS) besteht im Wesentlichen darin, die Arbeitgeberinteressen zu vertreten und die Behördenleitung und die Fachämter und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in allen personellen Fragen zu beraten.

Im Jahr 2014 gab es neben den Routineaufgaben folgende Arbeitsschwerpunkte:

Die zum 31.12.2013 beschlossene Auflösung des BOD im Bezirk und die Schaffung eines Abschnitts für Ordnungswidrigkeiten zum 01.01.2014 sowie die damit verbundenen personellen Veränderungen wurden von PS umgesetzt und begleitet.

Neben der Betreuung spezieller Beschäftigtengruppen waren auch Themen für alle Beschäftigten im Fokus. So trat zum 01.09.2014 ein neues Hamburgisches Personalvertretungsgesetz (HmbPersVG) in Kraft. Dieses wird durch den Personalservice angewandt bzw. umgesetzt.

Für die Bezirksversammlungs- und Europawahl in 2014 wurden befristet mehrere Personen eingestellt und nach Beendigung der Tätigkeit entsprechende Zeugnisse gefertigt. Für die Bürgerschaftswahl 2015 wurden Einstellungsvorbereitungen für Unterstützungskräfte getroffen.

Im Rahmen der Konsolidierungsbemühungen gab es vom Projekt Bezirksverwaltung 2020 auch Organisationsüberlegungen zu den bezirklichen Personalabteilungen. In diesem Zusammenhang waren Zuarbeiten gefordert und darüber hinaus auch zu diversen personalrechtlichen Fragen für andere Fachämter.

Erfreulicherweise ist die Krankenquote im Bezirksamt weiterhin gesunken. Sie betrug in 2014 7,1 % (im Vorjahr 7,6 %).

Der vom Personalservice Ende 2013 entwickelte Leitfaden zur Wiedereingliederung langzeiterkrankter Mitarbeiter wurde in die Praxis umgesetzt und es wurden inzwischen



insgesamt 20 Wiedereingliederungsgespräche federführend vorbereitet und begleitet. In 2015 ist geplant, hierüber eine Dienstvereinbarung mit dem Personalrat abzuschließen.

Im Rahmen der Personalentwicklung wurden regelmäßige Informationsgespräche mit neuen Vorgesetzten geführt sowie Teamentwicklungs- und Coachingmaßnahmen organisiert.

Obwohl die Fluktuation der Beschäftigten im Bezirksamt Bergedorf verglichen mit anderen Bezirksamtern und Behörden immer noch eher gering ist, wurden in 2014 unter der Federführung des Personalservice wie im Vorjahr 35 Personalauswahlverfahren durchgeführt. Ende 2014 wurde die Entscheidung getroffen, Stellenausschreibungen für den bezirklichen ASD

zentral für alle Bezirke zu steuern und zentrale Auswahlverfahren durchzuführen, an denen sich auch der Bergedorfer Personalservice beteiligt hat.

Der Entwurf des neuen Hamburgischen Gesetzes zur Gleichstellung von Frauen und Männern, das zum 01.01.2015 in Kraft trat, hat beim Personalservice zu vorbereitenden Maßnahmen geführt wie z.B. die Berechnung der Freistellungskapazität und die Vorbereitung sowie Durchführung der Ausschreibung der Stelle einer bzw. eines Gleichstellungsbeauftragten und einer Vertretung.

Im Rahmen der Ausbildung hat sich das Bezirksamt 2014 für den Garten- und Landschaftsbau erfolgreich um insgesamt sechs Gärtner-Auszubildende gekümmert. Die Ausbildungszahlen für die Nachwuchskräfte (NWK) im Fachbereich Allgemeine Dienste sind in 2014 konstant geblieben. So wurden in 2014 im Bezirksamt insgesamt für neun NWK in der Laufbahngruppe 1 (AzVA - ehem. mittlerer Dienst) und für acht NWK für das Eingangsamts der Laufbahngruppe 2 (RIA - ehem. gehobener Dienst) Ausbildungsplätze bereitgestellt. Die übergreifende Betreuung für alle NWK erfolgt durch den Personalservice, die praktische Ausbildung vor Ort in den einzelnen Fachdienststellen des Bezirksamtes. Auch im Personalservice selbst wurden wieder drei RIA und ein AzVA praktisch ausgebildet. Neun Schülerinnen und Schülern wurde ein Betriebspraktikum im Bezirksamt ermöglicht, zehn Studentinnen und Studenten absolvierten hier das für ihr Studium vorgesehene Pflichtpraktikum und im Rahmen von Eingliederungsmaßnahmen der Agentur für Arbeit hat ein Praktikum stattgefunden.

Aus dem Bereich Fortbildung ist zu berichten, dass in 2014 zwei Schulungen mit insgesamt 25 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus kundenintensiven Dienststellen zum Thema ‚Demenz‘ stattgefunden haben. Bei dem Angebot handelte es sich um einen Pilotversuch der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz. Im Rahmen der Einführung des neuen Haushaltswesens wurden Schulungsteilnahmen in Zusammenarbeit mit der Haushaltsabteilung geklärt und überwacht.

Darüber hinaus hat das Bezirksamt Bergedorf in Zusammenarbeit mit dem Projekt Herakles vier zweistündige Informationsveranstaltungen mit insgesamt ca. 200 Beschäftigten organisiert.



Kennzahlen	2012	2013	2014
Anzahl von Fortbildungstagen pro Beschäftigten	1,3	1,1	1,2
Ø Fortbildungsausgaben je Beschäftigten in €	73,5	70,8	71,9
Ø Krankenquote in %	8,5	7,6	7,1
Quote (in %) der Schwerbehinderten	9,44	11,6	*

Das Bezirksamt beschäftigte		2012	2013	2014
Beamte		144	141	139
davon (in %)	weiblich	63	63	65
	männlich	37	37	35
	teilzeitbeschäftigt	26	26	23
	beurlaubt o. ä.	3	4	3
Tarifbeschäftigte		371	387**	381
davon (in %)	weiblich	56	59	62
	männlich	44	41	38
	teilzeitbeschäftigt	32	32	33
	weiblich	79	84	86
	männlich	21	16	14
	beurlaubt o. ä.	3	3	3
Geringfügig u. sonstige Beschäftigte		1	5	5
Auszubildende (gewerblich)		8	6	8***
Beschäftigte insgesamt		527 ¹	539	533
Honorarkräfte		236	196	204

* Die Quote wird zentral vom Personalamt errechnet und liegt erst im April jeden Jahres vor.

** Veränderung durch Übernahme Museum: + 11 Mitarbeiter und Veränderung durch Übernahme Asklepios: + 9 Mitarbeiter

*** Dauerhaft in der Ausbildung befanden sich 2014 bis zum 31.01.14 nur 7 und ab dem 01.08.14 nur 6 Azubis. In zwei Fällen kam es zur vorzeitigen Beendigung der Ausbildung.

¹ Erstmals ohne 59 Mitarbeiter (26 Beamte, 33 Tarifbeschäftigte) von team.arbeit.hamburg



1.3 Ressourcensteuerung

Fachamt Ressourcensteuerung

Leitung: Herr Dubberke (ab 01.02.2014)

Haushalt

Leitung: Herr Dubberke (ab 01.02.2014)

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	9,65	9,65	9,56

Aufgaben und Entwicklungen in 2014

Der Doppelhaushalt 2015/2016 wurde ab dem 1. Quartal 2014 in der bisherigen Veranschlagungsmethodik „kameral“ aufgestellt. Anschließend musste im Rahmen der neuen SNH-Strukturen eine Überleitung des Haushalts auf die Doppik vorgenommen werden.

Die Vorbereitungen des Projektes HERAKLES zu der für den 1. Januar 2015 vorgesehenen Übernahme der Buchhaltung durch den Hamburger Dienstleister Buchhaltung (HDB) wurden im Anwenderarbeitskreis und in konkreten bezirklichen Arbeitsgruppen und Workshops weiter intensiviert.

Neben diversen Schulungen für die Bediensteten der Ressourcensteuerung sowie aller betroffenen Bediensteten der anderen Fachämter des Bezirksamtes, mussten zur Vorbereitung der Umstellung in einem erheblichen Umfang Übernahmedaten zusammengestellt werden.

Sowohl die Haushaltsaufstellung als auch die parallel erforderliche Vorbereitung auf die SNH-Strukturen einschließlich der Umstellung der Buchhaltung haben alle Beschäftigten im Haushalt ganzjährig bis an die Grenzen der Belastbarkeit gefordert.

Das Museum für Bergedorf und die Vierlande im Bergedorfer Schloss und das Rieck-Haus wurden zum 1. Januar 2013 in die Verantwortung des Bezirksamtes Bergedorf überführt. Mit Beschluss über den Haushaltsplan 2015/2016 hat die Bürgerschaft nunmehr eine grundsätzliche Absicherung des Betriebskontos Museen Bergedorf vorgenommen sowie Mittel für die Sanierung des Schlosses bereitgestellt; weitere 0,5 Mio € hat die Bezirksversammlung Bergedorf dafür aus dem bezirklichen Förderfonds bewilligt. Über den Abschluss eines Mietvertrages für das Bergedorfer Schloss haben Gespräche mit den beteiligten Behörden stattgefunden, die 2015 fortgeführt werden müssen.



Gesamtumsatz in TEUR	2012	2013	2014*
Einnahmen	10.013	9.489	11.650
Ausgaben **	74.234	81.278	60.644
Bauinvestitionen/Beschaffungen			
<i>davon</i> Rahmenzuweisungen	3.226	2.500	2.042
<i>Einzel- und Zweckzuweisungen</i>	4.404	543	2.134
<i>Fachbehördentitel</i>	3.539	3.774	1.958
Sach-, Fach- und Betriebsausgaben **	62.657	70.847	52.095
<i>davon Personalausgaben</i>	28.394	29.203	31.066
<i>Rahmenzuweisungen</i>	7.982	8.421	8.247
<i>Einzel- und Zweckzuweisungen **</i>	18.330	25.923	5.479
<i>Fachbehördentitel</i>	2.069	5.525	1.055
Barumsätze in TEUR			
Einnahmen	2.980	3029	3.793
Ausgaben	2.974	2991	3.616

* vorbehaltlich endgültiger Jahresabschluss

** Die Ausgaben 2013 beinhalten PROJUGA-Auszahlungen iHv. rd. 18.000 TEUR, die 2014 nicht mehr im Bezirksplan abgebildet werden.

Organisation und IT-Angelegenheiten

Leitung: Herr Ziegler (komm. ab 2. Halbjahr 2014)

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	7, 83	7,77	7,94

Aufgaben und Entwicklungen in 2014

Auch im Jahr 2014 waren leitungsunterstützende Aufgaben aus Anlass der Senatsentscheidungen zur Haushaltskonsolidierung zu erledigen bzw. die Auswirkungen neuer Senatsentscheidungen zu begleiten und auszuwerten. Hierzu ist als neues Kooperationsmodell ein regelmäßiges Gespräch mit den Dezernaten des Bezirksamtes implementiert worden.

Neubewertungen bzw. Überprüfungen tariflicher Eingruppierungen sowie von Dienstpostenbewertungen im Beamtenbereich wurden in einem erheblichen Umfang durchgeführt.

Die Zahl der parlamentarischen Anfragen lag auch 2014 in Fortsetzung des Niveaus aus 2013 spürbar höher als in zurück liegenden Referenzzeiträumen. Zu den Antwortbeiträgen waren damit weiterhin vermehrt Auskünfte zu Ressourcenausstattungen des Bezirksamtes zu liefern.



Die Einführung von SNH in der Bezirksverwaltung wurde in enger Abstimmung mit den anderen Bezirksämtern in verschiedenen Arbeitsgruppen begleitet. Auch der Einführungsprozess innerhalb des Bezirksamtes ist aus organisatorischer Sicht neben der Haushaltsabteilung betreut worden.

1.4 Rechtsamt

Leitung: Herr Moller

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen (einschl. Vorzimmer D3)	4,50	4,45	4,30

Aufgabe und Entwicklung in 2014

Das Rechtsamt ist neben seiner Funktion als Widerspruchsbehörde zuständig für die Erledigung aller im Bezirksamt anfallenden Rechtsstreitigkeiten, die Erarbeitung rechtlich geprägter gutachtlicher Stellungnahmen und Formulierung von Verträgen sowie für die Beratung und Unterstützung der Bezirksamtsleitung und der Fachämter des Bezirksamtes. Der Rechtsamtsleiter ist gegenwärtig zugleich stellvertretender Bezirkswahl- und abstimmungsleiter und war daher im vergangenen Jahr zum Teil mit der Durchführung der Wahl zur Bezirksversammlung/Europawahl und den ersten Vorbereitungen für die Bürgerschaftswahl beschäftigt.

Das Rechtsamt profitiert von minimalen Personalausfällen und wurde zudem in den ersten vier Monaten des Jahres durch eine Nachwuchskraft des höheren Dienstes verstärkt. Dementsprechend konnten die Erledigungszahlen der Widerspruchsverfahren gehalten werden. Die Verfahrensdauern haben sich im Durchschnitt nochmals um zwei Wochen erhöht. Dies ist stark beeinflusst durch die Beendigung von 13 Verfahren im Zusammenhang mit der Erhöhung von Kita-Gebühren, die im gegenseitigen Einvernehmen seit dem Jahr 2010 ausgesetzt waren und nun in die Statistik eingeflossen sind.

Die Zahl der Widersprüche ist erneut um etwa ein Sechstel zurückgegangen. Insbesondere sind im Sozial- und Jugendhilfebereich, der nach wie vor den Schwerpunkt bildet, 16% weniger Widersprüche zu verzeichnen. Auf dem Gebiet der Bauaufsicht hat sich die Zahl der Neueingänge um ein gutes Viertel auf den Stand früherer Jahre normalisiert. Besonders markant ist der Rückgang der Ausländerangelegenheiten um die Hälfte auf das vor 2012 gewohnte Maß.

Die Fallzahlen sind im Einzelnen der untenstehenden Übersicht ausgewählter Rechtsgebiete zu entnehmen. Die Quote von Abhilfen im Bereich des Baurechts ist wieder angestiegen, lag allerdings im langjährigen Vergleich im Vorjahr extrem niedrig.

Nach wie vor erfüllt das Widerspruchsverfahren seinen Zweck, Streitigkeiten zu befrieden, obwohl die Klagefreudigkeit konstant hoch ist. Gut die Hälfte der Widerspruchsbescheide wird mit einer Klage angefochten, wobei jedoch zu berücksichtigen ist, dass mehr als die Hälfte der Widerspruchsverfahren schon im Vorfeld ohne förmlichen Bescheid abgeschlossen wurden. Es gelangte also nur ca. ein Viertel aller verwaltungsrechtlichen Streitverfahren überhaupt zu den Gerichten, wo in etwa drei Vierteln der Fälle das Bezirksamt obsiegt hat.

Um ca. 10 % zurückgegangen sind die rechtlichen Anfragen, die von den Fachämtern des Bezirksamtes gestellt und zeitnah beantwortet wurden.



Daneben hat das Rechtsamt 23 Bebauungsplanverfahren begleitet, wobei besonders die Mitwirkung an inzwischen fast obligatorischen städtebaulichen Verträgen sowie die Rechtsprüfung vor der öffentlichen Auslegung und die abschließende rechtliche Prüfung aufwendig sind.

Im Jahr 2014 absolvierten neun Rechtsreferendare und ein Wirtschaftsreferendar ihre Verwaltungsstation im Rechtsamt, das sich für die Ausbildung auch deshalb besonders gut eignet, weil es keine Spezialisierung gibt, sondern alle Referenten als Ausbilder das komplette Aufgabenspektrum abdecken. Um seiner Verantwortung gegenüber den Nachwuchskräften gerecht zu werden, schöpft das Rechtsamt die personellen und räumlichen Kapazitäten regelmäßig aus. Pflichtpraktika von Jurastudenten mussten allerdings abgelehnt werden, weil diese nach jüngeren Erkenntnissen zu vergüten wären, hierfür aber keine Mittel zur Verfügung stehen.

Kennzahlen:

Widerspruchsverfahren²	2012	2013	2014
Zugang	356	315	264
erledigt			
- (überwiegend) zugunsten des Amtes	230	249	241
- (überwiegend) zugunsten der Gegenseite	56	39	34
Bestand am 31.12.	252	279	268
von diesen Widerspruchsverfahren entfielen auf			
- Bauprüf- und Bauangelegenheiten			
- Zugang	52	81	58
- erledigt	45	71	59
- davon zugunsten d. Widersprechenden	20 %	6 (8 %)	11 (18,6%)
- Rest	37	47	46
- Tief- und Gartenbau-, Naturschutzangelegenheiten			
- Zugang	14	13	20
- erledigt	12	12	14
- davon zugunsten d. Widersprechenden	8,33 %	3 (25%)	2 (14,3%)
- Rest	6	7	15 ³
- Jugend-, Grundsicherungs- und Sozialhilfeangelegenheiten			
- Zugang	192	144	120
- erledigt	143	128	148
- davon zugunsten d. Widersprechenden	23,8 %	21 (16 %)	15 (10%)
- Rest	163	179	152
-Wohngeld, USG, Elterngeld			
- Zugang	16	12	25
- erledigt	21	11	12
- davon zugunsten d. Widersprechenden	19 %	1 (9 %)	1 (8,3%)
- Rest	3	1	16
- Einwohneramtsangelegenheiten			
- Zugang	1	1	0
- erledigt	1	0	1
- davon zugunsten d. Widersprechenden		0	0
- Rest	0	1	0

² Der Anteil der zugunsten oder überwiegend zugunsten von Bürgern abgeschlossenen Widerspruchsverfahren kann nicht allein als Qualitätskennziffer für richtige oder falsche Entscheidungen von Sachbearbeitern in den Fachämtern gewertet werden. Häufig reichen Bürger im Widerspruchsverfahren noch Unterlagen nach, die dann die Angelegenheit in einem anderen Licht erscheinen lassen.

³ Hier und im Folgenden rechnerische Differenz beim „Rest“ wegen Einbindung einer Altstatistik im letzten Jahr.



- Wirtschafts- und Gewerbeangelegenheiten			
- Zugang	32	12	13
- erledigt	29	18	12
- davon zugunsten d. Widersprechenden	9	3 (17 %)	3 (25%)
- Rest	14	8	11
- Gebührenangelegenheiten			
- Zugang	20	18	14
- erledigt	17	13	14
- davon zugunsten d. Widersprechenden	11,7 %	2 (15%)	2 (14,3%)
- Rest	12	17	17
- Ausländerangelegenheiten			
- Zugang	16	21	10
- erledigt	12	19	9
- davon zugunsten d. Widersprechenden	33,3 %	2 (11 %)	0
- Rest	7	9	9
B-Plan-Verfahren	18	22	18

<u>Verfahren vor den Gerichten</u>	2012	2013	2014
(Zivil-, Sozial und Verwaltungsgerichte)			
Antragsverfahren I. und II. Instanz			
- anhängig wurden	32	48	27
- abgeschlossen wurden	26	50	21
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	5	10	5
- Bestand	16	14	20
Hauptsacheverfahren I. und II. Instanz			
- anhängig wurden	79	82	70
- abgeschlossen wurden	90	70	71
- davon zugunsten oder überwiegend zugunsten des Bürgers	10	25	17
- Bestand	130	144	143
<u>Rechtsservice</u>			
Zugang	346	274	249
Erledigung	349	276	244
Rest	54	52	56
<u>Verfahrensdauer in Tagen</u>			
Verfahren im Bezirksamt (incl. Gerichtsverfahren)	148,2	154	189
- davon Widerspruchsverfahren	164,8	200	217
Gerichtsverfahren			
- Antragsverfahren	108,1	105	211
- Beschwerdeverfahren	358,8	50	174
- Klageverfahren	559,4	437	540
- Berufungsverfahren	555,8	627	550



2. DEZERNAT BÜRGERSERVICE

Leitung: Herr Wolters

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	29,75	29,7	30,87

2.1 Fachamt Einwohnerwesen

(Einwohnerdaten und Ausländerangelegenheiten)

Leitung: Frau von Issendorf

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	21,75	22,6	22,4

Allgemeine Kennzahlen	2012 30.06.2012	2013 30.06.2013	2014 30.06.2014
Bevölkerungszahl im Bezirk Bergedorf	121.831	120.242*	123.139
davon Ausländer	12.335	12.083*	13.538

* Daten des Mikrozensus für 2013 werden von der FHH beklagt.

Abteilung für Einwohnerdaten

Bergedorf - gesamt -	2012	2013	2014
Anzahl der erteilten Personaldokumente	21.671	16.843	18.495
Anzahl der An-, Um- und Abmeldungen	16.313	14.399	14.695
Durchschnittliche Wartezeit in Minuten	46	27	26
Durchschnittliche Quote der telefonischen Erreichbarkeit ⁴	61,9 %	58,7 %	19 % ²

⁴ Basis ist die Statistik des Telefonischen HamburgService(HS)

² Aufgrund der Umstellung auf NGN-Technologie beim HS kann nicht zwischen Anschluss besetzt und keine Annahme des Gespräches unterschieden werden. Gespräche, die auf den besetzten Anschluss treffen, werden statistisch fehlerhaft erfasst.



Aufgabe und Entwicklung in 2014

Öffnung des Einwohnerdatenbereiches:

Wie bereits in den Vorjahren, ist es auch im Jahr 2014 gelungen, den dauerhaften und regelmäßigen Dienstbetrieb zu gewährleisten.

Wartezeiten:

Die durchschnittliche Wartezeit im Jahresmittel betrug 26 Minuten.

Seit Jahresbeginn 2011 wird auch für den Fachbereich Einwohnerdaten die Terminvereinbarung für die Kunden empfohlen. Diese Empfehlung hat zur Optimierung des Serviceangebotes geführt.

Seit Oktober 2013 gibt es die Möglichkeit, Termine auch über das Internet zu buchen. Die Möglichkeit der Terminvereinbarung wird zunehmend gerne genutzt. Die Quote der Terminkunden liegt bei den sog. „längeren Dienstleistung“ im Verhältnis zu den Kunden, die zu den allgemeinen Öffnungszeiten ohne Termin kommen, bei zurzeit ca. 73 %. Terminkunden haben nahezu keine Wartezeit.

Telefonische Erreichbarkeit:

Die telefonische Erreichbarkeit ist mit rd. 19 % extrem niedrig.

Die Ursache hierfür liegt bei diversen technischen Problemen zwischen NGN-Technologie des Telefonischen HamburgService und der noch analogen Telefonanlage, mit der der Einwohnerdatenbereich ausgestattet ist. Aufgrund der unterschiedlichen Technologien erfolgt die statistische Erfassung nur fehlerhaft. Tatsächlich liegt die Erreichbarkeit aber deutlich höher.

Abteilung für Ausländerangelegenheiten

	2012	2013	2014
Verpflichtungserklärungen nach § 68 Aufenthaltsgesetz (Einladungen an Besucher aus dem Ausland)	1.401	1.439	1.340
Anzahl der erteilten Aufenthaltsgenehmigungen	3.774	3.405	3.493
Anzahl der abgelehnten Aufenthaltsgenehmigungen	53	63	54
Freizügigkeitsbescheinigungen	230	14 ⁵	-- ⁵
durchschnittliche Quote der telefonischen Erreichbarkeit ⁶	75,9 %	80,4 %	74 %

⁵ Seit 29. 01. 2013 werden aufgrund gesetzlicher Änderungen Freizügigkeitsbescheinigungen nicht mehr ausgestellt.

⁶ Basis ist die Statistik des Telefonischen HamburgService (HS)



Terminmanagement:

Aufgrund der Einführung des elektronischen Aufenthaltstitels im Jahr 2011 hat sich durch die gesetzlichen Vorgaben das Kundenaufkommen fast verdoppelt. Trotz des erheblich höheren Kundenaufkommens ist es durch die Terminsteuerung gelungen, die hohe Servicequalität beizubehalten.

Das Terminangebot konnte mit einem Zeitfenster von durchschnittlich ca. 3 Arbeitstagen, auch in Zeiten besonders hoher Terminnachfrage noch verbessert werden. Notfälle wurden - nach wie vor - sofort bearbeitet.

Telefonische Erreichbarkeit:

Die telefonische Erreichbarkeit des Fachbereiches Ausländerangelegenheiten ist wie bereits in den Vorjahren mit einer Quote von 74 % herausragend.

2.2 Fachamt Personenstandswesen

Leitung: Herr Bakker

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	8,00	8,3	8,3

Aufgabe und Entwicklung in 2014

Mit Ablauf der Übergangsfrist zur Einführung des aktuellen Personenstandsrechts zum 01.01.2014 sind nun alle Standesämter bundesweit in der Lage, elektronisch zu beurkunden und XPersonenstandsnachrichten zu versenden und zu empfangen. Andere Behörden und Ämter werden weiterhin sukzessive in diese Mitteilungsstruktur eingebaut. Hierdurch ändern sich stetig tradierte Arbeitsabläufe sowohl in den Standesämtern als auch in Dienststellen, mit denen die Standesämter zusammenarbeiten.

Mit der Neufassung des Bevölkerungsstatistikgesetzes zum 01.01.2014 sind hier deutliche Änderungen in den Mitteilungspflichten eingetreten, die stichtagsgenau umzusetzen waren.

Das Schwangerschaftskonfliktgesetz wurde zum 01.05.2014 um die Regelungen zur vertraulichen Geburt ergänzt. Hier waren umfangreiche Gesetzesanpassungen notwendig, um das Ziel des Gesetzes –den Schutz der Neugeborenen- zu erreichen. Dafür waren die betroffenen Mitarbeiter zeitnah zu informieren und zu schulen.

Die strukturierte Nacherfassung der Papierregister in das elektronische Register ist in 2014 organisiert und vorbereitet worden, so dass mit der Umsetzung in 2015 begonnen werden kann. Hier muss die eingesetzte Software in der Lage sein, das zum jeweiligen Zeitpunkt geltende Recht abzubilden, was leider noch nicht in allen Bereichen der Beurkundung der Fall ist.

Die erhebliche Zunahme der Zahl der Kirchenaustritte musste organisatorisch abgefangen werden, was ohne eine Verlängerung der Wartezeiten gelungen ist.



Das Standesamt konnte die prekäre Personalsituation in der Haushaltsabteilung dadurch deutlich abmildern, dass ein Sachbearbeiter, dessen Know-how dort gefragt war, zu 40 % seiner Arbeitszeit dorthin „ausgeliehen“ wurde. Damit wurde die Haushaltsabteilung in die Lage versetzt, die Arbeitspakete für die rechtzeitige Einführung von SNH/Herakles abzuarbeiten. Dies ist durch konsequente Priorisierung der Aufgaben und dem besonderen Engagement aller Mitarbeiter im Standesamt gelungen.

Wartezeiten fallen im Standesamt weiterhin nur noch im Ausnahmefall an. Die Kundenzufriedenheit bleibt auf einem hohen Niveau, ebenso die Mitarbeiterzufriedenheit, was sich auch am Sinken der Fehlzeitenquote ablesen lässt.

Es konnten auch 2014 wieder deutlich mehr Eheschließungen als im Jahr zuvor angeboten werden.

Kennzahlen	2012	2013	2014
Geburtsbeurkundungen	697	715	709
Davon mit Ausländerbeteiligung	201	210	212
Sterbefallbeurkundungen	900	942	897
Durchschnittliche Bearbeitungszeit von Geburts- und Sterbefallbeurkundungen bei Vorliegen vollständiger Anträge in Tagen	Geburt 4 Sterbe 3	Geburt 4 Sterbe 3	Geburt 4 Sterbe 3
Anmeldungen der Eheschließung	602	681	720
Davon mit Ausländerbeteiligung	55	60	112
Eheschließungen	368	478	505
Beurkundungen von Kirchenaustrittserklärungen	467	623	1023



3. DEZERNAT SOZIALES, JUGEND UND GESUNDHEIT

Leitung: Sabine Steffen, seit Oktober 2014

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	186,84	192,59	196,63
betreute Fachausschüsse	Fachausschüsse für Sport, Kultur und Schule, für Soziales, Gesundheit und Integration, Jugendhilfeausschuss		

Einführung

Der starke Zustrom von Flüchtlingen hat sich in 2014 fortgesetzt. Im Bezirk Bergedorf wurden neue Unterkünfte in Moorfleet und zum Jahresende auch in Bergedorf-West bezogen. Durch besonderen Einsatz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Fachamtes Grundsicherung konnten den neuen Bewohnerinnen und Bewohnern die Leistungen nahezu umgehend zur Verfügung gestellt werden. Möglich wurde dies nur durch die vorbildliche Zusammenarbeit aller beteiligten Stellen der Verwaltung, des Betreibers fördern und wohnen AöR und dem außerordentlich hohem Engagement der ehrenamtlich tätigen Mitglieder der Runden Tische.

Im Allgemeinen Sozialen Dienst des Jugendamtes wurde weiter intensiv an der Einführung und Umsetzung eines Qualitätsmanagements mit dem Ziel einer Zertifizierung gearbeitet.

Es ist außerdem gelungen, neue präventiv wirkende Projekte in Kooperation mit Kindertagesstätten und Schulen zu konzipieren und zu verankern. Die gute Zusammenarbeit mit Trägern, Schulen und Beratungsangeboten hat auch dazu geführt, dass die Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung auf annähernd gleichem Niveau zum Vorjahr gehalten werden konnten.

Sehr hilfreich für die sozialräumliche Kooperation und Vernetzung sozialer Hilfs-/ Beratungs- / und Bildungsangebote war die weiterhin erfolgreiche Tätigkeit der Regionalen Bildungskonferenzen (RBK). Mit der Intensivierung der Zusammenarbeit auf dieser Ebene ist es gelungen, die Umsetzung von Konzepten zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe und Bildung im Lebenslauf auf den Weg zu bringen.

Die gute Zusammenarbeit zwischen Jugend- und Gesundheitsamt im Netzwerk Frühe Hilfen wurde erfolgreich fortgesetzt und aus Bundesmitteln unterstützt. So konnte im Jahr 2014 zusätzlich eine regelmäßige Sprechstunde der Mütterberatung in der Wohnunterkunft Curslackner Neuer Deich angeboten werden, die gut angenommen wird.

Auch die Jugendberufsagentur Bergedorf hat sich mit ihrem Angebot etabliert und u.a. im Rahmen der Bildungskonferenzen gut vernetzt. Durch ihre beratende und unterstützende Begleitung hat sich der Übergang für junge Menschen von der Schule in den Beruf spürbar verbessert.

Neben den vielen sozialräumlich orientierten Querschnittsaufgaben des Fachamtes SR u.a. in den Arbeitsfeldern Integrierte Stadtteilentwicklung, Integration, Offene Kinder- und Jugendarbeit und Sport wurde im Rahmen der Jugendhilfe- und Sozialplanung u.a. das Projekt „Kiezläufer“ implementiert und diverse Projekte und gut besuchte Veranstaltungen zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen nach § 33 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) initiiert und durchgeführt.

Die Vielfalt des Aufgabenspektrums und der Umfang der geleisteten Arbeit werden in den nachfolgenden Berichten der Fachämter dargestellt. Im Fokus der Arbeit des Dezernats 3 stehen dabei immer die Menschen mit ihren Anliegen und ihrem Hilfebedarf, aber auch mit ihrem großen Engagement und Gestaltungswillen, die Voraussetzung für die weitere Entwicklung eines sozialen Gemeinwesens sind.



3.1 Fachamt Grundsicherung und Soziales Dienstleistungszentrum

Leitung: Frau Lange

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	53,61	53,93	54,78

Aufgabe und Entwicklung in 2014

Allgemeines

Erneut haben mehr als 35.000 Menschen Beratungen und Leistungen des Sozialen Dienstleistungszentrums nachgefragt. Vor allem rund um die Leistungen nach dem SGB XII – Sozialhilfe - (Hilfen zum Lebensunterhalt, Hilfen zur Gesundheit, im Alter und bei Pflegebedürftigkeit, Eingliederungshilfe, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung). Bemerkenswert ist aber auch das Kundenaufkommen bei den Wohnberechtigungsbescheinigungen und - trotz sinkender Fallzahlen – auch beim Wohngeld.

Die Steigerungen der Fallzahlen bei der Grundsicherung im Alter entsprachen den Erwartungen, beim Elterngeld sind die Steigerungen hingegen eine Überraschung. Bereits im April zeichnete sich ab, dass 2014 ein geburtenstarker Jahrgang wird.

Einige besondere Aktionen und Umstände haben auch im vergangenen Jahr dazu geführt, dass immer mal wieder das „Tagesgeschäft“ unterbrochen wurde, um sich konzentriert und mit vereinten Kräften einem besonderen Ziel zu widmen. Dabei sind zwei Ereignisse besonders hervorzuheben: Die Umsetzungen der neuen ambulanten Sozialpsychiatrie (s.u.). In ganz Hamburg waren in knapp 4.700 Fällen die bisherigen Leistungen zu beenden und neue Leistungen einschließlich der erforderlichen Berechnungen zu bewilligen.

Zum Jahresende und über den Jahreswechsel hinaus ist die neue Wohnunterkunft am Friedrich-Frank-Bogen nach und nach bezogen worden. Den neuen Bewohnern konnten die Leistungen nahezu umgehend zur Verfügung gestellt werden. Die Sachbearbeiter haben sich mehrere Tage lang ausschließlich um die Leistungsgewährung gekümmert und wurden darin durch Absprachen mit dem Kundenzentrum und der Zahlstelle des Bezirksamtes sehr unterstützt. Das Gelingen ist nicht zuletzt auch der hervorragenden Zusammenarbeit mit dem Betreiber fördern und wohnen AöR und dem bemerkenswerten ehrenamtlichen Engagement von Mitgliedern des Runden Tisches zu verdanken.

Sozialhilfe und Grundsicherung

Mit der sogenannten Mütterrente ist eine bessere Anerkennung von Erziehungszeiten für Kinder in Kraft getreten. Seit dem 1. Juli 2014 kann für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, ein zusätzliches Jahr mit Kindererziehungszeiten angerechnet werden. Dadurch haben sich viele Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten erhöht. Für die Mitarbeiter in den Leistungssachgebieten waren die Monate September und Oktober 2014 durch eine große Anzahl von Neuberechnungen geprägt, denn der Rentenversicherungsträger konnte die Mütterrente erst mit zeitlichem Verzug im Herbst 2014 auszahlen. Es musste nicht nur die laufende Rente angepasst, sondern auch die aufgelaufenen Nachzahlungen manuell ermittelt und angerechnet werden.

Für Sozialhilfe beziehende Rentnerinnen und Rentner hat die Rentenerhöhung keine finanzielle Verbesserung mit sich gebracht, denn die Mütterrente ist in voller Höhe auf die Sozialhilfe anzurechnen. In einer Reihe von Fällen konnte durch die Rentenerhöhung die



Sozialhilfegewährung eingestellt werden, weil der notwendige Bedarf durch die erhöhte Rente nunmehr selbst gedeckt werden kann.

Eingliederungshilfe für Menschen mit seelischer Behinderung

Die „ambulante Sozialpsychiatrie“ (ASP) ersetzt seit dem 01.01.2014 nach und nach die bisherigen ambulanten Leistungen „Personenbezogene Hilfen für psychisch kranke Menschen“ (PPM) sowie „Betreutes Wohnen“ (BeWo). Im Zentrum der neuen „ambulanten Sozialpsychiatrie“ steht der Aufbau nachbarschaftlicher Kontakte und sozialer Netzwerke, die die Interessen der Nachbarschaft im Sinne klassischer Gemeinwesenarbeit unmittelbar ansprechen. Ziel ist im inklusiven Sinne die Förderung des wechselseitigen Prozesses der Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft. Die Angebote werden in regionalen Begegnungsstätten, den sogenannten „Offenen Treffs“ als „Ort der Begegnung“ erbracht. Daneben gibt es weiterhin Gruppenangebote und individuelle Einzelbetreuung.

Die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration hat mit vielen Leistungsanbietern neue Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen abgeschlossen. Die Gesamtplanung zur Feststellung des konkret im Einzelfall benötigten Hilfebedarfs obliegt zentral dem Fachamt Eingliederungshilfe beim Bezirksamt Wandsbek, die Umsetzung und Bewilligung obliegt der Sozialdienststelle.

Leistungen der Hilfe zur Pflege, Bezirkliche Seniorenberatung, Pflegefachkraft und Pflegestützpunkt

Bezirkliche Seniorenberatung und Pflegestützpunkt haben rund 1.400 Beratungsgespräche rund um altersbedingte Unterstützungsbedarfe, hauswirtschaftliche Versorgung und ambulante oder stationäre Pflege und deren Finanzierung und knapp 350 Hausbesuche durchgeführt.

In verschiedenen Veranstaltungen wurden die Angebote der Bezirklichen Seniorenberatung und des Pflegestützpunktes vorgestellt oder – teilweise in Kooperation mit anderen Anbietern oder Trägern – Informationsveranstaltungen wie zum Beispiel zum Thema „Achtsamkeitstraining für betreuende/pflegende Angehörige“ durchgeführt. Auch im vergangenen Jahr arbeiteten die Beschäftigten aktiv im „Quartiersprojekt Lohbrügge“ mit, das aus der Landesinitiative Leben mit Demenz in Hamburg entstanden ist. Der Schwerpunkt des Projektes bezieht sich darauf, Bewohnerinnen und Bewohner des Stadtteils und die dort professionell oder bürgerschaftlich engagierten Personen für das Thema Demenz zu sensibilisieren, um Menschen mit dementieller Erkrankung im Alltag mehr Aufmerksamkeit entgegen zu bringen und ihre soziale Teilhabe zu stärken.

Am 01.10.2014 hat der Pflegestützpunkt Bergedorf sein 5-jähriges Bestehen auf der Freifläche im Neubau des CCB mit einer ganztägigen Veranstaltung gefeiert. Als Gäste konnten beispielsweise der Betreuungsverein Bergedorf, die Beratungsstelle für Technische Wohnraumhilfen und eine Dozentin für Kinästhetik gewonnen werden.

Fachstelle für Wohnungsnotfälle

Trotz der erheblichen Anstrengungen der FHH zur Schaffung öffentlich-rechtlicher Unterbringungsplätze ist es der Fachstelle für Wohnungsnotfälle wie schon in den letzten beiden Jahren nicht gelungen, obdachlose Menschen zeitnah in einer Gemeinschafts- oder Familienunterkunft unterzubringen. Die neu geschaffenen Plätze dienen vorrangig der Unterbringung von Flüchtlingen und der Entlastung der Zentralen Erstaufnahme (ZEA), deren Platzkapazitäten ebenfalls erweitert worden sind, den Bedarf aber nicht decken können. Alleinstehende Erwachsene müssen überwiegend auf die Übernachtungsstätten oder in der kalten Jahreszeit zusätzlich auf das Winternotprogramm verwiesen werden. Erneut mussten



einige Familien zum Schutz der minderjährigen Kinder vorübergehend in Hotels untergebracht werden.

Auch die Anzahl der unversorgten Haushalte mit einem Dringlichkeitsschein hat mit 490 (davon sind 70% 1- und 2 –Personenhaushalte) einen neuen Höchststand zu verzeichnen. Hinzu kommen außerdem ca. 470 unversorgte wohnberechtigte Haushalte in den Unterkünften, die mit einer Dringlichkeitsbestätigung ausgestattet sind. Es fehlen vorrangig Sozialwohnungen für Ein- und Zweipersonenhaushalte, aber auch solche für große Familien.

Der Rückgang bei den Wohnberechtigungsbescheinigungen ist zwei Umständen geschuldet: Bei Menschen, die bereits seit mehreren Jahren erfolglos mit einem sog. §5-Schein auf Wohnungssuche sind, kann sich die Situation so verschlechtern, dass der §5-Schein durch einen Dringlichkeitsschein ersetzt werden muss. Außerdem verlieren §5-Scheine ihre Gültigkeit inzwischen nicht mehr nach einem, sondern nach zwei Jahren.

Wohngeld

Die Anzahl der Haushalte mit Wohngeld ist 2014 erneut gesunken, da die Einkommensgrenzen und die zu berücksichtigenden Mieten noch nicht angepasst wurden und das Wohngeld als Zuschuss zum angemessenen und familiengerechten Wohnen deshalb in den letzten Jahren als vorrangige soziale Leistung an Bedeutung verloren hat.

Die Bearbeitung der Meldungen aus dem erweiterten Datenabgleich war erneut eine wichtige Aufgabe, deren Erledigung zeitintensiv ist. Sobald eine Meldung über Einkünfte aus Renten oder einem Minijob oder aus Kapital- und Zinserträgen eingeht, müssen im Einzelfall Ermittlungen angestellt und Rückrechnungen über einen Zeitraum von 10 Jahren vorgenommen werden. Je nach Höhe des eingetretenen Schadens sind neben der Rückforderung auch Geldbußen geltend gemacht worden. In einigen Fällen wurde Strafanzeige erstattet. In 7 Fällen sind Leistungsempfänger zur Bewährungs- oder Geldstrafen verurteilt worden. Weit überwiegend resultieren die Überzahlungen aus verschwiegenen Minijob-Einkünften. Seit Einführung des erweiterten Datenabgleichs am 01.08.2013 bis zum 31.05.2014 sind insgesamt von allen Wohngelddienststellen zusammen rund 720.000 Euro zurückgefordert worden. Aktuellere oder bezirksbezogene Auswertungen liegen noch nicht vor.

Elterngeld / Betreuungsgeld

2014 war ein geburtenstarkes Jahr. Die Zahl der Elterngeldanträge ist auf 1.585 gestiegen. Auch das inzwischen auf 150,- Euro angehobene Betreuungsgeld erfreut sich zunehmender Beliebtheit: Die Antragszahlen stiegen auf 496.

Eine besondere Herausforderung für den Elterngeldabschnitt ergab sich gleich im ersten Quartal aus der Umsetzung eines Urteils des Bundessozialgerichts bei Mehrlingsgeburten. Bis dahin wurde für jeden Mehrling ein Mehrlingszuschlag in Höhe von 300 Euro gewährt. Aufgrund des Urteils sind binnen weniger Wochen in 55 Mehrlingsfällen neue, individuelle Elterngeldberechnungen vorgenommen und Leistungen nachbewilligt worden.

Unterhaltssicherung

Die Aufgaben nach dem Unterhaltssicherungsgesetz wurden auch 2014 noch zentral für ganz Hamburg in Bergedorf bearbeitet. Die Anzahl der Anträge ist gegenüber dem Vorjahr noch einmal leicht von 505 auf 476 gesunken. Die Übertragung des Vollzugs auf das Bundesamt für das Personalmanagement der Bundeswehr ist auf Ende 2015 verschoben worden.



Kennzahlen	2012	2013	2014
Hilfen zum Lebensunterhalt			
Empfänger (HE) von Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem 3. Kap. SGB XII	397	394	389
Empfänger von Grundsicherungsleistung nach dem 4. Kap. SGB XII	1.780	1.984	2.097
Anzahl der Empfänger von Grundleistung nach dem AsylbLG	838	952	1.064
Hilfen zur Verhinderung und Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit, öffentliche Unterbringung, Wohnungsangelegenheiten	2012	2013	2014
Anzahl der Fälle mit drohendem Wohnungsverlust	581	570	535
Anzahl der abgeschlossenen Fälle	572	499	479
Anteil positiv abgeschlossene Fälle (= Wohnungssicherung) in %	87	84	84
Anzahl der Fälle öffentlicher Unterbringung	140	92	130
Anzahl Wohnungsvermittlungen gem. Kooperationsvertrag	701	522	743
Wohnberechtigungsbescheinigungen (§-5-Scheine)	1.029	1.055	871
Dringlichkeitsscheine	569	614	635
Dringlichkeitsbestätigungen	147	185	236

¹ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 63, mithin insges. 133

² Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 70, mithin insges. 122

³ Zusätzliche Wohnungsvermittlungen an nicht kooperierende Wohnungsunternehmen = 67, mithin insges. 141



Wohngeld, Elterngeld, Unterhaltssicherung	2012	2013	2014
Anzahl Haushalte, die Wohngeld oder Lastenzuschuss erhalten	1.339	1.173	1.043
Anzahl der Empfänger von Elterngeld (Anträge)	1.263	1.375	1.585
Anzahl der Empfänger von Betreuungsgeld (Anträge)	-	192 (ab 01.08.2013)	496
Anzahl Bewilligungen einmaliger oder laufender Leistungen nach dem Unterhaltssicherungsgesetz (USG) ⁵	515	505	476

3.2 Fachamt Sozialraummanagement

Leitung: Herr Dahlgaard

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	31,37	31,51	30,89

Aufgaben und Entwicklung 2014

Das Fachamt Sozialraummanagement nimmt fachübergreifend Aufgaben des Bezirksamtes mit dem Fokus auf die sozialräumliche Entwicklung wahr. Neben den Arbeitsfeldern der Stadtteilentwicklung und städtebaulichen Sanierung besteht die Zuständigkeit für die Jugendhilfe- und Sozialplanung, die Entwicklung und Bereitstellung von Angeboten aus den Bereichen Familienhilfe, offene Seniorenarbeit, Förderung des Ehrenamtes, Integration von Zuwanderern und Flüchtlingen, Stadtteilkultur, offene Kinder- und Jugendarbeit, Sportförderung und sozialräumliche Angebotsentwicklung. Ferner obliegt dem Fachamt die Steuerung der kommunalen Einrichtungen der Jugend- und Familienhilfe.

Einhergehend mit dem starken Zustrom von Flüchtlingen hat sich die Hilfsbereitschaft vieler Bergedorferinnen und Bergedorfer sehr positiv entwickelt. Die neu geschaffenen Einrichtungen in Bergedorf-West und Moorfleet sowie die im Bau befindliche Einrichtung an der Brookkehere werden durch Runde Tische begleitet, die Unterstützung dieser Initiativen erfolgt im Rahmen der Arbeit des Integrationsbeauftragten.

Mit der eingeleiteten Bildungsreform zur ganztägigen Bildung und Betreuung ist eine verstärkte Öffnung der Schulen in die Sozialräume und damit die notwendige engere Kooperation von schulischen und außerschulischen Bildungsträgern verbunden. Das Fachamt begleitet diesen Prozess intensiv. Eine neue Aufgabe stellt darüber hinaus die Integration des Querschnittsthemas Bildung in die integrierte Sozialraumplanung dar.

2013 wurde in Bergedorf die Jugendberufsagentur eingerichtet, um jungen Menschen in der Übergangsphase von Schule zu Beruf wichtige und verbindliche Hilfestellungen zu gewähren. Dieser Aufgabenbereich wurde auch 2014 von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachamtes SR aktiv unterstützt.



Die Durchführung zahlreicher Stadtteil- und Kinderfeste, Informationsveranstaltungen, Preisverleihungen und Ehrungen sowie die Durchführung von Ferienfreizeiten bildeten 2014 zusätzliche Arbeitsschwerpunkte.

2013 wurde Neuallermöhe als jüngstes Stadtgebiet ins Rahmenprogramm zur integrierten Stadtteilentwicklung aufgenommen. Hieraus ergibt sich ein breiter Beteiligungsprozess vor Ort der ab 2014 durch die Lawaetz – Stiftung als Gebietsentwicklerin begleitet wird.

Integrierte Stadtteilentwicklung

Die Abteilung Integrierte Stadtteilentwicklung war im Berichtsjahr mit drei Entwicklungsgebieten befasst und setzte verschiedene Maßnahmen und Projekte in den Handlungsfeldern Bildung, Beschäftigungsförderung, Wohnumfeld und öffentlicher Raum, Verkehr, Kultur, Familienförderung und Integration um. Dabei wurde stets ein besonderer Schwerpunkt auf die Beteiligung und Aktivierung von Bewohnerinnen und Bewohnern bzw. von anderen potenziellen Nutzern der Projekte gelegt. Die Gebietsentwicklung erfolgt auf der Grundlage des RISE-Programms Hamburg sowie der Bundesprogramme „Soziale Stadt“ und „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“.

Fortgesetzt wurde der Aufbau der *Controlling*-Datenbank in enger Abstimmung mit der BSU und damit einhergehend der Aufbau von Kennzahlen und Zielkategorien. Die umfassende Controlling-Datenbank ermöglicht neben dem monetären auch ein fachliches Controlling der einzelnen Projekte und Maßnahmen der Gebietsentwicklung.

Lohbrügge-Ost 2008-2015

Die Gebietsentwicklung Lohbrügge-Ost stand unter den fachlichen Leitzielen:

- Integration durch Begegnung
- Belebung und Entwicklung des Lohbrügger Stadtteilzentrums (Alte Holstenstraße)
- Verbesserung der Bildungschancen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene
- Aufwertung des Wohnumfeldes und öffentlichen Raums
- Seniorengerechtes Wohnen im Stadtteil

Im Berichtsjahr 2014 konnte sich der BID Lohbrügge neu gründen und mit ersten Maßnahmen zur weiteren Belebung der Alten Holstenstraße beitragen (Eröffnungsveranstaltung am 26. November). Unterstützt wurden Aktivitäten zur Zwischennutzung von Leerständen in der Alten Holstenstraße (z.B. mit dem Verein Computerspende Hamburg) und umfangreiche bauliche Maßnahmen zur gestalterischen Aufwertung der Fußgängerzone mit neuer Pflasterung, neuer Beleuchtung und Möblierung.

Die Planungen zur Umgestaltung des Lohbrügger Marktes wurden in 2014 unter Beteiligung des Stadtteilbeirates und mit den politischen Gremien der Bezirksverwaltung fortgesetzt und sollen im Jahr 2015 umgesetzt werden.

Die Arbeitsgruppe zur Geschichte Lohbrüggens hat im Berichtszeitraum weitere Geschichtstafeln zu bedeutenden historischen Orten Lohbrüggens entwickelt und wird diese in 2015 im öffentlichen Raum aufstellen.

Auch in 2014 wurde das Ziel der Aufwertung der Großwohnanlage am Billebogen durch umfangreiche landschaftsbauliche Arbeiten z.B. der Neugestaltung der Wegeführung, der Sanierung und Neuanlage von Spielplätzen, der Anlage von Mietergärten, der Gartengestaltung, etc. gemeinsam mit der SAGA/GWG weiter verfolgt und zu einem guten Ergebnis geführt.



In enger Kooperation mit dem Bezirksamt Bergedorf, dem Gebietsmanagement Lohbrügge und dem Mehrgenerationenhaus bruegge konnte über die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg ein neues Pilotprojekt in Lohbrügge zum Thema „Leben mit Demenz“ implementiert werden: In diesem Projekt arbeiten unterschiedliche Akteure zum Thema „Demenz“ zusammen und eröffneten am 18. September das sog. Konfetti-Café im Haus bruegge.

In enger Kooperation mit dem Integrationsbeauftragten und dem Arbeitsmarktkoordinator wurden das Arbeitsmarktprojekt „1001-Chance für muslimische Frauen“ und die interkulturelle Filmreihe Lohbrügge mit dem Leitziel „Integration durch Begegnung“ unterstützt.

Auch in 2014 wurden wieder die bewährten Lohbrügger Beteiligungs- und Nachbarschaftsprojekte erfolgreich durchgeführt:

- der Neujahrsempfang des Gebietsmanagements
- das Konzert der Kulturen im Leuschnerpark am 6. Juli
- das Suppenfest am Billebogen am 12. September
- die Veranstaltung zum Thema „Heimatbilder in der Lola am 16. Mai und das sog. Geschichtscafé in der Erlöserkirche am 19. März
- monatliche Sitzungen des Stadtteilbeirates u.a. mit Beschlüssen zur Finanzierung von Kleinprojekten aus dem Verfügungsfonds in Höhe von ca. 20.000 €
- Internetauftritt unter Lohbruegge.de und die Herausgabe der Stadtteilzeitung mit einer Auflage von über 11 000 Exemplaren.

Bergedorf-Süd 2011-2020

Im zurückliegenden Jahr legte das Gebietsmanagement einen Schwerpunkt auf die Aktivierung und Beteiligung der im Gebiet lebenden und arbeitenden Menschen. Die Gebietsentwicklung hat die Diskussion zu unterschiedlichen Themen angestoßen, indem sie Informationen gesammelt und aufbereitet hat. Dies betrifft z.B. die Ausstattung des Gebiets mit Spielplätzen und Grünanlagen oder die Situation der Einzelhandels- und Gewerbebetriebe.

Die Feste und Aktionen, die mit hohem ehrenamtlichem Einsatz durchgeführt wurden, stärken das Miteinander im Gebiet. So wurde im Mai ein Nachbarschaftsfest am Brink von Beiratsmitgliedern organisiert, das viele Besucher anlockte. Das Südfest im September rund um das Lichtwarkhaus wurde von vielen Einrichtungen aus dem Gebiet ausgerichtet. Besonders hervorzuheben ist die Kulturwoche in der Hasse-Aula, die im Dezember durchgeführt wurde. Dort wurde ein buntes Programm angeboten, das von Musikveranstaltungen unterschiedlichster Stilrichtungen bis zu Tanzvorführungen reichte.

Der Antrag auf Förderung eines Energetischen Sanierungsmanagements ist von der Kreditanstalt für Wiederaufbau genehmigt worden. Seit Dezember arbeitet eine Arbeitsgemeinschaft an der Umsetzung des im Frühjahr vorgelegten Sanierungskonzepts.

Neuallermöhe 2012-2019

Die Lawaetz-Stiftung als Gebietsentwicklerin in Neuallermöhe hat in 2014 erfolgreich im Stadtteil den Gebietsentwicklungsprozess in Gang gebracht. Das *Stadtteilbüro* am Fleetplatz 1 ist regelmäßig geöffnet und wird gut angenommen. Das Büro ist nicht nur Arbeitsraum für den Gebietsentwickler, sondern zu einem wichtigen Kommunikationsraum geworden und bietet Platz für Arbeitsgemeinschaften und Projektgruppen.

Am 03.02.2014 wurde der *Stadtteilbeirat* in Neuallermöhe gegründet. Der Beirat tagt monatlich am ersten Montag im Monat in der Zeit von 18-20 Uhr. Der Stadtteilbeirat setzt sich aus 37



Mitgliedern zzgl. ihrer Vertreter zusammen. Das Interesse für das Gremium und die Arbeit der Stadtteilentwicklung ist groß und die Sitzungen sind gut besucht. In 2014 wurden erstmals Projekte aus dem Verfügungsfonds finanziert und dieser komplett ausgeschöpft.

Das *Integrierte Entwicklungskonzept* wurde auf Grundlage der Ergebnisse aus den vorangegangenen Beteiligungsverfahren in 2013 erarbeitet. Abgeleitet von den Entwicklungszielen für Neuallermöhe wurde ein Maßnahmenkatalog mit Zeit- und Kostenplan aufgestellt. Hierzu wurden Gespräche mit Fachämtern des Bezirks, Fachbehörden und Trägern geführt. Im September 2014 wurde der Konzeptentwurf dem Stadtteilbeirat (01.09.), Stadtentwicklungsausschuss (03.09.) vorgestellt und am 25.09. von der Bezirksversammlung beschlossen. Die externe Abstimmung mit den beteiligten Fachbehörden und Trägern öffentlicher Belange sowie die Beschlussfassung durch den LAP sollen in 2015 erfolgen.

Parallel zur Erarbeitung des Konzepts Neuallermöhe wurden Projekte begonnen und umgesetzt. Die *Öffentlichkeitsarbeit* wurde ausgebaut, indem neben dem Ausbau des Internetauftritts www.neuallermoehe.de die Stadtteilzeitung erstmals mit drei Auflagen erschienen ist. Mit der Erarbeitung eines Logos für Neuallermöhe unter dem Motto „Neuallermöhe ist doch LOGO“ wurde begonnen. Eine Jury hat am 19.11.2014 die besten Entwürfe ausgewählt und in der Sitzung des Stadtteilbeirates am 01.12.2014 prämiert.

Am 17.11.2014 fand ein *Workshop* zum Handlungsfeld Sport und Freizeit unter Beteiligung der Sportvereine und der Verwaltung statt, um einen Überblick über die Angebote und Bedürfnisse im Fördergebiet zu gewinnen.

Zu den Themen „Bauspielplatz“ und „Neuallermöhe Gardening“ haben sich AGs gegründet. Die neue *Skateranlage am Juzena* wurde am 03.12.2014 feierlich eingeweiht und wird begeistert von den Kinder und Jugendlichen im Stadtteil angenommen.

Steuerung und Förderung

Im Berichtsjahr konnte das Fachamt Sozialraummanagement mit den zur Verfügung stehenden Mitteln wiederum zahlreiche Projekte und Einrichtungen aus den Bereichen Stadtteilkultur und Bürgerhäuser, kulturelle Projekte, Projekte der Familienförderung und der offenen Kinder- und Jugendarbeit und nicht zuletzt Projekte aus dem Bereich der Seniorenarbeit fördern. Dabei standen die Bereiche Bürgerhäuser, Jugendarbeit und Familienförderung aus unterschiedlichen Gründen vor besonderen Herausforderungen. Während die Bürgerhäuser den Wegfall von geförderten Arbeitsplätzen zu verkraften hatten, hatte die Jugendarbeit und die Familienförderungen veränderte Rahmenbedingungen durch die ganztägige Bildung an Schulen umzusetzen. In allen Fällen konnte jedoch für eine Kompensation gesorgt werden. Während die Bürgerhäuser erneut von dem „Quartiersfonds bezirkliche Stadtteilarbeit“ profitierten, erhielt die Jugendarbeit und die Familienförderung zusätzliche Impulse aus dem Umsteuerungsfonds für „Sozialräumliche Hilfen und Angebote“.

Kommunale Einrichtungen zur Förderung der Erziehung in der Familie

Erziehungsberatungsstelle

Zum Jahresende 2014 hat Frau Kraft die Abteilungsleitung übernommen. Die Erziehungsberatungsstelle (EB) leistete auch 2014 Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII für Familien im gesamten Bezirk.



Sie bot Familien Unterstützung wenn:

- Eltern Fragen, Unsicherheiten oder Probleme in der Erziehung ihrer Kinder hatten oder sich überfordert fühlten,
- Eltern Auffälligkeiten im Verhalten oder in der Entwicklung ihres Kindes wahrnahmen,
- Eltern persönliche Probleme mit sich oder in ihrer Partnerschaft hatten,
- Eltern sich in einer Trennungs- oder Scheidungssituation befanden,
- Kinder/Jugendliche persönliche Probleme oder Konflikte mit Eltern, LehrerInnen oder FreundInnen hatten,
- MitarbeiterInnen anderer Einrichtungen Rat suchten zum Umgang mit ihnen anvertrauten Kindern und Jugendlichen.

2014 meldeten sich 213 Personen an, um für sich und/oder ihre Familie Beratung/Therapie zu erhalten. Für Menschen mit dringendem Beratungsbedarf wurde eine offene Sprechstunde ohne Anmeldung angeboten. Die Sprechstunde (freitags von 10-11.30 Uhr) wurde sehr gut angenommen.

In 2014 hat die EB zwei Fachtage der Frühen Hilfen organisiert und durchgeführt. Zudem hat sie an Vernetzungstreffen des Arbeitskreises Frühe Hilfen teilgenommen. Durch Schnittstellenprojekte mit dem Internationalen Bund, dem SAE-Projekt Faktiv, der Teilnahme am Runden Tisch kultursensible Elternarbeit sowie der Teilnahme an Stadtteilkonferenzen in Bergedorf-West, am Arbeitskreis Integration und der AG §78 konnte die Zusammenarbeit mit den Partnern im Stadtteil weiter verbessert und eine Öffnung des Zugangs für Menschen anderer Kulturen erreicht werden.

Elternschule

Die Elternschule Bergedorf arbeitet präventiv. Sie förderte auch 2014 durch ihre Angebote die Wahrnehmung von Erziehungsverantwortung und bereitete junge Menschen in der Familiengründung auf Partnerschaft und das Zusammenleben mit Kindern vor.

Darüber hinaus trug die Familienbildung dazu bei, das Gesundheitsbewusstsein zu stärken, Selbsthilfepotentiale zu erschließen und zur aktiven Teilhabe an gesellschaftlichen Prozessen anzuregen. Durch niedrigschwellige Angebote konnte die Elternschule Kontakte und Erfahrungsaustausch fördern, sowie Beiträge zur Verhinderung von Isolation leisten. Für Angebote der Elternschule wurden zwei Programmhefte veröffentlicht. Die Angebotsstruktur bestand aus offenen Angeboten, festen Gruppen in Kursform sowie themenbezogenen Gruppen- und Einzelangeboten. Der Internetauftritt der Elternschule wurde regelmäßig aktualisiert.

Die regelmäßige monatliche Versendung des Newsletters der Elternschule Bergedorf per E-Mail hat sich auch 2014 als sinnvoll erwiesen. Ziel des Newsletters ist es, auf den Beginn einzelner Veranstaltungen und Kurse hinzuweisen bzw. daran zu erinnern und den NutzerInnen das zweimal jährlich erscheinende Programm auch als PDF Datei zur Verfügung zu stellen.

2014 hat die Elternschule die in 2013 begonnene Kooperation mit der lateinamerikanischen Frauengruppe „Brisa Latina“ fortgesetzt. In Zusammenarbeit mit den Landfrauen wurden zwei Kochveranstaltungen gemeinsam mit dem Kurs „Frauen aller Nationalitäten“ durchgeführt.



Darüber hinaus hat die Elternschule auch 2014 im Rahmen der Kooperationsvereinbarungen mit dem EKIZ im Röpredder, mit der Deutschen Rentenversicherung Nord sowie mit Kinnings e.V. regelmäßige Veranstaltungen durchgeführt. Eine umfangreiche Kooperation fand 2014 mit der Mütterberatung Bergedorf statt, die in den Räumen der Elternschule eine wöchentliche Babysprechstunde sowie 9 Babymassage-Kurse und 8 Kurse zur Ernährungsberatung anbot.

Kommunale Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit

Im Bereich der außerschulischen Bildungsarbeit spielen die kommunalen Einrichtungen weiterhin eine wesentliche Rolle. Sie bleiben für viele Kinder und Jugendliche tägliche Anlaufstation. Hier erhalten sie Aufmerksamkeit und ein offenes Ohr für ihre Anliegen. Neben der Arbeit mit unterschiedlichen Ziel- und Altersgruppen, leisten die Häuser der Jugend und Spielhäuser eine Vielzahl von Einzelhilfen. Sie ergänzen damit die sozialpädagogische Versorgung der Kinder- und Jugendlichen in Bergedorf, schaffen Vertrauen durch Erreichbarkeit und sind an vielen bezirklichen oder sozialräumlichen Kooperationsprojekten beteiligt.

Mit der voran schreitenden Umsetzung der Ganztagesbetreuung an Schulen, stehen auch die kommunalen Einrichtungen vor neuen Herausforderungen und meistern diese mit hoher Flexibilität und Veränderungsbereitschaft. Je nach den Anforderungen am jeweiligen Standort wurden Öffnungszeiten angepasst und Programminhalte verändert.

Dank der großzügigen Unterstützung der „Stiftung für Bergedorf“, konnten im Jahre 2014 in den Spielhäusern Friedrich-Frank-Bogen und Kurt-Adams-Platz täglich bis zu 50 Kinder mit einem warmen Mittagessen in den dortigen Kinderrestaurants versorgt werden.

Ferienfreizeiten sind integraler Bestandteil der pädagogischen Arbeit in den kommunalen Einrichtungen. Neben Winterfreizeiten wurden in 2014 erneut Ferienfreizeiten an Nord- und Ostsee durchgeführt

Sportangelegenheiten

Wie in den Vorjahren wurden auch 2014 Feriensportaktionen in den Frühjahrs- und Sommerferien initiiert, sowie die Ehrungen von rd. 200 Sportlerinnen und Sportlern für herausragende Leistungen organisiert.

Auf der Sportanlage Henriette-Herz-Ring wurden zwei Kugelstoßanlagen neu installiert und in Betrieb genommen. Ferner wurde in Kooperation mit der Abteilung die Planung zum Ausbau von Umkleiden/Vereinsheim aufgenommen.

Auf der Sportanlage Ladenbeker Weg wurde die TSG Bergedorf beim Kunststoffrasenbau begleitet.

Auf der Sportanlage Altengamme wurde die im Jahr 2013 begonnene Teilsanierung des Kunststoffrasens abgeschlossen. Außerdem wurde der SV Altengamme bei der Erweiterung des Umkleidehauses begleitet.

Auf der Sportanlage Binnenfeldredder wurden alle vier Duschräume mit neuen Bodenfliesen versehen. Der Parkplatz vor der Sportanlage sowie die Treppe zum Kunststoffrasenplatz wurden mit einer neuen Beleuchtung ausgestattet.

Auf der Sportanlage Curslack wurde der SVCN beim Bau einer Tribüne mit integrierter Umkleide begleitet.



Auf der Sportanlage Sander Tannen wurde das ehemalige Jugend-Vereinshaus des VfL Lohbrügge in eine zusätzliche Umkleide umgebaut.

Auf der Sportanlage Mittlerer Landweg wurde der kleine Rasenplatz mit einer neuen Drainage versehen.

Auf drei Sportanlagen (Billtal-Stadion, Henriette-Herz-Ring und Mittlerer Landweg) konnten sämtliche Duschen und Umkleiden renoviert werden.

Integration von Zuwanderern

Der „Bergedorfer Dialog der Kulturen“ wurde 2014 zum bereits vierten Mal durchgeführt. Wir konnten dabei zum Thema „Mehr Migranten in die Duale Ausbildung“ über 120 Teilnehmer begrüßen, darunter auch zahlreiche Flüchtlinge und andere Bergedorfer Migranten. Bei der Planung, Organisation und Durchführung der Veranstaltung wurde erneut im Sinne der Förderung der Teilhabe von Migranten eng mit zahlreichen Migrantenselbstorganisationen (MSO) sowie migrantischen Einzelpersonen / „Kulturmittlern“ und freien Trägern der Integrationsarbeit kooperiert.

Bei der 4. „Bergedorfer Weltreise“ 2014, diesmal wieder im Rahmen der „Bergedorfer Hafenmeile“ gestalteten Bergedorfer Migranten bzw. Migrantenselbstorganisationen aus insgesamt neun unterschiedlichen Herkunftsländern bzw. -regionen die Veranstaltung eigenverantwortlich unter Koordinierung des Bezirksamtes. Insgesamt nahmen 2014 erneut rund 500 Kinder und Eltern an der „Weltreise“ teil.

Ende 2014 wurden die 2. „Interkulturellen Filmabende Lohbrügge“ durchgeführt. An drei Freitagen wurden im Oktober und November Filme zu unterschiedlichen Herkunftsländern der Bergedorfer Migranten gezeigt. An jedem dieser Abende agierten Bergedorfer Migrantenvereine aus den jeweiligen Ländern als Kooperationspartner. Sie zeichneten insbesondere für die Gestaltung des umrahmenden Kulturprogramms zuständig, v.a. mit landestypischen kulinarischen Angeboten sowie mit künstlerischen Beiträgen.

Der neue Bereich „Migration und Vielfalt“ auf www.bergedorf.de wurde 2014 weiter ausgebaut. Ziel ist es, die Vielfalt in der heutigen Bergedorfer Bevölkerung auch auf solchen Plattformen abzubilden und die Themen „Migration und Vielfalt“ positiv zu entwickeln. Auf der Seite werden u.a. neben demografischen Informationen zur Bergedorfer Bevölkerung mit Migrationshintergrund auch Integrationsangebote der verschiedenen Träger in Bergedorf aufgelistet, Informationen zu den vielfältigen migrantischen Gemeinden und Vereinen sowie zu bezirklichen Veranstaltungen zum Thema gegeben. Neu hinzu gekommen ist u.a. ein Bereich mit Informationen zur „Bergedorfer WillkommensTour – Stadtteilrundgänge von Migranten für Migranten“.

Die „Bergedorfer WillkommensTour – Stadtteilrundgänge von Migranten für Migranten“ haben im April begonnen. Ziel dieser Initiative ist es, das bezirkliche Leitbild einer „gelebten Willkommenskultur“ weiter zu entwickeln. Insgesamt fanden 2014 bereits zehn solcher Führungen statt, jeweils in den Sprachen Deutsch, Russisch, Dari (Afghanen) und Arabisch. Nachdem Ende 2012 mit der Buhck-Stiftung und der Bergedorf-Bille-Stiftung zwei sehr engagierte Geldgeber eingestiegen waren, gelang es 2013, mehrere Bergedorfer Migranten aus unterschiedlichen Herkunftsländern als zukünftige ehrenamtliche „Tour Guides“ zu gewinnen. Neben historischem Wissen halten die Führungen auch eine Vielzahl von praktischen Informationen für Migranten vor, u.a. zu Behördengängen und Freizeitmöglichkeiten in Bergedorf. Dieses Angebot wird insbesondere für die neuen Flüchtlinge hilfreich sein.

Das Asyl- und Flüchtlingsthema hat 2014 weiter an Bedeutung zugenommen. Auf Grund des signifikanten Anstiegs der Flüchtlingszahlen in 2014 und der daraus resultierenden



Notwendigkeit, äußerst zeitnah (z.T. in Form von Notmaßnahmen) neue Asylbewerberunterkünfte in Bergedorf zu errichten, hat der Bezirk hier zusätzliche Verantwortung übernommen. Dies betraf vor allem sozialräumliche Integrationsmaßnahmen für die Flüchtlinge, das Fördern interkultureller Kontakte und von Begegnungen zwischen Be- und Anwohnern der Unterkünfte sowie aktive Öffentlichkeitsarbeit zur Information der Bergedorfer Bevölkerung hinsichtlich neuer Asyl- und Flüchtlingswohnheime. Die Integrationsfachkraft wurde dabei u.a. mit der Planung und Durchführung zweier öffentlicher Informationsveranstaltungen zu den beiden neuen Unterkünften Brookkehre (Inbetriebnahme voraussichtlich Ende 05/2015) und Bergedorf-West (Inbetriebnahme 12/2014) beauftragt sowie mit der Einrichtung Runder Tische für beide Standorte. Weiterhin hat der Integrationsbeauftragte im Rahmen der Kooperation mit einem migrantischen Verein an der Durchführung eines „Interkulturellen Festes der Begegnung“ für über 200 Flüchtlinge mitgewirkt

Jugendhilfe – und Sozialplanung

Die Jugendhilfe- und Sozialplanung (Integrierte Sozialplanung) leistet einen planerischen Beitrag zur Verbesserung der Lebenslagen der in einem Bezirk lebenden Menschen. Deshalb werden auf den unterschiedlichen bezirklichen Ebenen wie Stadtteilen, Sozialräumen oder Planungsräumen die dort lebende Bevölkerung nach Alters- und Zielgruppen, z.B. in Bezug auf Bildung, Integration, Demografie, Wohnen, Wohnumfeld, Kultur, Sport und Einkommen dargestellt und analysiert. Die jeweilige Form der Berichterstattung ergibt sich aus den regionalen, politischen sowie planerischen Maßgaben und Bedarfen.

Im Jahr 2014 wurde der Prüfauftrag der Bezirksversammlung zur Implementierung des Projekts „Kiezläufer für Bergedorf-West“ umgesetzt. Sechs junge Männer und eine junge Frau aus Bergedorf-West haben sich beim IKM (Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation) zum Kiezläufer ausbilden lassen. Die Bezirksversammlung Bergedorf hat die Haushaltsmittel für diese Ausbildung für die Kiezläufer beim IKM zur Verfügung gestellt.

Das Hamburger Spendenparlament hat mit Beschluss seiner 2. Parlamentssitzung am 9. Juli 2014 das Projekt finanziell bis einschließlich 2015 abgesichert.

SAGA/GWG stellen Räumlichkeiten für die Kiezläufer zur Verfügung und die regionale Betreuung der Kiezläufer übernimmt die Lawaetz-Stiftung im Rahmen ihres Projektes F-aktiv. Eine Lenkungsgruppe bestehend aus dem Bezirksamt Bergedorf, SAGA/GWG, Jugendbeauftragte Polizei, F.aktiv und IKM begleiten die Entwicklung dieses Projektes.

Nach § 33 Bezirksverwaltungsgesetz (BezVG) sollen verbindliche Strukturen entwickelt werden, um die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an bezirklichen Vorhaben sicherzustellen. Vor diesem Hintergrund erarbeitete die bezirkliche Arbeitsgruppe eine Vereinbarung zwischen dem Bezirksamt und der Bezirksversammlung Bergedorf zur Anwendung des § 33 BezVG. Des Weiteren war die bezirkliche Arbeitsgruppe beteiligt an der Initiierung des Projektes „Jugend im Parlament“ im Bergedorfer Rathaus am 15. April 2014 sowie an der Jugendbeteiligung des Stadtplanungsprozesses Serrahn 2030 unter dem Jugendmotto „Bergedorf macht blau“. Die von der Bezirksversammlung Bergedorf für das Jahr 2014 zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel wurden beispielsweise anteilig für eine fünftägige Partizipationsfortbildung sowie für einen Jugendworkshop verwendet. Die Fortbildungsveranstaltung wurde vom Sozialpädagogischen Fortbildungszentrum in Hamburg angeboten und 2/3 der Mitglieder der bezirklichen Arbeitsgruppe nahmen teil.

Ein Jugendworkshop zum Thema: „Wie entsteht eine Beteiligungskultur“ fand am 12. November 2014 im Haus der Jugend Lichtwarkhaus unter Beteiligung von 70 Jugendlichen im Alter zwischen 15 und 19 Jahren statt. Eine Ergebnisdokumentation zu dieser Veranstaltung liegt vor.

Im Jahr 2014 wurde in der Unterarbeitsgruppe offene Kinder- und Jugendarbeit der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII ein Fachtag zu den Perspektiven dieses Arbeitsfeldes geplant. Die integrierte Sozialplanung hat hier einen Beitrag zur Identifizierung der Handlungsfelder geleistet sowie das Thema: Kooperation Schule und Jugendhilfe moderiert und



dokumentiert. Dieser Beitrag ist Bestandteil der Gesamtdokumentation zu diesem Fachtag am 3. April 2014.

Im Jahr 2014 wurde in der Steuerungsgruppe Sozialräumliche Hilfen und Angebote (SHA) Bergedorf beschlossen, dass die fachliche und konzeptionelle Weiterentwicklung dieses Arbeitsfeldes mit Hilfe der Methoden der integrierten Sozialplanung vorangebracht werden sollen. Der hierfür notwendige Bericht, die Analysen und Bewertungen werden zunächst für den Planungsraum Lohbrügge erarbeitet. Bedarfsperspektiven und wesentliche Handlungsfelder sollen dabei identifiziert und unter Beteiligung anderer Akteure im Planungsraum in Hinblick auf Kooperationen und weiteren Handlungsempfehlungen in einem Planungsraumdialog erörtert werden.

Ein regelhafter Arbeitsschwerpunkt in der Jugendhilfeplanung umfasst die Berichtswesen der Fachbehörde zur Offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Familienförderung. Die Ergebnisse hierzu wurden 2014 für den Bezirk Bergedorf ausgewertet. Die hierdurch gewonnenen Erkenntnisse wurden in die unterschiedlichen Fachplanungen der Kinder- und Jugendhilfe und der Familienförderung einbezogen.

Bezirkliche Arbeitsmarktkoordination, Jugendberufsagentur

Die bezirkliche Arbeitsmarktkoordination soll mit den im Bezirk vertretenen Standorten des Jobcenters, Trägern der offenen Kinder- und Jugendarbeit, AGH-Trägern sowie Anbietern anderer arbeitsmarktpolitischer und sozialintegrativer Maßnahmen kooperieren. Das Ziel ist, arbeitsmarktpolitische Handlungsbedarfe für unterschiedliche Zielgruppen in Abstimmung mit bezirklichen Stellen festzustellen und geeignete arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zu identifizieren. Ferner soll sie die Akteure im Bezirk hierzu beraten und zu weiteren Kooperationen anregen. Zudem sollen diese Maßnahmen und Projekte mit den im Stadtteil vorhandenen sozialen, stadtteilpolitischen, bildungspolitischen sowie weiteren Angeboten und Initiativen verknüpft werden, um diese in der Stadtteilstruktur zu verankern.

In Ergänzung hierzu arbeitet der Arbeitsmarktkoordinator auf überbezirklicher Ebene in verschiedenen Gremien, Arbeitskreisen und Abstimmungsrunden an der Weiterentwicklung der Fachkräftestrategie sowie des Arbeitsmarktprogrammes des Senates.

Das Jahr 2014 stand für den Bereich bezirkliche Arbeitsmarktkoordination ganz im Zeichen des neuen Standortes der Jugendberufsagentur (JBA) in Bergedorf. Der Arbeitsmarktkoordinator beteiligte sich an der Personalauswahl für die bezirklichen Mitarbeiter und übernahm die Dienst- und Fachaufsicht. Zudem vertrat er die Interessen des Bezirksamtes in der neuen bezirklichen Steuerungsgruppe der JBA. Die Steuerungsgruppe plante Vorstellungsveranstaltungen der JBA, empfing interessierte Besucherinnen und Besucher aus der bezirklichen Trägerlandschaft, Schulen und Einrichtungen der offenen Kinder- und Jugendarbeit sowie der Politik. Höhepunkt war der Besuch einer israelischen Delegation. Die Steuerungsgruppe koordinierte zudem die Zusammenarbeit der Partner unter einem Dach und implementierte eine zuverlässige Kommunikationsstruktur.

Die bezirklichen Mitarbeiter der JBA in Bergedorf haben 2014 ihr Netzwerk im Bezirk auf- und ausgebaut. Sie haben ihre Arbeit unterschiedlichen Akteuren im Bezirk vorgestellt und Kooperationen vereinbart. Auf diese Weise und durch die gute Zusammenarbeit mit den anderen Partnern der JBA konnten die beiden Mitarbeiter des Bezirksamtes bereits fast 550 Beratungsgespräche führen und viele Jugendliche in schwierigen Situationen unterstützen.

Für das Anfang 2014 gestartete ESF-Projekt „Jugend aktiv plus“ wurden zusätzliche Mittel für Bergedorf eingeworben, damit der Träger, Internationaler Bund e.V., ergänzende „Arbeits- und Lernangebote“ ab 2015 im Rahmen des Projektes durchführen kann. Für das Bezirksamt und die Stadt Hamburg beteiligte sich der Arbeitsmarktkoordinator zudem an der Interessenbekundung für ein ESF-Projekt im Rahmen des Bundesprogrammes „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ (BIWAQ). Hierzu wurde ein neues Projekt entworfen, beschrieben



mit unterschiedlichen Fachbereichen des Bezirksamtes, der BASFI sowie der BSU abgestimmt und eine Interessenbekundung ausgearbeitet. Außerdem erarbeitete der Arbeitsmarktkoordinator in Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen anderer Bezirke sowie der BASFI Projekte für das Bundes-ESF-Programm „Jugend stärken im Quartier“.

Durchgeführt wurde auch die „2. Informationsbörse für Mütter und Väter“ im Lichtwarkhaus. Die Veranstaltung kann erneut als Erfolg gewertet werden, da über 100 Betroffene beraten wurden und sich auch die Träger weiter vernetzen konnten. Überdies gelang erneut ein guter Austausch zwischen Jugendamt, Jobcenter, JBA und Trägern.

Ferner unterstützte der Arbeitsmarktkoordinator die Vorbereitungen, Organisation und Durchführung des mit über 1.000 Besuchern und weit über 40 Ausstellern überaus erfolgreichen „Berufsorientierungstag 2014“ der Ausbildungsplatzinitiative Bergedorf sowie die Erstellung des „Bergedorfer Lehrstellenatlas 2015“.

2014 konnte die Arbeit des bezirklichen Beirats des Jobcenters weiter verstetigt werden. Der Beirat bemühte sich vor allem um das Thema Migranten am Arbeitsmarkt, im Schwerpunkt um die Fragen: „Wie können junge Migranten für die duale Ausbildung gewonnen werden?“ sowie „Welche Unterstützungen benötigen migrantische Arbeitgeber, um häufiger auszubilden?“ Die Beschäftigung mit dem Thema trug auch zum Erfolg des 4. Dialoges der Kulturen bei, der sich mit dem Thema „Doppelt gut! Mehr Migranten in die Duale Ausbildung“ beschäftigte.

Bezirkliches Bildungsmanagement

Die Arbeit des Bildungsmanagement im Jahr 2014 konzentrierte sich auf die Handlungsfelder Regionale Bildungskonferenzen, Bezirkliche Bildungsplanung, Öffentlichkeitsarbeit.

RBK: Durchführung und Weiterentwicklung

Im Berichtszeitraum wurden 2 regionale Bildungskonferenzen durchgeführt.

Die erste RBK 2014 fand zum Thema „Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule“ statt. Zentrale Anliegen waren die Verbesserung der Kommunikation, Zusammenarbeit und Informationsweitergabe.

Eine weitere RBK stand unter dem Motto „Um ein Kind zu erziehen, brauchen wir ganz Bergedorf“ und diente dem Austausch und der besseren Vernetzung von Fachleuten aus Kita, Schule, ASD, ReBBZ, JBA, OKJA und Trägern der Jugendhilfe.

Die Arbeitsgruppe „Übergang Kita-Grundschule“, entwickelte eine Empfehlung im Zusammenhang mit der Neuauflage des Landesrahmenvertrages „Kinderbetreuung in Tageseinrichtungen“, der unter anderem die Kooperation zwischen Kitas und Schulen am Übergang regelt. Gemäß der Empfehlung soll bei den Verhandlungen auch die BSB einbezogen werden, was vorher nicht der Fall war. Weitere Punkte: Verbindlichkeit der Kooperation, Ressourcen für die Kooperation, Konkurrenz Kita- Schule im Bereich der Vorschule, datenschutzrechtliche Fragen.

In Zusammenarbeit mit einer Studiengruppe der HAW entstand eine Befragung zum Übergang Kita-Grundschule, deren Ergebnis im November 2014 den beteiligten Kitas, Schulen, der Steuerungsgruppe und der Denk-AG zuzuging.

Die Bildungskoordinatorinnen arbeiteten in der AG Partizipation mit und unterstützten Kollegen im Rahmen von Veranstaltungen. Unter maßgeblicher Beteiligung der Bildungskoordination fanden auch in diesem Jahr eine Infobörse für alleinerziehende Mütter und Väter sowie der Marktplatz der weiterführenden Schulen in Bergedorf statt.



Die Weiterentwicklung und Verstetigung des RBK-Formates und Maßnahmen zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe wurde neben der Steuergruppe intensiv von der Denk-AG vorangetrieben, in der Vertreter/innen aus dem Bezirksamt, den Schulen, der Jugendhilfe, dem regionalen Bildungs- und Beratungszentrum (ReBBZ), der offenen Kinder und Jugendarbeit und der Politik die weiteren Schritte im Bergedorfer RBK-Prozess beraten. Weiterhin waren die Bildungsmanagerinnen maßgeblich an der Überarbeitung des hamburgweiten RBK-Konzeptes beteiligt.

Im August wurde das Bundesprojekt Lernen vor Ort planmäßig eingestellt. Dennoch ist es gelungen, das bezirkliche Bildungsmanagement im Bezirk Bergedorf zu verstetigen. Während Frau Ammonn aus Altersgründen ausgeschieden ist konnte die Arbeit durch Frau Kratt fortgeführt werden. Seit September ist die Stelle der Bildungskoordination noch näher mit der BSB verknüpft (neue Aufgabe Assistenz der regionalen Schulaufsicht) und bildet eine gute Schnittstelle in die Fachbehörde.

3.3 Fachamt Jugend- und Familienhilfe

Leitung: Herr Lerch

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	73,48	76,02	78,28

Aufgabe und Entwicklung in 2014

Übergreifende Planung und Steuerung

Zum Anfang des Jahres 2014 sorgte die Tragödie um das im Dezember 2013 verstorbene 3-jährige Mädchen für Aufmerksamkeit. Dieser Vorfall hatte in den folgenden Monaten erheblichen Einfluss auf das Tagesgeschehen.

Um solchen tragischen Todesfällen frühzeitig entgegenzuwirken, gab es eine Reihe von Maßnahmen, die hamburgweit eingeführt wurden: u.a. die Prüfung von Rückführungen im Alter von 0-6 Jahren, Gespräche mit Familiengericht, Oberlandesgericht, Staatsanwaltschaft, eine Kooperationsvereinbarung mit der Rechtsmedizin des Universitätsklinikums sowie verbindliche Zusammenarbeit mit Kitas.

Im Bereich der Projekte wurden auch mit viel Augenmerk auf Prävention neue Kita-Projekte konzipiert. Diese werden in 2015 abschließend in den Sozialräumen installiert.

Auch in 2014 konnte die gute Nutzung aller Projekte und Angebote nachgewiesen werden. Die Rahmenvereinbarung Schule und Jugendhilfe konnte in der Angebotslandschaft fest verankert werden. Durch gute Zusammenarbeit zwischen dem ASD und den Schulen werden die unterschiedlichen Lerngruppen gut genutzt.

Zusammen mit dem Institut Frahm hat das Jugendamt auch ein eigenes Projekt starten können: „Qualität durch Steuerung - Steuerung durch Qualität“. Das Ziel ist unter anderem die Stärkung der abteilungsübergreifenden Gesamtidentität im Hinblick auf qualitativ hochwertige ASD-Arbeit.

Im Frühjahr hat eine Neuorganisation einiger Aufgabenbereiche stattgefunden: Wirtschaftliche Jugendhilfe, Pflegekinderdienst und Angebotsberatung bilden den Bezirklichen Angebotsservice (BAS) und die Abteilung Amtsvormundschaften wurde gegliedert in die getrennten Bereiche Beistandschaften und Amtsvormundschaften.



Hamburgweit kam es ab Sommer zu einem erheblichen Anstieg der Fallzahlen von minderjährigen, unbegleiteten Flüchtlingen. Das sorgte besonders bei den Vormündern zu einem erhöhten Fallaufkommen. Aufgrund der Fallbelastung konnte die Quote der Mündelbesuche nach der aktuellen Gesetzeslage nicht erfüllt werden.

Zum Ende des Jahres wurde das Fachverfahrens JUS-IT erweitert und für die Abteilungen Amtsvormundschaften / Beistandschaften und Unterhaltsvorschuss neu eingeführt.

In allen Abteilungen konnten Multiplikatoren bei der Umstellung behilflich sein. Dennoch erschweren die mit JUS-IT einhergehenden Probleme die alltägliche Bewältigung der Arbeitsabläufe.

Die umfänglichen Präsenzzeiten der verschiedenen Jugendamtsbereiche werden von Bürgern, Institutionen und Kooperationspartnern sehr positiv angenommen. Für den Arbeitsalltag der Mitarbeiter werden diese oftmals zur persönlichen und strukturellen Herausforderung.

Koordinatorin für Kinderschutz

Die Fachberatung für Mitarbeiter im Jugendamt, für Kinderschutzfachkräfte im Bezirk, für freie Träger, Kitas und Schulen, sowie sogenannte Berufsheimnisträger, wurde wie bisher weitergeführt.

Auch in 2014 war die Koordinatorin für die Einarbeitung der neuen Mitarbeiterinnen des ASD zuständig. Als neue Aufgabe hat die Koordinatorin in 2014 die Fachberatung für den Pflegekinderdienst übernommen. Damit verbunden waren regelmäßig wöchentliche Termine mit den Mitarbeitern über Einzelfälle, sowie der gemeinsame Austausch über Fragestellungen zu den fachlichen Standards aus der Fachanweisung Pflegekinderdienst.

Die Koordinatorin ist für die Auswahl, Zuweisung und Begleitung der sozialpädagogischen Praktikant-Innen zuständig. Sie beantwortet alle Anfragen der Staatsanwaltschaft und pflegt die Kooperation zwischen Staatsanwaltschaft, UKE und anderen Stellen.

Im Februar hatte die Koordinatorin zu einer Fachveranstaltung zum Thema „Substitution“ eingeladen, an der 40 Fachkräfte teilgenommen haben.

Überregional wurde am Jahresbericht Kinderschutz der Bezirksamter und der Durchführung eines Fachtages für Kinderschutzfachkräfte im Dezember 2014 mitgewirkt. Ebenfalls überregional wurde ein neuer KWG Meldebogen erarbeitet. Mit der abschließenden Bearbeitung ist im 1. Quartal 2015 zu rechnen.

Zur Begleitung der Kinderschutzfachkräfte (Netzwerk Kinderschutz) gab es im vergangenen Jahr 4 Termine sowie 4 Gespräche zur Fallbezogenen Praxisreflexion. Der bezirkliche Qualitätszirkel für die Sozialpädagogische Diagnostik wurde von der Koordinatorin federführend durchgeführt bis Sommer 2014. Im Dezember fand eine Veranstaltung der Koordinatoren für Kinderschutz und des KSZ (Kinderschutzzentrum) für Hamburger Kinderschutzfachkräfte zu dem Thema: „Haltlose Kinder“ statt, an dem ca. 80 Fachkräfte aus Hamburg teilgenommen haben.

Hilfe zur Erziehung, Hilfe für junge Volljährige, Eingliederungshilfe

Der tragische Fall des Kindes Y. verstärkte den ohnehin hohen Druck, unter dem die Mitarbeiter stehen. In allen drei ASD-Abteilungen gibt es Überlastungsanzeigen, denen auf Leitungsebene und individuell begegnet wird.

Im Rahmen der Verstärkung für den ASD konnten in den 3 ASD-Abteilungen je eine stellvertretende Abteilungsleitung mit jeweils einer halben Stelle gewonnen werden. Zusätzlich wurde der ASD mit Multiplikatoren für JUS IT verstärkt.



In Kooperation mit der HAW und der Hochschule Vechta befanden sich zwei Studenten im Praxissemester und wurden in die Arbeit des ASD eingeführt. Die Umstellung der JUS-IT-Software auf das Release 2 im Dezember 2014 führte zunächst zu erheblichen Mehrbelastungen. In der Umstellungszeit war 2 Wochen lang ein Zugriff auf das Programm nicht möglich.

Trotz der personell schwierigen Situation, konnten die Ausgaben für die Hilfen zur Erziehung auf annähernd gleichem Niveau wie im Vorjahr gehalten werden. Hier hat die gute Zusammenarbeit mit den Projekten, insbesondere mit Kitas, Schulen und Beratungsangeboten, deutlich zur Entlastung beigetragen.

Projekte

Das ESF-Projekt Jugend Aktiv wird mit leichten Veränderungen mit der Lawaetz Stiftung als Dachträger und dem Internationalen Bund (IB) als Kooperationspartner vor Ort fortgeführt.

Für das Netzwerk Frühe Hilfen haben die Mitarbeiterinnen der Träger Sprungbrett und Pestalozzi in enger Kooperation mit der Mütterberatung und den Seeyou-Babylotsen eine gemeinsame Arbeitsplattform entwickelt. Die Kapazität der Familienhebammen wurde in allen 3 Standorten um 10 Wochenstunden aufgestockt, ebenso die Mütterberatung in geringem Umfang.

In den Stadtteilen Lohbrügge und Allermöhe mit den Vier- und Marschlanden ist jeweils ein Familienhebammenprojekt angesiedelt und in Bergedorf West ist das Projekt Nestlotsen vertreten.

In **Bergedorf Kern** ist der Träger Familienhelden mit dem Beratungsprojekt Kernkontor zugleich zuständig für das Handlungsfeld Gewaltprävention im Kindesalter für ganz Bergedorf sowie für das Handlungsfeld Frühe Hilfen/Eltern-AG.

In **Lohbrügge** ist der LEB geschäftsführender Träger. Er besetzt zugleich selbst mit einem Projekt Integrierte Kinder- und Familienhilfe das Handlungsfeld Familienförderung. Das daraus resultierende KITA-Projekt ist gut angelaufen und konnte um 2 Kitaprojekte an 2 weiteren Kitas verstärkt werden. Das bisherige Schulprojekt an der Stadtteilschule Richard-Linde-Weg wurde in die Rahmenvereinbarungsfinanzierung Schule/Jugendhilfe überführt. Am Kinder- und Familienzentrum ist ein Angebot für suchtbelastete Familien entstanden, ebenso kann die Sozialberatung in 2014 weiter angeboten werden. Im Projekt „Integration durch Bildung“ in Lohbrügge Ost mit 4 Schulen und dem ReBBZ musste die Zusammenarbeit mit dem Träger Sprungbrett durch das Auslaufen der RISE-Förderung beendet werden.

Das Neuprojekt Stadtteilmütter hat erfolgreich seine Arbeit aufgenommen.

In **Neuallermöhe** sind auch in 2014 zwei geschäftsführende Träger eingesetzt:

Das DRK mit Kooperationspartner mittendrin! und dem Projekt Inklusive Sozialraum Angebote (ISA) decken das Handlungsfeld Familienförderung und Frühe Hilfen schwerpunktmäßig ab. Der Träger Sprungbrett e.V. bearbeitet mit den Kooperationspartnern IB und HaKiJu mit den Projekten *commit* schwerpunktmäßig das Thema Familienförderung, Sozialberatung, das bisherige Projekt Zauberinsel an der Adolph-Diesterweg-Schule wurde ebenfalls in die Finanzierung der Rahmenvereinbarung Schule/Jugendhilfe überführt.

Auch hier wurde der Ausbau der Kitaprojekte (Henriette) fortgesetzt.

Insgesamt 7 Schulprojekte konnten ihre Arbeit aufnehmen bzw. fortsetzen.



Das gemeinsame **Steuerungsgremium** tagte regelmäßig zweimonatlich, wobei ASD und die Träger der Projekte gemeinsam die Qualität und die Zielrichtung der Angebote überprüfen. Hier ist auch das Fachamt Sozialraummanagement mit eingebunden.

Gewaltprävention im Kindesalter (GiK)

Diese Aufgabe hat für Bergedorf weiterhin Bestand und ist zusätzlich für gemeinsame Falleinschätzungen in den ASD eingebunden (Schwerpunkt: Gewaltauffälligkeiten bei Kindern). Neben der Planung und Begleitung von verschiedenen Präventionsmaßnahmen wurden auch weiter Einzelfälle bearbeitet. Aus Mitteln für die Sozialräumlichen Hilfen und Angebote konnten weiterhin Unterstützungsangebote direkt durch das GiK-Budget realisiert werden.

Hilfen zur Erziehung

Kennzahlen	2012	2013	2014
Anzahl der Fälle in ambulanten Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 28,29,30,31,32 SGB VIII)	283	253	204
Anzahl der Fälle in Vollzeitpflege (gem. § 33 SGB VIII)	129	127	130
Anzahl der Fälle in stationären Hilfen zur Erziehung (gem. §§ 34, 35 SGB VIII)	265	264	278
Anzahl der Fälle seelisch behinderter Kinder und Jugendlicher (gem. § 35a SGB VIII)	66	66	48
Ausgaben für Hilfen zur Erziehung in T€*	21.908	19.431	19.740

* Neue Zählweise: Zusammenfassung aller Ausgaben von § 19 bis §42 SGB VIII

Pflegekinderdienst

Die neue Fachanweisung hat erheblich erweiterte Anforderungen für den Pflegekinderdienst mit sich gebracht, deren Erfüllung durch die Einrichtung der zweiten Personalstelle gewährleistet werden konnte.

Die Zahl der zu betreuenden Pflegeverhältnisse ist, auch in den betreuten Landkreisen Lüneburg, Lüchow-Dannenberg und Uelzen, relativ konstant.

Die Zahl der Pflegestellenbewerber in Bergedorf konnte nicht erhöht werden. Die Möglichkeit zu offensiverer Öffentlichkeitsarbeit würde dies sicherlich verbessern. Die Mehrzahl der aktuellen Bewerbungen kommen von Außerhalb.

Bei den Pflegeverhältnissen liegt der Anteil der Verwandtenpflege bei ca. 50 %.

Die Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Erziehung und Beratung (LEB) in der Betreuung von Pflegefamilien gestaltet sich weiterhin positiv.

Amtsvormundschaft / Beistandschaft

Im Bereich der Beistandschaften mussten auch im Jahr 2014 die Fälle einzelfallbezogen überprüft und nach der veränderten BGH-Rechtsprechung der Rechtslage angepasst werden. Die damit verbundenen Erfordernisse sind im Wesentlichen umgesetzt, ebenso die Änderungen im familiengerichtlichen Verfahren.

Vorbereitende Arbeiten zur Einführung von JUS-IT und Schulungen haben erhebliche Belastungen ausgelöst und die Arbeitsrückstände per 31.12.2014 anwachsen lassen. Dies hat zu einer Überlastungsanzeige geführt.



Mit 1.105 Beurkundungen wurde in diesem Jahr erneut ein Höchststand erreicht.

Im Bereich der Amtsvormundschaften wurde der qualitativ gute Standard der fachlichen und persönlichen Betreuung der Mündel auch bei den neuen gesetzlichen Aufgaben gehalten. Vor dem Hintergrund der Betreuungserfordernisse für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge war es nicht möglich, die erheblich erweiterten gesetzlichen Anforderungen mit einer Obergrenze an Fallbelastung und regelmäßigen monatlichen Hausbesuchen umzusetzen. Zum Jahresende war das Anwachsen der Vormundschaftsfälle auf 260 Ausdruck dieser Situation.

Die nach wie vor sehr hohe Gesamtfallzahl in allen Tätigkeitsfeldern der Abteilung spiegelt den gesellschaftlichen Bedarf wieder. Sich verschärfende Konfliktlagen, Flüchtlingszuwanderung, Kinderschutzüberlegungen und gestiegene Erwartungen an die Rolle und praktische Ausübung der Vormundschaften im Sinne von Kinderschutz stellen eine bleibende und besondere Herausforderung an Quantität und Qualität der Arbeit der Vormünder dar.

Kennzahlen	2012	2013	2014
Anzahl der Amtsvormundschaften	205	185	253
Anzahl der Beistandschaften	1.744	1.585	1.365
Anzahl der Urkunden und Sorgeerklärungen	993	996	1.105

Kindertagesbetreuung

Die Abteilung für Kindertagesbetreuung besteht aus den Bereichen Kita und Tagespflege. Die Aufgaben sind u. a. die Beratung der Eltern über Einrichtungen, die Prüfung von Bewilligungskriterien, Vermittlung von behinderten Kindern in geeignete Angebote, Berechnung von Familieneigenanteilen/Teilnahmebeiträgen und Erteilung von Kita-Gutscheinen, Werbung, Qualifikation und Eignungsprüfungen von Tagespflegepersonen und deren Vermittlung.

Die größte Veränderung ist die Einführung des kostenfreien Rechtsanspruchs auf eine halbtägige Förderung in einer Tageseinrichtung für Kinder ab 1 Jahr. Dieser Rechtsanspruch gilt bis zum Schuleintritt, mit den Leistungsarten täglich 4 bzw. 5 Stunden mit und ohne Mittagessen. Durch die Einführung der Kostenfreiheit ist die Anzahl der Kita-Gutscheine in diesem Bereich gestiegen.

Auch im Jahr 2014 hat eine gemeinsame Sitzung mit allen Kita-Leitungen Bergedorfs und der Abteilung Kindertagesbetreuung zum Austausch für eine bessere Zusammenarbeit erfolgreich stattgefunden.

Kennzahlen	2012	2013	2014
Bescheide für Kita-Besuch / Eingliederungshilfen, Kindergartenbesuch (Rechtsanspruch) und Tagespflege	13.585	12.208	12.472



Unterhaltsvorschuss

Im Bereich Unterhaltsvorschuss werden Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) bearbeitet. Der Unterhaltsvorschuss soll den Mindestunterhalt von Kindern bis zur Vollendung des 12. Lebensjahres sicherstellen in Fällen, in denen der Unterhaltspflichtige den Unterhalt nicht leistet oder nicht leisten kann.

Die Rückholquote bei den Unterhaltspflichtigen wurde, trotz der weiterhin bestehenden geringen personellen Besetzung und der bestehenden Rückstände, in 2014 mit 11,97 % der Ausgaben, im Vergleich zum Vorjahr (10 %) verbessert.

Kennzahlen	2012	2013	2014
Anzahl der 0 bis unter 12jährigen Kinder, die UVG-Leistungen erhalten	1.355	1.325	1.357
Ausgaben nach dem UVG in T€	2.094	2.072	2.141
Einnahmen nach dem UVG in T€	226	232	256

3.4 Fachamt Gesundheit

Leitung: Herr Dr. Galle

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	31,50	31,13	32,57

Das Gesundheitsamt Bergedorf ist Teil des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und nimmt eine Vielzahl von Aufgaben im Interesse der Gesunderhaltung des Einzelnen und der Bevölkerung wahr. Hierzu zählen unter anderem Gesundheitsförderung und -vorsorge sowie Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung vor der Ausbreitung von Infektionskrankheiten. Im Gesundheitsamt werden Kinder und Jugendliche untersucht und beraten und Eltern bei der Gesundheitsvorsorge ihrer Kinder unterstützt. Es werden psychisch Kranke sowie Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderungen beraten und betreut. Dabei arbeitet das Gesundheitsamt mit anderen Einrichtungen des Gesundheitswesens zusammen. Für Behörden und Ämter werden amtsärztliche und sozialmedizinische Begutachtungen durchgeführt.

Weitere Aufgaben des Gesundheitsamtes sind die Gesundheitsberichterstattung und die Organisation von Gesundheitskonferenzen. Ziel ist die bessere Vernetzung und Steuerung von Initiativen und Projekten zur Verbesserung der Gesundheit der Bergedorfer Bevölkerung.

Aufgabe und Entwicklung in 2014

Vier Jahre nach dem Umzug an den neuen Standort am Weidenbaumsweg hat sich die Zusammenarbeit der verschiedenen Fachämter im neuen Dienstleistungszentrum weiter gut entwickelt. Auch die Kunden sind mit dem zentralen Standort zufrieden. Zentrale Lage und behindertengerechter Zugang erleichtern den Besuch der Mütterberatung und des Patientenclubs.



Das weiterhin steigende Gutachtenaufkommen im Jugendpsychiatrischen Dienst stellt eine besondere Anforderung an diesen kleinen, aber sehr kompetenten Fachdienst.

Im November konnten endlich die ersten Module der neuen Software für die Gesundheitsämter eingeführt werden. Noch läuft nicht alles rund und muss einiges noch verbessert werden.

Die wechselnden Kunstausstellungen in den Räumen des Dienstleistungszentrums werden von den Kunden und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gut angenommen.

Kommunales Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM)

Das Kommunale Gesundheitsförderungsmanagement (KGFM) ist für die bezirkliche Gesundheitsförderung, die Gesundheitsberichterstattung, die Gesundheitsplanung und die Koordination der Gesundheits- und Pflegekonferenz in Bergedorf zuständig.

Im Jahr 2014 wurden die Bergedorfer Gesundheitsgespräche fortgeführt. Diese informieren die Bürgerinnen und Bürger Bergedorfs zu wichtigen Gesundheitsthemen. In Zusammenarbeit mit dem Haus im Park und KISS (Kontakt- und Informationsstellen für Selbsthilfegruppen) fanden drei Veranstaltungen im Haus im Park (HiP) zu den Themen *Hörsturz*, *Vorsorgevollmacht* und *Schimmelpilze im Wohnraum* statt. Die Veranstaltungen waren sehr gut besucht.

Im Juni hospitierte eine Gruppe von Studierenden der Hochschule für Angewandte Wissenschaften im Gesundheitsamt. Die Studenten sollten dadurch früh einen Einblick in die Arbeit des Gesundheitsamtes gewinnen und das Gesundheitsamt auch als mögliches Betätigungsfeld von Gesundheitswissenschaftlern kennenlernen.

Die Gesundheitsförderung und Prävention gegen Übergewicht und Adipositas bei Kindern und Jugendlichen wurde weiter fortgeführt. In Kooperation mit dem Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung in Hamburg wurden die Flyer mit *Angeboten für Kinder und Jugendliche „Was läuft in Sachen Bewegung und Ernährung“* aktualisiert und an die Multiplikatoren verschickt.

Die Netzwerkarbeit zum Thema Demenz wurde weiter ausgebaut. Im September wurde im Gesundheitsamt Bergedorf ein Runder Tisch „Leben und Wohnen im Alter“ zum Thema *„HASIC- Healthy Aging Supported by Internet and Community“* in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Angewandte Wissenschaften durchgeführt. Seit Mitte 2013 wird der Aufbau des *HAW Quartiersprojektes Leben mit Demenz in Hamburg* unterstützt. Das Modellprojekt der Hochschule für Angewandte Wissenschaften findet bis Mitte 2015 in Lohbrügge statt.

Am 24.9.2014 veranstaltete das Gesundheitsamt zusammen mit dem Haus im Park eine Fortbildungsveranstaltung für Ärzte zum Thema „Demenzdiagnostik in der ärztlichen Praxis“. Die Veranstaltung wurde von der Ärztekammer Hamburg anerkannt.

Das Bezirksamt beteiligt sich am Pakt für Prävention *Gesund alt werden & Gesund leben und arbeiten in Hamburg!*

Amtsärztliche Gutachten

Seit 2013 werden alle Pflegeelternbewerber und deren Haushaltsangehörige amtsärztlich untersucht. Darüber hinaus wird im UKE ein Drogentest durchgeführt. Bergedorf ist nicht nur für Pflegeeltern zuständig, die im Bezirk wohnen, sondern auch für solche aus umliegenden Landkreisen.



Im Jahre 2014 wurden in Bergedorf bei 35 Pflegeelternbewerbern und deren Haushaltsangehörigen amtsärztliche Untersuchungen durchgeführt.

Sozialpsychiatrischer Dienst

Der Sozialpsychiatrische Dienst (SpD) bietet Hilfen und Schutzmaßnahmen für volljährige psychisch Kranke und geistig Behinderte sowie deren soziales Umfeld an. Er ist sowohl ein Kriseninterventionsdienst als auch eine Beratungs- und Begutachtungsstelle.

Bei dem originär vom SpD betreuten Klientel handelt es sich häufig um chronisch kranke Patienten mit komplexen psychosozialen Problemlagen bei gleichzeitig eingeschränkter Bereitschaft zur Mitarbeit und reduziertem Hilfesuchverhalten. Hier hat die aufsuchende und motivierende Arbeit, die zeitaufwändig ist, eine besondere Bedeutung.

Die Diagnosen der im SpD betreuten Patienten erstrecken sich über das ganze Spektrum psychiatrischer Erkrankungen. Die fünf führenden Diagnosegruppen im Jahre 2014 waren affektive Störungen, d.h. krankheitsrelevante Störungen der Stimmung wie Depression oder Manie (27,3%), Sucht- bzw. Suchtfolgeerkrankungen (21,4%), neurotische Störungen (20,7%), schizophrene Störungen (17,6%) und Persönlichkeitsstörungen (14,5%).

Ferner werden Angehörigenberatungen und Beratungen des sozialen Umfeldes von psychisch kranken Menschen weiterhin nachgefragt.

Neben Beratung und Krisenintervention begutachtet der Sozialpsychiatrische Dienst für andere Behörden und Ämter. Im Jahr 2014 wurden insgesamt 371 Stellungnahmen/Gutachten erstellt. Die Anzahl der Gutachten hat sich leicht reduziert, da im August 2014 die Begutachtung gemäß §53 SGB XII (Zugehörigkeit zum Personenkreis der behinderten und von Behinderung bedrohten Personen) vom ärztlichen Dienst des Fachamtes für Eingliederungshilfe in Wandsbek übernommen wurde. Ausgenommen von dieser Neuregelung sind suchterkrankte Menschen, die weiterhin in den Gesundheitsämtern untersucht werden.

Es werden regelmäßig Gruppentreffen für Betroffene angeboten. Traditionell trifft sich an jedem Montag der Patientenclub in den Räumen des Gesundheitsamtes. Darüber hinaus finden einmal im Jahr ein gemeinsamer Tagesausflug und eine externe Weihnachtsfeier des Patientenclubs statt.

Der Sozialpsychiatrische Dienst arbeitet in einem Netzwerk unterschiedlicher Einrichtungen und Institutionen aus dem psychiatrischen Bereich innerhalb und außerhalb des Bezirkes. So beteiligt sich der Sozialpsychiatrische Dienst u. a. an der Psychosozialen Arbeitsgemeinschaft (PSAG), dem Forum Angehörigenarbeit und an Arbeitsgruppen der Fachbehörde.

Beratungsstelle für körperbehinderte Menschen

Die Beratungsstelle berät und betreut körperbehinderte und von Behinderung bedrohte Menschen und vermittelt bedarfsorientierte Hilfen für diesen Personenkreis. Die Aufgabe umfasst persönliche Unterstützung bei Fragen, die in Zusammenhang mit der Behinderung stehen, Beratung zu sozialhilferechtlichen Fragen und sonstigen gesetzlichen Bestimmungen, Begleitung und Koordinierung weitergehender Hilfen sowie Stellungnahmen zu Anfragen anderer Dienststellen. In der Beratungsstelle teilen sich zwei Sozialpädagoginnen eine 0,9 Stelle; für ärztliche Fragen stehen zusätzlich Ärzte aus anderen Bereichen des Gesundheitsamtes zur Verfügung. Im Frühjahr 2014 hat der für alle Bezirke zuständige Unfallchirurg seine gutachterliche Tätigkeit ruhestandsbedingt beendet.



Neben der beratenden und begleitenden Aufgabe bleibt die Begutachtung mit jährlich der Hälfte aller sozialpädagogischen Gutachten-Anfragen die wichtigste Säule der Arbeit der Beratungsstelle.

Zusätzlich zu komplexen gesundheitlichen und sozialen Problemlagen der Klienten ist ein Zuwachs an psychisch belasteten und auffälligen sowie schwerstpflegebedürftigen körperbehinderten Menschen zu verzeichnen. Der aufsuchenden Arbeit kommt eine zunehmend bedeutende Rolle zu. Die gestiegene Anfrage nach selbstbestimmten und individuellen Versorgungsmodellen (Arbeitgebermodell, persönliches Budget, Beschäftigung ausländischer Pflegekräfte) stellen die Beratungsstelle vor besondere Herausforderungen.

Die Netzwerkarbeit wurde im Jahre 2014 weiter ausgebaut: Im Januar 2014 hat die Beratungsstelle an der Veranstaltung „Bausteine der Kompetenzentwicklung zur Mobilität“ im Berufsgenossenschaftlichen Unfallkrankenhaus Hamburg teilgenommen.

In der zweiten Jahreshälfte fanden Hospitationen des Senator-Neumann-Heimes in Hamburg-Bergstedt und der Intervall- Wohneinrichtung für körperbehinderte Menschen in der Hallerstrasse als auch ein Treffen mit dem Beratungszentrum „sehen hören bewegen sprechen“ in Hamburg-Nord statt.

Jugendpsychiatrischer Dienst

Der Jugendpsychiatrische Dienst berät Eltern, deren Kinder geistig, psychisch oder mehrfach behindert oder von einer solchen Behinderung bedroht sind, über rehabilitative Maßnahmen und psychosoziale Hilfen. Er unterstützt Kinder, Jugendliche und deren Bezugspersonen in Krisensituationen und bietet Beratung für Institutionen wie Jugendamt, Schulen, Kindergärten etc. und natürlich für Familien in Bergedorf an. Im Auftrag anderer Ämter werden gutachtliche Stellungnahmen erstellt. Zu den Fragestellungen gehören u.a. Eingliederungshilfen für geistig, seelisch oder mehrfach behinderte Kinder, Frühförderung in der Kita und heilpädagogische Leistungen.

Insgesamt ist wie in den Jahren zuvor eine deutliche Zunahme der Gutachtenaufträge zu verzeichnen. Wurden im Jahre 2011 noch 229 Gutachten erstellt, stieg die Zahl 2013 auf 342 und im Berichtsjahr 2014 auf 426 Gutachten.

Die Gutachtenentwicklung und der zunehmende Bedarf an Beratung stellten 2014 wie schon 2013 eine große Herausforderung an das kleine Team dar, in dem eine Sozialpädagogin in Teilzeit und zwei Fachärztinnen, die sich eine Stelle teilen, tätig sind. Zwischenzeitliche personelle Ausfälle erschwerten die zeitnahe Bearbeitung und auch die Einarbeitung der neuen Ärztin, die erst ab Mai 2014 die im November 2013 ausgeschiedene Kinderärztin ersetzte.

Kennzahlen	2012	2013	2014
Anzahl der Klienten im SpD	785	803	757
Anzahl der Gruppentermine im SpD	49	50	50
Anzahl der Klienten im JpD	353	370	396
Anzahl der Klienten in der Beratungsstelle für Körperbehinderte	365	382	428
Anzahl der ärztlichen, sozialpädagogischen, psychologischen Gutachten und Stellungnahmen	1204	1218	1212



Kennzahlen	2012	2013	2014
davon Gutachten für den Sozialhilfeträger (einschl. ARGE)	650	777	860
davon für die ARGE	96	65	66
Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bei der Erstellung von Gutachten/ Stellungnahmen in Tagen	23	31	24

Kinder- und Jugendgesundheitsdienst

Der Kinder- und Jugendgesundheitsdienst umfasst den Schulärztlichen Dienst, den Schulzahnärztlichen Dienst und die Mütterberatung.

Schulärztlicher Dienst

Der Schulärztliche Dienst des Gesundheitsamtes fördert und schützt die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen und berät Eltern in Fragen der Gesundheitspflege- und -förderung ihrer Kinder. Die Schulärztinnen sind in allen medizinischen Fragen Ansprechpartner der Bergedorfer Schulen. Sie wirken darauf hin, dass Problemlagen frühzeitig erkannt und Fördermaßnahmen zeitnah eingeleitet werden. Die Schulärztinnen arbeiten dabei eng mit den Eltern, den Schulen und anderen sozialen und medizinischen Einrichtungen zusammen.

Die Schulärztinnen sind zusätzlich in der Mütterberatung tätig und decken die Impfsprechstunden ab.

Im Schuljahr 2013/2014 wurde bei den Schuleingangsuntersuchungen trotz eines hohen personellen Ausfalls im ärztlichen Bereich eine Untersuchungsquote von 84 % erreicht. Neben den Schuleingangsuntersuchungen sind alle dringlichen Fälle und alle von den Schulen gemeldeten Kinder schulärztlich untersucht worden.

Im November und Dezember 2014 wurden Gripeschutzimpfungen durchgeführt, besonders für ältere und chronisch kranke Bürger.

Schulzahnärztlicher Dienst

Der Schulzahnärztliche Dienst im Gesundheitsamt Bergedorf untersucht jedes Jahr die Zähne der Kinder in den Kindergärten und der Schulkinder (Vorschule bis 6. Klasse). Das Team des Schulzahnärztlichen Dienstes besteht aus einer Zahnärztin, einer Zahnarthelferin und einer Prophylaxehelferin.

Im Schuljahr 2013/2014 wurden 92 % der gemeldeten Schulkinder zahnärztlich untersucht. Die zahnärztlichen Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz wurden in allen 54 gemeldeten Kindergärten durchgeführt. Dabei sind insgesamt 2618 Kindergartenkinder zahnärztlich untersucht worden.

Die Kariesprophylaxehelferin, deren halbe Stelle über die Landesarbeitsgemeinschaft zur Förderung der Jugendzahnpflege in Hamburg (LAJH) finanziert wird, führt an Grundschulen bis zur 4. Klasse Kariesprophylaxemaßnahmen einschließlich Zahnschmelzhärtung (Fluoridierung) durch. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen. Im Schuljahr 2013/2014 wurden 873 Fluoridierungen bei 530 Grundschulern durchgeführt.



Mütterberatung

Die Mitarbeiterinnen der Mütterberatung beraten Eltern von Säuglingen und Kleinkindern in regelmäßigen Sprechstunden und bei Hausbesuchen. Zusätzlich werden auch Gruppen für Babymassage und Babyernährung angeboten. Zum Team der Mütterberatung gehören Kinderärztinnen, Kinderkrankenschwestern und Krankenschwestern. Sie unterstützen und beraten in allen Fragen rund um das Baby und koordinieren weiterführende Hilfen. Die Mütterberatung beteiligt sich aktiv an der Umsetzung des Bezirkskonzeptes „Frühe Hilfen Hamburg“ im Rahmen des Landesprojektes „Guter Start für Hamburgs Kinder“ - unterstützt durch die Bundesinitiative Frühe Hilfen.

Im Jahr 2014 war es möglich, jeder Bergedorfer Familie mit einem Säugling und außerdem den Familien, die neu in Bergedorf zugezogen sind und kleine Kinder haben, einen Hausbesuch anzubieten. Diese Hausbesuche wurden gut angenommen. Sie werden mit einem Begrüßungsbrief des Bezirksamtsleiters angekündigt. Außerdem erhalten die Familien einen Babyschlafsack als Willkommensgeschenk. Das Schlafen des Säuglings in einem Schlafsack in Rückenlage ist ein besonders wichtiger Faktor, um das Risiko des Plötzlichen Säuglingstodes zu mindern und eine gesunde Entwicklung zu fördern.

An zwei Standorten (Elternschule Bergedorf-West und Eltern-Kind-Zentrum Röpredder) werden Kurse für Babymassage angeboten. Eine Kinderkrankenschwester des Mütterberatungsteams hat sich darin qualifiziert. Bei der Babymassage kommt es darauf an, das Baby zu beobachten und seine Signale aufzunehmen, ob und wie es berührt werden möchte. Daher hilft diese Methode Müttern und Vätern, mit ihrem Baby in emotionalen Kontakt zu kommen und es einfühlsam zu berühren.

„Ernährung im ersten Lebensjahr“ als weiteres Gruppenangebot für Mütter und Väter mit Säuglingen wird sehr positiv von den Eltern angenommen. Termine für das Jahr 2015 sind schon geplant.

Die Sprechstunden der Mütterberatung an vier verschiedenen Standorten im Bezirk wurden kontinuierlich durchgeführt, auch unter Beteiligung der Kinderärztinnen des Gesundheitsamtes. Ein besonderes Angebot in den Sprechstunden und in vereinbarten Einzelterminen ist die Tragetuchberatung. Eine Krankenschwester des Teams hat sich auf diesem Gebiet entsprechend fortgebildet. Das Beratungsangebot der Mütterberatung insgesamt wird in Bergedorf in immer höherem Maße nachgefragt. Die deutliche Steigerungsrate der Beratungszahlen um mehr als 40 % im Jahr 2012 wurde 2014 gehalten und sogar noch etwas gesteigert.

Das Team der Mütterberatung beteiligt sich regelhaft an dem Bergedorfer Gesamtarbeitskreis Frühe Hilfen und am Runden Tisch Bergedorf zum Thema „seelische Gesundheit in Schwangerschaft und Postpartalzeit“.

Mitarbeit der Mütterberatung in den Familienteams

In den Familienteams arbeiten die Familienhebammen und Sozialpädagoginnen der früheren Familienhebammenprojekte und die Kinderkrankenschwestern und Krankenschwestern der Mütterberatung verbindlich zusammen. Sie haben die Schlüssel- und Lotsenfunktion für das bezirkliche Hilfesystem der Frühen Hilfen und leisten aufsuchende Arbeit im Rahmen der Arbeitsteilung im Netzwerk. An den Standorten KiFaZ Lohbrügge, KiFaZ Neuallermöhe und Oberer Landweg arbeiten jetzt das Familienteam Lohbrügge, zuständig für Lohbrügge, das Familienteam Neuallermöhe, zuständig für Neuallermöhe und Vier- und Marschlande, und das Familienteam Nestlotsen, zuständig für Bergedorf West und Kerngebiet. Damit wird die Versorgung des gesamten Bezirkes Bergedorf gewährleistet. Mit den Babylotsen Hamburg, die



schon in den Geburtskliniken Mütter/Familien mit speziellem oder umfassendem Hilfebedarf identifizieren sollen, ist eine verbindliche Zusammenarbeit vereinbart worden.

Nach dem Aufbau der Teams 2013 konnte im Jahr 2014 kontinuierlich gearbeitet werden.

Neu aufgebaut wurde im Jahr 2014 eine Sprechstunde der Mütterberatung gemeinsam mit einer Hebamme in der Wohnunterkunft Curslaker Neuer Deich 57. Sie wird gut angenommen. Die Finanzierung erfolgt über Mittel der Bundesinitiative Frühe Hilfen.

Projekt „Einladungswesen U6/U7“

Das Projekt Einladungswesen für die Kindervorsorgeuntersuchungen U6 und U7 ist Anfang Dezember in Bergedorf gestartet. Es ist Bestandteil des Hamburger Landeskonzeptes „Frühe Hilfen: Guter Start für Hamburgs Kinder“.

Schulärztlicher Dienst

Kennzahlen	2012	2013	2014
Untersuchungen gem. § 34 (4) HmbSchulG	18	27	27
Untersuchungen gem. § 34 (5) HmbSchulG (Schuleingangsuntersuchungen)	1064	1167	960
Allgemeine Betreuung/ Untersuchung gem. § 34 (3) HmbSchulG (auf Ersuchen der Schule)	58	36	51
Untersuchungen im Einzelfall gem. § 34 (1) HmbSchulG (z.B. Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs)	106	60	90
Anzahl der Impfungen (Mütterberatung, Schulärztlicher Dienst, Impfsprechstunde)	132	77	129



Mütterberatung

Kennzahlen	2012	2013	2014
Anzahl der Kinder in den Mütterberatungsstellen, die untersucht bzw. zu denen beraten wurde.	1734	1769	1822
Anzahl der Hausbesuche im Rahmen der Gesundheitsvorsorge bei Säuglingen und Kleinkindern	566	491 ⁶	434 ⁷

Schulzahnärztlicher Dienst

Kennzahlen	2012	2013	2014
Anzahl der gemeldeten Schüler der 1. - 6. Klasse einschl. Vorschule	7204	7115	7044
davon 85% = Soll	6123	6048	5987
Tatsächlich durchgeführte Untersuchungen (Ist)	6641	374	6467
Anzahl der untersuchten Kinder im Verhältnis zu den gemeldeten Kindern in Prozent	92	5	92
Zahnärztliche Untersuchungen nach dem Kinderbetreuungsgesetz	1826	2000	2618
Zahnärztliche Gutachten	36	30	3

Gesundheitsschutz

Gesundheitsaufsicht

Die Gesundheitsaufsicht ermittelt bei Meldung von Infektionserkrankungen, bewertet die Daten und veranlasst entsprechende Maßnahmen. Bei gehäuft auftretenden Erkrankungen (Ausbrüchen) und Epidemien werden Schutzmaßnahmen gegen die Weiterverbreitung für die Bevölkerung und Einrichtungen geplant, vermittelt und veranlasst. Gleichzeitig führt die Gesundheitsaufsicht die Medizinalaufsicht über die nicht in Kammern organisierten Heilberufe aus. Sie überwacht die Umsetzung der Hygienestandards in Krankenhäusern, Arztpraxen, Kindertagesstätten sowie in Gemeinschaftsunterkünften, bei privaten Rettungsdiensten, in Tattoo- und Piercingstudios, Fußpflegeeinrichtungen sowie bei Heilpraktikern.

In dem Fachdienst arbeiten neben der Fachamtsleitung ein Arzt und zwei Gesundheitsaufseherinnen, von denen eine ausgebildete Gesundheitsingenieurin ist. Diese Mitarbeiterin ist gleichzeitig auch für das Verbraucherschutzamt tätig. Seit Dezember 2014 ist die Mitarbeiterin, die als Hygienefachkraft für den Bereich der Krankenhaushygiene zuständig

⁶ Die niedrigere Anzahl hängt mit einem 6-monatigem krankheitsbedingtem Ausfall einer vollzeitbeschäftigten Krankenschwester zusammen.

⁷ Die niedrigere Anzahl hängt mit dem krankheitsbedingtem Ausfall einer vollzeitbeschäftigten Krankenschwester über das gesamte Jahr 2014 zusammen.



war, in den Ruhestand gegangen. Da es sich hierbei um eine Asklepios-Rückkehrerin handelte, kann die Stelle nicht nachbesetzt werden.

Seit November 2014 wird die neue Software für die Übermittlung der gemeldeten Infektionskrankheiten an die Landesbehörde genutzt. Die Umstellung von der RKI-Software Survnet auf die neue Software Octoware bringt noch einige Schwierigkeiten mit sich.

Im Jahr 2014 wurden die routinemäßigen Begehungen der Krankenhäuser und Kindereinrichtungen sowie der medizinischen Fußpflegeeinrichtungen, der Pflegeheime und der invasiv tätigen Heilpraktiker zur Überwachung der Hygiene fortgesetzt. Das Gesundheitsamt führt zusammen mit dem Institut für Hygiene und Umwelt eine Pilottestung von elektronischen Fragebögen zur Ermittlung des Risikoscores von Krankenhäusern durch.

Insgesamt 20 Arztpraxen wurden begangen und auf die hygienischen Verhältnisse hin überprüft.

Im Zusammenhang mit einer Infektion übertragbarer Hirnhautentzündung leitete das Gesundheitsamt die notwendigen Maßnahmen ein und brachte eine Antibiotikaphylaxe der Kontaktpersonen zeitnah auf den Weg bzw. führte sie selbst durch. Außerdem fanden mehrere Informationsveranstaltungen statt. So konnte eine Weiterverbreitung des gefährlichen Erregers verhindert werden.

Kennzahlen	2012	2013	2014
Bearbeitete Meldungen von infektiösen Erkrankungen	1550	1491	1613
Anzahl der jährlichen Hygieneprüfungen in Krankenhäusern (insgesamt 3 Einrichtungen)	3	4	4
Anzahl der Begehungen in Pflegeheimen zur Überwachung der Hygiene (GA 31)	3	1	4
Anzahl der Begehungen in Kindertageseinrichtungen	18	18	14

Wohn-Pflege-Aufsicht

Die Wohn-Pflege-Aufsicht berät ältere, behinderte und auf Betreuung angewiesene Bewohnerinnen und Bewohner sowie Angehörige. Ebenso gilt das Beratungsangebot für Betreiber von Einrichtungen und Personen mit berechtigtem Interesse.

Das Hamburgische Wohn- und Betreuungsqualitätsgesetz ist die gesetzliche Grundlage für die Arbeit der Wohn-Pflege-Aufsicht. Hierunter fallen:

- Servicewohnanlagen (ehemals betreutes Wohnen)
- Wohngemeinschaften für Pflegebedürftige
- Wohneinrichtungen für Senioren (alt: Heime)
- Wohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen
- Tagespflegestätten und Hospize
- Ambulante Pflegedienste und Dienste der Behindertenhilfe

Die Wohn-Pflege-Aufsicht führt Kontrollen durch und prüft die Qualität der Pflege- und Betreuungsleistungen. Das Ziel ist, die Interessen und Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner zu schützen und insbesondere die Selbstständigkeit bzw. Teilhabe sowie die Selbstverantwortung zu wahren. Neben den Aufgaben als Kontroll- und Beratungsinstanz ist die Wohn-Pflege-Aufsicht auch Beschwerdestelle für die oben aufgeführten Zielgruppen.



Der Arbeitsschwerpunkt der WPA in 2014 war das Bearbeiten von Beschwerden in Wohneinrichtung für Senioren, ambulanten Pflegediensten sowie Servicewohnanlagen. In den Jahren 2011 bis 2013 sind durchschnittlich 25 Beschwerden eingegangen. Im letzten Jahr stieg die Anzahl der bearbeiteten Beschwerden auf 70. Die Inhalte der Beschwerden sind deutlich komplexer und gravierender geworden. Meist umfassten die Beschwerden die Bereiche Pflege, soziale Betreuung sowie Personal- und Qualitätsmanagement in Bezug auf den Einsatz von Leiharbeitskräften.

Die durchgeführten Anlassprüfungen ambulanter Pflegedienste zeigten, dass die Beschwerden begründet waren und die Prüfungen einen nicht vorhergesehenen erheblichen Zeit- und Arbeitsumfang in Anspruch nehmen.

Kennzahlen	2012	2013	2014
Anzahl der Wohneinrichtungen	23	23	23
Anzahl der regelhaft zu prüfenden Wohneinrichtungen			12
Anzahl der regelhaft geprüften Wohneinrichtungen	17	11	3
Anzahl der bearbeiteten Beschwerden	17	31	70
Anzahl der anlassbezogenen Prüfungen	19	25	35
Anzahl der stichprobenhaften und anlassbezogenen Überprüfungen von ambulanten Pflegediensten	1	4	6



4. Dezernat für Wirtschaft, Bauen und Umwelt

Leitung: Uwe Czaplenski

Kennzahlen	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen	181,80	178,22	177,22
Sachkostenbudget in €			
Ansatz und Rest Vorjahr Soll	158.079	142.628	116.300
Ausgaben Ist	144.516	126.445	95.992
übertragbarer Rest	0	0	0
betreute Fachausschüsse	Stadtplanungsausschuss, Regionalausschuss, Fachausschüsse für Landschaftsplanung, Grünangelegenheiten und Umweltschutz, für Bauangelegenheiten, für Verkehr und Inneres, für Wirtschaft, Arbeit und Verbraucherschutz sowie gelegentlich für Sport und Kultur.		
Schriftliche Anfragen/Eingaben aus der Bevölkerung	47	36	31
Eröffnungstermine der Ausschreibungsangebote	35	37	30
davon öffentliche Ausschreibungen	0	1	0
davon beschränkte Ausschreibungen	35	36	30
Einnahmen insgesamt in €			
Soll	5.799.686	5.807.632	4.475.905
Ist	5.642.392	5.650.338	4.830.400
Ausgaben insgesamt Ist	18.017.245	17.382.198	14.630.848

Im Dezernat sind im Wesentlichen die technisch-baulichen und ökonomischen Dienstleistungen des Bezirksamtes in den Fachämtern Stadt- und Landschaftsplanung, Management des öffentlichen Raumes, Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt sowie dem Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt konzentriert.



4.1 Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung

Leitung: Klaus Wittmann (kom.)

Kennzahlen		2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen am 31.12.		11,22	11,51	11,57
Einnahmen in €	Soll Ist	38.734 36.710	45.766 47.091	26.365 28.865
Ausgaben in €		286.785	396.567	351.284
Anzahl der eingeleiteten bezirklichen Bebauungspläne (Grobabstimmung) und sonstigen Verordnungen am 31.12. * / **		15	24	22
Größe der aktiven Bebauungsplanverfahren in ha am 31.12.		377	330	***
Anzahl der bezirklichen Bebauungspläne, die Vorweggenehmigungsreife erlangt haben **			5	1
Anzahl städtebauliche Verträge und Durchführungsverträge ** <i>in Arbeit befindliche inkl. Verträge über Zusammenarbeit</i>			4	5
Anzahl der teilräumlichen Planungen und sonstiger Konzepte **			5	6
Anzahl der bezirklichen Wettbewerbsverfahren **			4	7
Anzahl der öffentlichen Veranstaltungen (z.B. ÖPD, Stadtwerkstatt, sonstige Anhörungen) * / **			3	8

* Dieser Tätigkeitsbericht berücksichtigt ab dem Jahr 2013 die Kennzahlen, die zukünftig im Rahmen der strategischen Neuausrichtung des Haushaltswesens (SNH) erhoben werden.
Die mit „*“ gekennzeichneten Zahlen bis 2012 sind daher mit denjenigen ab 2013 nur bedingt vergleichbar, die mit „**“ gekennzeichneten Zahlen werden ab 2013 neu erhoben.
Die mit „***“ gekennzeichneten Zahlen werden nicht mehr erhoben, da sie nicht im SNH abgebildet werden

Aufgabe und Entwicklung 2014

Allgemeines

Das Fachamt ist in erster Linie für die übergeordnete resp. vorbereitende Planung aller für den Bezirk relevanten stadtplanerischen und städtebaulichen Entwicklungen und konkreten Projekte sowie deren spätere Umsetzung in verbindliche Bauleitpläne zuständig. Diese Aufgaben werden in enger Verzahnung der drei Abteilungen SL1, SL2 und SL3 durchgeführt und reichen von ersten Gesprächen mit potentiellen Investoren über Organisation und fachliche Begleitung von städtebaulichen und landschaftsplanerischen Wettbewerbs- bzw. Gutachterverfahren bis zur



planungs- und naturschutzrechtlichen Beurteilung einzelner Bauanträge. Des Weiteren nimmt das Fachamt die Aufgabe des Federführers für alle Bezirke im Bereich der Stadt- und Landschaftsplanung wahr. Auch im Jahr 2014 erfolgte die federführende Abstimmung einer Vielzahl von Drucksachen, parlamentarischen Anfragen und dgl. im Rahmen von Entflechtungs- und Konsolidierungsmaßnahmen sowie im Kontext der Wohnungsbauentwicklung. Mit großem zeitlichem und personellem Aufwand verbunden war zudem die federführende Organisation der Vergabe und Betreuung der bezirksübergreifenden Wohnungsmarktanalyse sowie der Vorbereitung der Vergabe von Einzelhandelskonzepten aller sieben Bezirke und der damit einhergehenden Abstimmung mit der BSU. Weiterhin nimmt das Fachamt federführende und steuernde Aufgaben auf dem Gebiet der elektronischen Bauleitplanung und Planungsinformationssysteme für den gesamten Bereich der FHH wahr, die auch in 2014 aufgrund von Systemumstellungen und zu erarbeitenden Programmverbesserungen personal- und zeitintensiv waren.

Übergeordnete Planung

Wohnungsbau

Im Bereich des Wohnungsbaus war das Jahr 2014 durch die Entwicklung großer Wohnbauflächen und der damit zusammenhängenden Durchführung von städtebaulichen und landschaftsplanerischen Wettbewerbs- bzw. Gutachterverfahren gekennzeichnet.

Derartige Verfahren wurden zu folgenden Teilflächen abgeschlossen, durchgeführt bzw. begonnen:

- Hirtenland (Bebauungsplan Lohbrügge 89)
- Haempfen/Tienrade (Bebauungsplan Lohbrügge 92)
- Mohnhof (Bebauungsplan Bergedorf 115)
- Brookdeich (Bebauungsplan Bergedorf 111)

Für insgesamt ca. 1.200 Wohnungen wurden bzw. werden auf diesem Weg wertvolle und qualitativ hochwertige planerische und gestalterische Grundlagen geschaffen. Das Instrument dieser Verfahren hat sich bewährt. Politik, Verwaltung und Investoren ziehen an einem Strang, und es wird schon zu einem sehr frühen Zeitpunkt im Verfahren ein Konsens über die Entwicklung erreicht.

Weitere große Wohnungsbauvorhaben, die 2014 deutlich vorangetrieben werden konnten, waren die Flächen westlich des Schleusengrabens (Wohnen am Weidenbaumsweg und Glasbläserhöfe) sowie in Neuallermöhe-West Flächen am Sophie-Schoop-Weg. Zu weiteren Flächen zeichnen sich hoffnungsvolle Entwicklungsansätze ab, so dass für die nächsten Jahre ausreichend Entwicklungspotenzial besteht, um das Ziel von 600 genehmigten Wohneinheiten je Jahr erreichen zu können.

Diese konnte im Jahr 2014 nicht ganz erreicht werden, da sich einige Vorhaben nicht wie gewünscht entwickelt haben bzw. bei deren Entwicklung es zu Verzögerungen gekommen ist. Zu berücksichtigen ist dabei, dass das Bezirksamt bei der Förderung von Wohnungsbauvorhaben nur begrenzte Einflussmöglichkeiten hat bzw. nur Rahmenbedingungen für Investitionen schaffen kann. Für die Umsetzung sind Eigentümer und Investoren selbst verantwortlich.

Auch das im Jahr 2014 fortgeschriebene Wohnungsbauprogramm bietet nach wie vor eine Reihe von Potenzialflächen, die eine ausreichende Basis für das Erreichen der Bergedorfer Zielzahl bilden. Sehr langfristig gesehen muss aber auch über das Erschließen neuer Potenziale in Bereichen, die bisher noch nicht so sehr im Fokus standen, nachgedacht werden. Wohnungsbau in ähnlichen Größenordnungen wie bisher wird eine dauerhafte Aufgabe sein.



Ebenso dauerhaft und bedeutend ist die Aufgabe öffentliche Unterbringung von Flüchtlingen. Seitens des Fachamtes mussten in erster Linie Flächen identifiziert und bewertet werden.

Darüber hinaus ist bei der Schaffung neuen Wohnraums die Versorgung besonderer Bevölkerungsgruppen, die Schwierigkeiten beim Zugang zum Wohnungsmarkt haben, zu berücksichtigen. Auszubildende, Studenten, unter 18jährige, Personen mit WA-Schein sind hier nur beispielhaft genannt.

Entwicklungen im Bergedorfer und Lohbrügger Zentrum

Auch die Entwicklungen im zentralen Bereich des Bezirks Bergedorf wurden in 2014 vom Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung mitbegleitet bzw. maßgeblich initiiert. Zu nennen sind hier vor allem

- Wohnbauentwicklung am Mohnhof
- Konzeptentwicklung neues Lichtwarkhaus und Lichtwarkquartier
- Begleitung der Umgestaltung der Alten Holstenstraße in Lohbrügge
- Begleitung der Umgestaltung des Weidenbaumsweges und der Alten Holstenstraße
- Konzeptionierung einer Neubebauung der Fläche B 5 / Hinterm Graben / Neuer Weg

Von besonderer Bedeutung war die Einleitung einer Stadtwerkstatt für den Bergedorfer Hafen und des angrenzenden Teils der Alten Holstenstraße. Durch den Ansatz einer umfassenden Online-Beteiligung und der Beteiligung von Jugendlichen konnte hier ein erfolgversprechender Weg beschritten werden, der über die bekannten Beteiligungsverfahren deutlich hinausgeht und viele Ideen und Vorschläge für diesen sehr wichtigen Bergedorfer Bereich erbracht hat. Die Aufgabe im Jahr 2015 wird es sein, die von einer breiten Bevölkerung getragenen Ansätze in einen Umsetzungsprozess einzubringen.

Schleusengraben

Die Entwicklung am Schleusengraben konzentriert sich nach wie vor auf drei große Flächen mit insgesamt über 1.000 Wohnungen und Gewerbeflächen, die in erster Linie für den Bereich Forschung und Innovation entwickelt werden sollen, sowie auf die Herstellung von Wegeverbindungen und einer Brücke über den Schleusengraben. Erfreuliche Fortschritte konnten im Bereich der Glasbläserhöfe erreicht werden, in denen die Bebauung sichtbar voranschreitet.

Die Durchführung eines Gutachterverfahrens für eine Fußgänger- und Radfahrerbrücke über den Schleusengraben hat gezeigt, dass auch ein vermeintlich kleines Bauwerk durchaus zu lebendigen Diskussionen führen kann. Letztendlich wurde aber über dieses Verfahren eine Lösung gefunden, die einen Meilenstein für die Entwicklung am Schleusengraben darstellt.

Vier- und Marschlande

Bedeutende Themen waren auch in 2014 erneut die Wohnbau- und die Einzelhandelsentwicklung. Im Rahmen des in unregelmäßig Abständen tagenden Arbeitskreis Vier- und Marschlande, der sich als Institution bewährt hat, konnte u.a. eine Grundverständigung über die Wohnbauflächenpotenziale und über die bedeutenden Entwicklungen im Bereich des Spiekermarktes und für das Nahversorgungszentrum Neuengamme erreicht werden.



Die Wettbewerbsverfahren für diese beiden Standorte konnten erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Erste bauliche Aktivitäten zeugen davon, dass auch eine konkrete Umsetzung gewollt ist.

In Ochsenwerder wurde die Stadtwerkstatt, in der Bürger und Betroffene, Politik und Verwaltung gemeinsam eine Entwicklungsperspektive für den Ortsteil entwickelt haben, zum Abschluss gebracht. In insgesamt fünf Werkstätten wurde sehr konstruktiv und unter großer Beteiligung der Betroffenen zusammengearbeitet, so dass dies durchaus als Erfolgsmodell und beispielhaft für weitere Verfahren in den Vier- und Marschlanden bezeichnet werden kann.

Ein weiteres bedeutendes Thema waren 2014 die vorbereitenden Planungen für den Neubau der Stadtteilschule in Kirchwerder und des damit verbundenen Wohngebietes.

Mit Blick auf die städtebaulichen Voruntersuchungen für einen Bereich von Moorfleet wurde ein Planungsbüro mit der Koordination und Bearbeitung der elementaren Prüfaufträge beauftragt. Ziel soll es sein, bis zum Ende des 2. Quartals 2015 erste Untersuchungsergebnisse vorgelegt zu bekommen.

Bebauungsplanung

Im Wesentlichen wurden im Jahr 2014 folgende Leistungen erbracht:

Sechs Planverfahren wurden neu eingeleitet: Bergedorf 65 (Vierlandenstraße / Neuer Weg, Änderung), Bergedorf 115 (Mohnhof / Töpfertwiete), Kirchwerder 33 (Stadtteilschule Kirchwerder), Kirchwerder 34 (Wohngebiet südlich Karkenland), Lohbrügge 89 (Hirtenland), Lohbrügge 92 (Tienrade / Haempton)

Für die Bebauungsplanverfahren Bergedorf 113 (Weidensteg), Bergedorf 115, Lohbrügge 89 und Ochsenwerder 13 (nordwestlich Avenberg) wurden öffentliche Plandiskussionen durchgeführt.

Mit den Trägern öffentlicher Belange wurden zwei Planentwürfe abgestimmt: Ochsenwerder 13 sowie die Klarstellungs- und Ergänzungsverordnung Kirchwerder-Krauel.

Vier öffentliche Auslegungen fanden für folgende Bebauungsplanentwürfe statt: Curslack 20 (Rosenhof), Lohbrügge 68 (Havighorster Weg), Ochsenwerder 13 sowie die Verordnung Kirchwerder Krauel.

Folgende drei Bebauungspläne wurden festgestellt: Bergedorf 40 (Hinterm Graben, Änderung), Bergedorf 104 / Curslack 19 (Schleusengärten) und Lohbrügge 10 (Alte Holstenstraße, Änderung).

Zwecks Einleitung eines Verfahrens zur planungsrechtlichen Sicherung und Entwicklung von privaten Grünflächen im Raum Kirchwerder / Zollenspieker wurden Voruntersuchungen, insbesondere Gespräche mit Grundeigentümern durchgeführt.

Im Rahmen der fachlichen Federführung wurden u.a. folgende Leistungen erbracht:

- Vertretung der Bezirksamter im Transparenzboard zum hamburgischen Transparenzgesetz; im Zusammenhang mit diesem Gesetz erfolgten außerdem Teilnahmen an Workshops und behördenübergreifenden Abstimmungsgesprächen zur Umsetzung des Gesetzes
- Inhaltliche Vorbereitung und Abstimmung von fachspezifischen Fortbildungsveranstaltungen
- Entwicklung einer Datenbank für die Bauleitplanverfahren aller Bezirke und der BSU.

Nachdem im Jahr 2013 die Anwendung Bauleitplanung online (BOP) den Planungsdienststellen der Stadt Hamburg zur Verfügung gestellt wurde, wurden unter aktiver Mitwirkung bezirklicher Mitarbeiter die Schulungen für Bezirke, Büros und BSU/LP fortgeführt. Weiterhin wurden die technischen Voraussetzungen zur Anbindung der Planungsbüros an das Fachverfahren geschaffen.



Da die derzeitige Softwarearchitektur der IT-Anwendung BOP nicht geeignet ist, um fachlich zwingend notwendige Anpassungen umzusetzen und die aus der Transition in das neue Rechenzentrum resultierenden technischen Anforderungen zu erfüllen, waren Lösungswege zu prüfen. Die fachlichen und technischen Anforderungen wurden von der Leitstelle bei N/ITB und dem Bezirksamt in Zusammenarbeit mit dem Softwarehersteller erarbeitet und in einem Konzeptdokument festgehalten.

Darüber hinaus hat das Bezirksamt praktische Erfahrungen bei der Einführung von BOP bei einem bundesweiten Fachaustausch zum Thema „Online-Beteiligung in der Bauleitplanung“ 2014 vorgestellt und diskutiert und konnte Anregungen für solche Gemeinden liefern, die die Einführung ähnlicher Fachverfahren prüfen.

Im Rahmen der fachlichen Federführungsaufgaben mit Bezug auf EDV wurde der „Arbeitskreis digitale Bauleitplanung“ auch 2014 regelmäßig gemeinsam mit der fachlichen Leitstelle durchgeführt.

Die sich rasant weiterentwickelnde Internettechnik stellt komplexe Anforderungen an die Koordination der unterschiedlichen zur Verfügung stehenden technischen Planungs- und Kundenserviceinstrumente. Das Bezirksamt hat auch 2014 im Rahmen seiner Funktion als Federführer die Entwicklung und Optimierung von IT-Anwendungen begleitet und die Anwendersicht vertreten. 2014 wurden erfolgreich verschiedene Ideen zur Vermeidung doppelter Datenhaltung bzw. zu effizienteren Arbeitsabläufen im Rahmen verschiedener IT-Entwicklungen eingebracht.

Hinzu kamen u.a. folgende Leistungen:

- Städtebauliche Beratung von Bürgern, Vorhabenträgern, Behörden und politischen Gremien
- Städtebauliche Beurteilung von Bauvorhaben während der Bebauungsplanverfahren
- Erarbeitung von Veränderungssperren
- Erarbeitung und Überwachung von städtebaulichen Verträgen und Aufträgen
- Betreuung von externen Büros und Bauträgern
- Mitwirkung an Normenkontroll- und Vergleichsverfahren
- Mitwirkung bei Rechnungshofprüfungen
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Insgesamt ist der Bezirk seinem Ziel, verlässliches und zukunftsorientiertes Planungsrecht zur städtebaulichen Entwicklung und Ordnung zu erhalten, näher gekommen.

Landschaftsplanung

Das Hamburger Biotopverbundkonzept konnte im Jahr 2014 unter Mitwirkung des Bezirksamtes weitgehend abgeschlossen werden.

Die Bebauung am Schleusengraben wurde landschaftsplanerisch begleitet. Ersatzflächen für Biotope konnten gefunden und festgelegt werden. Die landschaftsplanerische Einbindung der Brücke wurde optimiert.

Teile des vorgesehenen Gewerbegebietes östlich Curslacker Neuer Deich stehen aufgrund von Bodenuntersuchungen vorläufig unter Naturschutz. Der erste Umsiedlungsversuch der besonders geschützten „Zierlichen Tellerschnecke“ (*Anisus vorticulus*) wurde durchgeführt, ein Monitoring steht noch aus. Das Fachamt begleitete auch im Jahr 2014 die Experten und das Programm, beantwortete Anfragen aus Politik und Presse und überwachte den Haushalt.

Der in 2007 begonnene LEADER-Prozess im Rahmen des europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung der ländlichen Räume wurde fortgesetzt. Das „Touristische Leitsystem“ wird durch den Verein „Stadt-Land-Fluss-Hamburg e.V.“ koordiniert. Die Klärung zur Umsetzung des „Reitwegekonzeptes“ nahm geraume Zeit in Anspruch, da neben technischen Schwierigkeiten



auch die Eigentums-, Pacht- und Nutzungsverhältnisse umfangreicher Klärungen bedurften. Die Sanierung des Gewässers, an dem die Furt angelegt werden soll, stellt sich als problematisch und aufwändig dar. Die Maßnahmen müssen bis Sommer 2015 abgeschlossen sein.

Internationale Gartenschau 2013 (IGS): Bis in den April 2014 dauerten die aufwändigen Abrechnungen und Belegnachweise für BWVI, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

Die Abteilung war maßgeblich an verschiedenen städtebaulich-/landschaftsplanerischen Wettbewerben beteiligt. Für die verbindliche Bauleitplanung wurde die Betreuung der laufenden Huckepack-Bebauungspläne fortgesetzt. Die gesetzliche Beachtung des Artenschutzrechts (insbesondere Vögel, Fledermäuse und Amphibien) bildet einen Schwerpunkt dieser Arbeit. Streng geschützte Arten stellen die Planungen vor immer neue Herausforderungen, die zusammen mit den Fachbehörden in einem intensiven Austausch geklärt werden müssen. Ein besonders arbeitsintensiver Bebauungsplan war Lohbrügge 89 (Hirtenland) mit komplexen Fragestellungen unterschiedlichster Disziplinen.

4.2 Fachamt Management des öffentlichen Raumes

Leitung: Herr Lindemann

Kennzahlen		2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen		109,90	107,35	104,09
Einnahmen in EUR ¹⁾	Soll	1.802.517 ²	1.350.441 ²	1.273.849 ²
	Ist	2.007.928 ²	1.351.293 ²	1.299.763 ²
Ausgaben in EUR		16.740.421	16.381.209	13.899.869

1) Gebühren, Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung, Zwangs- und Bußgelder, Arbeiten für fremde Rechnungen u.a.

2) inkl. Einnahmen (z.B. von Bauträgern), die Maßnahme bezogen auch ausgabewirksam werden

Aufgabe und Entwicklung in 2014

Die Aufgaben dieses Fachbereiches bestehen in der Planung, dem Bauen, dem Herrichten und der Unterhaltung aller öffentlichen Flächen, die in der Zuständigkeit des Bezirksamtes liegen wie: Grünanlagen, Spielplätze, Dauerkleingartenanlagen, Wander- und Radwege, bezirklicher Friedhof, Straßen, Straßenbegleitgrün, Brücken, Herrichten der Depotcontainer-Standorte, Unterhaltung von Gewässern aller Art, Unterhaltung der Hochwasserschutzanlagen, Naturschutzgebiete sowie Bergedorfer Forstflächen.

In Amtshilfe werden Dienstgärten, Sportplätze und Liegenschaftsflächen unterhalten.

2014 sind insbesondere folgende Projekte bearbeitet worden:

Straßen- und Tiefbauprojekte:

- Diverse Maßnahmen im Rahmen des Programmes integrierte Stadtteilentwicklung, RISE: Abschluss Quartiersstraßen Bergedorf-Süd 1. BA, Neugestaltung Platz Am Pool, Planung und Umbau Alte Holstenstraße von Lohbrügger Markt bis Ludwig-Rosenberg-Ring.
- Verschiedene Grundinstandsetzungen und Sanierungsmaßnahmen im bezirklichen Straßennetz entsprechend dem Tiefbauprogramm 2014: z. B. Gammer Weg, Neuengammer Hausdeich 4.BA, Fortsetzung der Sanierung von Straßengräben und des Geh- und Radweges am Curslackter Heerweg
- Vorbereitung und Ausführung von allgemeinen Erschließungsmaßnahmen wie der Fertigstellung der Straßen Op den Hoogen, Sporthallenweg / Am Sandbrack, der



Erschließungen Glasbläserhöfe, Schleusengärten und Weidenstieg sowie den Abschluss der Erschließung Kurt-A-Körper-Chaussee (OBI-Markt)

- Vorbereitung und Ausführung von Industrie- und Gewerbeerschließungen (z.B. Mette-Harden-Straße)
- Weiterführung des Straßenbaus Wohnerschließung Allermöhe West (z.B. Hans-Stoll-Straße, Marie-Henning-Weg)
- Vorbereitung und Bau von diversen Maßnahmen der erstmaligen, endgültigen Herstellung von Straßen (Lütte Stegel und Grote Stegel hergestellt und Blaue Brücke geplant)
- Vorbereitung und Ausführung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Bushaltestellen im Rahmen des Titels „Förderung des ÖPNV“
- Vorbereitung und Ausführung von Deckenerneuerungsmaßnahmen im Rahmen des Sonderprogrammes Winterschäden, z. B. Tatenberger Weg, Heinrich-Stubbe-Weg 2. BA, Kirchwerder Landweg 2.BA
- Vorbereitung von Baumaßnahmen zur Grundinstandsetzung und Verbesserung von Radwegen im Rahmen des Titels „Förderung des Radverkehrs“ (z.B. Veloroute 8, Knoten Lohbrügger Landstraße / Weberade, Ludwig-Rosenberg-Ring / Alte Holstenstraße, Tatenberger Deich und Ochsenwerder Norderdeich, Radfahrstreifen an der Anschlussstelle A25 Allermöhe, Bergedorfer Straße von Vierlandenstraße bis Neuer Weg, Verbesserung des Fahrradparkens durch Aufstellen von Fahrradbügeln)
- Mitarbeit bei der Erarbeitung diverser B-Pläne hinsichtlich der Erschließung (Grün-, Straßen, Tief- und Wasserbau)

Unterhaltungsmaßnahmen Straßen und Wege:

- Fortführung der Sanierung von Teilflächen an Hauptverkehrsstraßen
- Überwachung, Anpassung und Ausarbeitung des Winterdienstes
- Instandsetzungsprogramm „öffentliche Toiletten“ an den Badeseen
- Naturteiche Boberger Niederung: Entschlammung der Auffangbecken
- Wildkrautbeseitigung an Haupt- und Nebenstraßen
- Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs an Haupt- und Nebenstraßen
- Schulwegsicherungsprogramm: Fahrbahnmarkierungen spez. an Überwegen
- Wiederherstellung der Straßenentwässerungssysteme (u.a. an der B 5 und in den Vier- und Marschlanden).
- Erfüllung des fortlaufenden Schlaglochbeseitigungsprogrammes
- Konjunkturprogramm-Aufstockung der Straßenunterhaltungsmittel zur Beseitigung von Gefahrenstellen auf Straßen und Wegen
- Durchführung von Maßnahmen zur Beseitigung von Winterschäden
- Vorbereitung und Fortführung des Sonderprogramms „Klar Schiff Hamburg“ – Ordnen von Wegezubehör
- Instandsetzung und Unterhaltung von Deichverteidigungsstraßen und dazugehöriger Sperreinrichtungen
- Instandsetzung des Marschbahndammes als Teil des Europa-Radfernweges
- Sonderprogramm Fahrbahnmarkierung/Verkehrsleiteinrichtungen
- Koordinierung, Planung und Umsetzung Straßenbau- sowie Straßenverkehrs-behördlicher Anordnungen

Unterhaltungsmaßnahmen Grün:

- Führung und Aktualisierung des Straßenbaumkataster
- Kontrolle und Pflege der Straßenbäume und des Straßenbegleitgrüns
- Führung und Aktualisierung des Spielgerätekatasters



-
- Kontrolle und Pflege der Kinderspielplätze, Grünanlagen und Dauerkleingartenanlagen
 - Umsetzung von Maßnahmen aus den Pflege- und Entwicklungsplänen für den Eichbaumpark, Marschbahndamm, Fleetgrün Allermöhe-Ost, an der Sternwarte / Schorhöhe und Grünes Zentrum Lohbrügge, sowie deren Fortschreibung
 - Durchführung von Pflege- und Verkehrssicherungsmaßnahmen in Naturschutzgebieten
 - Arbeiten in Amtshilfe auf Liegenschafts- und Sportflächen sowie in Dienstgärten
 - Pflege- und Unterhaltung des Bergedorfer Friedhofes mit Durchführung des Gruftbetriebes
 - Ausbildung von Landschaftsgärtnern

Forstprojekte:

- Außenaufnahme aller Wege und Außengrenzen, mit Erstellung einer Dokumentation und eines Maßnahmenkatalog zur Verkehrssicherungssituation
- Maßnahmen zur Verkehrssicherung in den Forsten gemäß Maßnahmenkatalog
- Umsetzung der forstlichen Pflegeplanung aus der Forsteinrichtung
- Durchführung des FSC-Hauptaudits für die FHH
- Kontinuierliche Wegeinstandsetzung, insbesondere nach Starkwetterereignissen
- Aufarbeitung von Sturmholz
- Läuterung der Außengrenzen als vorgezogene Verkehrssicherung
- Durchführung des Weihnachtsbaumverkaufs mit Rahmenprogramm
- Etablierung Schmuckgrünverkauf
- Steigerung des Brennholzverkauf
- Erweiterung des Einsatzes von Selbstwerbern
- Wiederherstellung des Schlittenaufstieges der „Doktorbahn“
- Durchführung von Gruppenführungen

Wasserwirtschaftliche Maßnahmen:

- Ausgleichmaßnahme Mittlere Bille fertiggestellt
- Vorbereitung und Ausführung von diversen Grundinstandsetzungen am Staatlichen Be- und Entwässerungssystem in den Vier- und Marschlanden
- Grundinstandsetzung Schulenbrooksbek, 2.BA Vorplanung
- Planung und Herstellung der Durchgängigkeit (Fischaufstiegshilfe) am Serrahnwehr nach EU-WRRRL, abgeschlossen. Monitoring bis Ende 2014
- Bau einer Regenwasserbehandlungsanlage am Bornmühlenbach, Plettenbergring (Kontrakt mit LSBG Planung) abgeschlossen, Monitoring begonnen.
- Bau Erneuerung Spüleinlass Kampbille, abgeschlossen
- Umsetzung - Grundinstandsetzung Spülgraben Allermöhe abgeschlossen
- Umsetzung - Grundinstandsetzung Ufermauerwerk Serrahn abgeschlossen
- Umsetzung - Erweiterung Regenwasserbehandlungsanlagen in den Gewerbegebieten Allermöhe und Brookdeich
- Verbesserung der Uferstruktur am Schleusengraben 1.BA Höhe Glasbläserhöfe, Baubeginn
- Erweiterung Schöpfwerk Kiebitzbrack, Kontrakt mit LSBG abgeschlossen, Baubeginn November 2014
- Instandsetzungsarbeiten am Schöpfwerk Allermöhe begonnen
- Herrichtung binnenseitiger Schutzstreifen nach Ankauf der Flächen und Übernahme in den Deichgrund.



Landschaftsbauprojekte:

- Planung und Bau einer Kleingartenanlage für den B-Plan Bergedorf 108/Altengamme 11, 1. BA abgeschlossen, 2. BA im Bau, 3. BA in Planung
- Weiterentwicklung der Planung / Konzeption von Wegeverbindungen und Grünanlagen (Ost und West) am Schleusengraben im Rahmen des Projektes Erschließung der Schleusengrabenachse
- Vorbereitung und Ausführung der Grundinstandsetzung von diversen Spielplätzen und Grünanlagen (KSP Kurt-Adams-Platz, KSP Durchdeich , Grillplätze Grünes Zentrum, Grünanlage Obere Bille , Grünzug Mittlere Bille)
- Abschluss der Arbeiten zum 6. BA – Kleingartenanlage - für den Stadtteilpark Neuallermöhe-West,
- Bau des 7. BA – Parkanlage - für den Stadtteilpark Neuallermöhe-West,
- Ausbau des Reitwegenetzes im Bezirk im Rahmen der ELER-Förderung
- Historischer Rundwanderweg Zollenspieker im Rahmen der ELER-Förderung

Ordnungswidrigkeiten und Ermittlungen:

Die neue OWI-Zentrale mit 3 Ermittlern im Außendienst wurde eingerichtet und hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Es wurden verschiedene Verfahren im Bereich Baugenehmigungsüberwachung, Gewässer und weiterer Themenfelder durchgeführt.

Weitere Projekte

Im Zuge der weiteren Entwicklung der Hamburger Verwaltung hat sich MR an verschiedenen Projekten beteiligt. Herauszuheben ist hier das Thema EMS (Erhaltungsmanagement Straßen) und die damit einhergehende Digitalisierung der Verkehrsflächen im Bezirk Bergedorf. Die Umsetzung der Datenerhebung für die Straßen und Wegflächen, einschließlich der Nebenflächen ist in 2014 zu 80 % umgesetzt worden.

Kennzahlen MR

Angaben in Euro	2012	2013	2014
Investitionsmittel Straße	4.613.337	4.851.556	4.204.443
Davon: Honorarausgaben	269.764	204.968	146.972
Erschließungsmittel	301.979	1.113.709	709.553
Neu-, Um- und Ausbau	1.484.282	1.654.088	1.563.334
Grundinstandsetzung	2.557.345	1.878.791	1.784.584

Investitionsmittel Gewässer und Deiche	2.659.448	2.744.957	1.809.679
Davon: Honorarausgaben	167.387	132.346	105.052
Erschließungsmittel	0	0	0
Neu-, Um- und Ausbau	2.336.046	2.402.654	1.704.627
Grundinstandsetzung HWS-Anlagen	156.015	209.957	95.106



Investitionsmittel Grünanlagen	946.750	1.674.499	1.162.611
Davon: Honorarausgaben	34.998	51.013	0

Unterhaltung Straße	2012	2013	2014
Angaben zum Anlagenbestand Fläche der zu unterhaltenden Straßen einschl. Nebenflächen in m ²	5.565.000	5.565.000	5.565.000
Ausgaben	2.057.497	2.089.485	2.459.466

Unterhaltung von Brücken und Ingenieur- Bauwerken	2012	2013	2014
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße in m ²	44.262	44.262	44.262
Anzahl	465	465	465
Ausgaben	90.264	130.044	160.407

Unterhaltung Gewässer und Deiche	2012	2013	2014
Angaben zum Anlagenbestand: Flächengröße in ha	415	415	437
Ausgaben	1.685.638	1.719.734	1.791.637

Unterhaltung Straßenbegleitgrün	2012	2013	2014
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße m ²	2.866.000	2.866.000	2.866.000
Anzahl der Bäume	24.112	24.092	24.199
Ausgaben	426.733	544.588	359.848
Baumpflanzaktion „Mein Baum – meine Stadt“	66.135	57.977	74.189

Unterhaltung öffentlicher Grünanlagen	2012	2013	2014
Angaben zum Anlagenbestand Flächengröße m ²	4.129.342	4.129.342	4.129.342
Anzahl	193	193	193
Ausgaben	820.073	923.612	1.145.876



Unterhaltung Kleingärten	2012	2013	2014
Angaben zum Anlagenbestand			
Flächengröße in m ²	2.049.895	2.049.895	2.049.895
Anlagen	23	23	23
Ausgaben	27.000	24.945	39.485

Friedhof	2012	2013	2014
Angaben zum Bestand			
Flächengröße in m ²	621.887	621.887	621.887
Investitionsausgaben	67.024	35.263,98	0
Unterhaltungsausgaben	300.959	334.634	362.504

Naturschutzgebiete	2012	2013	2014
Angaben zum Bestand NSG			
Flächengröße in ha	1.200	1.200	1.200
Ausgaben für Pflege und Unterhaltung	18.333	25.601	25.320

Forst	2012	2013	2014
Angaben zum Bestand			
Bergedorfer Gehölz, Geesthang, Sander Tannen, Geesthacht (Edmundstal), Großensee	296	296	296
Flächengröße in ha			
Ausgaben Wegebau	29.351	0	0
Ausgaben Investitionen	0	24.227	31.382
Ausgaben (Unterhaltung und Instandsetzung aus Betriebsmitteln)	35.267	91.850	74.274
Amtshilfen ¹⁾	2012	2013	2014
Ausgaben	390.053	248.720	244.466
MR5 Grabenunterhaltung LIG und Kulturbehörde			17.750

1) Unter Amtshilfe fallen z.B. Arbeiten für fremde Rechnung, Schnee- und Eisbeseitigung, Herrichtung von Depotcontainerstandorten



Sondernutzungen KFZ		2012	2013	2014
Anzahl d. unerlaubten Sondernutzungen KFZ		594	601	605
Anzahl der Ordnungswidrigkeit-Verfahren		62	70	79
Ausgaben (Ersatzvornahmen)		2.688	6.456	5.319
Einnahmen in €	Soll	7.556	14.290	16.233
Bußgelder, Gebühren, Kosten, Entgelte	Ist	10.672	12.919	9.883

Übersicht Ausbildung und Beschäftigungsmaßnahmen:

Ausbildung, Beschäftigungsmaßnahmen	2012	2013	2014
Anzahl Auszubildende Ga La Bau Verwaltung	8	6	7
Anzahl § 16 SGB - Mitarbeiter bei kooperierenden Freien Trägern (Sprungbrett)	8	8	8
Praktikanten im Landschaftsbau	5	6	5
Internationaler Bund	20	20	20
Alsterarbeit im Grünbereich	10	10	10
Praktikanten im Forstbereich	2	0	3

4.3 Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt

Leitung: Herr Hoffmann

	2012	2013	2014
Beschäftigungsvolumen (zum 31.12.)	20,82	19,85	18,85

Aufgabe und Entwicklung in 2014

Auch 2014 blieben die Wochenmärkte im Fokus des Fachamtes. Mit der politischen Entscheidung zum Verbleib der Wochenmärkte in der Hand des Bezirksamtes war die Zusage seitens der Marktbesucher verbunden, das Marketing selbst zu übernehmen. Ergänzt wurde dies durch Überlegungen des Fachamtes, einer zunehmenden Ausdünnung des Bergedorfer Marktes entgegen zu wirken. Näheres dazu ist dem Abschnitt Marktwesen/Wochenmärkte zu entnehmen.

Die fortwährenden und teils unterschwelligen Problemlagen in der Zusammenarbeit zwischen Wutzrockveranstaltern, dem Bezirksamt und der Polizei sowie der Feuerwehr gaben dem Fachamt Anlass, dies im Rahmen einiger gemeinsamer Erörterungstermine anzusprechen und einen Lösungsversuch zu wagen. Zudem war die kritische Überschneidung des ursprünglich angesetzten Termines für die Wutzrockveranstaltung mit der FISA World Rowing Junior Championship (Junioren Ruder-Weltmeisterschaft) Gegenstand dieser Gespräche. Beides



konnte letztlich durch die Vermittlung des Fachamtes, aber auch der Bereitschaft aller Gesprächsteilnehmer, aufeinander zuzugehen, im gegenseitigen Einvernehmen ausgeräumt werden. Die Wutzrockveranstaltung verlief schließlich aus der Sicht aller Beteiligten positiv, negative Auswirkungen auf die Ruder-Weltmeisterschaft fanden in keiner Weise statt.

2014 wurde erneut eine interne Übung zur Bewältigung einer Tierseuchenkrise unter Beteiligung aller Bezirke und der BGV im Bezirksamt Bergedorf organisiert. Auf Grundlage dieser Übung, wie auch der Vorausgegangenen in 2012 wurde auf maßgebliche Initiative des Fachamtes ein grundlegendes Organisationskonzept für die Bewältigung einer Tierseuchenkrise in Hamburg erarbeitet. Näheres dazu ist den Ausführungen der Fachabteilung Veterinärwesen zu entnehmen.

Mit einem sehr guten Zuspruch durch die zahlreichen Besucher wurde 2014 abermals die Bergedorfer Hafenmeile zusammen mit einigen nicht kommerziellen Kooperationspartnern wie z.B. John Langley, der LOLA und den Kirchengemeinden ausgeführt.

Aus Gründen der Konsolidierung erfolgte 2014 im Zuge eines Personalwechsels die Umsetzung der Entscheidung, die bislang vom Fachamt ausgeführten Veranstaltungen privaten Veranstaltern anzubieten. In diesem Zusammenhang eröffnete das Fachamt Mitte Oktober ein Interessenbekundungsverfahren für die Durchführung des in 2015 anstehenden Stadtfestes..

Erwähnt werden sollten an dieser Stelle auch die zahlreichen Einsätze im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Wohnwagengesetz. Britische Landfahrer, die Grundeigentümern schwerpunktmäßig minderwertige Tiefbaumaßnahmen zu überhöhten Preisen anbieten, ließen sich mehrfach in größeren Gruppen auf städtischen Flächen mit Ihren Wohnwagen und Baugeräten häuslich nieder. Das Fachamt musste in diesem Zusammenhang mehrfach und äußerst zeitaufwändig mit teils umfangreicher Unterstützung durch die Polizei ordnungsrechtlich gegen diese unzulässigen Nutzungen vorgehen.

Gewerberecht, Marktwesen, Lebensmittelüberwachung

Gewerbe- und Ordnungsrecht

Die Abteilung ist zuständig für Erlaubnisse nach der Gewerbeordnung in Verbindung mit diversen Spezialgesetzen sowie für Ordnungswidrigkeitenverfahren, Entzug von Erlaubnissen und Gewerbeuntersagungsverfahren. Außerdem werden die Verwaltungsverfahren zur Umsetzung des Hundegesetzes und des Passivraucherschutzgesetzes ausgeführt.

Das Fachamt Verbraucherschutz, Gewerbe und Umwelt hat 2014 weiterhin daran mitgewirkt, eine möglichst vollständige Erfassung der Hunde in Bergedorf zu gewährleisten und damit für mehr Sicherheit (u.a. Einhaltung der Haftpflichtversicherungspflicht) im Umgang mit den Tieren beizutragen. Zum 31.12.2014 waren in Bergedorf 5.328 Tiere im Hunderegister erfasst. Im Zusammenhang mit der Umsetzung des Hundegesetzes wurden 2014 lediglich eine Haltungsverbot ausgesprochen, die sich auf das Halten eines gefährlichen Hundes nach § 2 HundeG bezog.

Insgesamt wurden 28 Hundehalter schriftlich aufgefordert, ihrer Meldepflicht nach dem Hundegesetz nachzukommen. Ein Teil der Hundehalter (ca. 20%) kam erst nach einem Zwangsmittelverfahren ihrer Pflicht nach. Sicherstellungen waren in 2014 nicht erforderlich zur Erzwingung der Anmeldung. Es wurden 42 Bußgeldverfahren wegen verspäteter Anmeldung durchgeführt und 20 Bußgeldverfahren wegen Aufsichts- und Anleinplichtverstößen. Zwei Sicherstellungen waren erforderlich zur Gefahrenabwehr. In 2014 wurden insgesamt 34 Befreiungen von der allgemeinen Anleinplicht erteilt.

Sieben Hunde wurden von der Erlaubnispflicht nach § 14 Absatz 1 Hundegesetz befreit. Hierbei handelt es sich um Hunde der sog. Kategorie 3, deren Gefährlichkeit durch einen Wesenstest



widerlegt werden konnte. Haltungsbeschränkende Maßnahmen, wie z. B. die Anordnung des Besuchs einer Hundeschule, wurden auch in diesem Jahr nur in sehr geringem Maße erforderlich. In den meisten Fällen sind Ermahnungen und damit verbundene Hinweise auf die Einhaltung der Aufsichts- und Anleinplicht ausreichend.

Alles in allem bleibt festzustellen, dass das Hundegesetz auch in 2014 erfolgreich umgesetzt wurde und Wirkung zeigt. Hinweise auf nicht gemeldete Hunde erhält das Fachamt hauptsächlich durch Beschwerden und Polizeiberichte. In der Vergangenheit waren rd. 46% der Verfahren nach dem Hundegesetz Einladungen zur Rasseprüfung und Aufforderungen zur Anmeldung. In 2014 lag der Anteil nur noch bei 32,5 %.

Im Bereich des Jugendschutzes hat sich die Anzahl der festgestellten Verstöße gegen das Jugendschutzgesetz nicht wesentlich verändert. Verstöße festzustellen, bleibt weiterhin schwierig, da die Jugendlichen oft ihre Quellen verschweigen. Eine eindeutige Beweisführung ist dann kaum möglich. Insgesamt wurden 2014 lediglich zwei Bußgeldverfahren eingeleitet, davon ging es einmal um Alkohol und im anderen Fall um Tabakwaren.

Seit 2013 werden in Hamburg jugendliche Auszubildende als Testkäufer für alkoholische Getränke in einschlägigen Betrieben eingesetzt. Der Einsatz der Testkäufer erfolgt nur nach begründetem Anfangsverdacht. In Bergedorf lag erst zum Ende des Jahres 2013 ein solcher Anfangsverdacht vor. Der in 2014 durchgeführte Testkauf zeigte ein vorbildliches Verhalten der Verkäuferin. Weitere Testkäufe erfolgten in 2014 nicht.

Die Einführung des Hamburgischen Spielhallengesetzes vom 04.12.2012 stellte den Abschnitt auch 2014 vor besondere Herausforderungen. Das Gesetz beinhaltet zahlreiche Übergangsvorschriften und bedarf in vielen Punkten genauer Auslegung. Um im gesamten Stadtgebiet einheitlich handeln zu können, sind Abstimmungen unter den Bezirken und mit den betroffenen Fachbehörden unerlässlich. Einen Schwerpunkt bildete zum Jahresende 2014 zunächst der Beginn der Kontrollen bezüglich der Einhaltung der neuen Regelungen und der Ablauf einer Übergangsfrist (Reduzierung der Geldspielgeräte in sog. Mehrfachspielhallen). Insgesamt wurden 11 Bußgeldverfahren aufgrund von Verstößen gegen das Spielhallengesetz durchgeführt.

2014 mussten 32 Gewerbeuntersagungen ausgesprochen werden. Daneben konnte das Fachamt 26 Verfahren einstellen, weil die Gewerbetreibenden unter anderem durch intensive und erfolgreiche Beratungen die Zuverlässigkeit im gewerberechtlichen Sinne in der Betriebsführung wiederhergestellt hatten. Von drei Anträgen auf Wiedergestattung konnten zwei positiv beschieden werden. Zum 31.12.2014 waren darüber hinaus noch 28 Verfahren anhängig, von denen einige Verfahren ruhen, weil den Gewerbetreibenden nach erfolgter Beratung die Gelegenheit gegeben wird, ihre Zuverlässigkeit unter Beweis zu stellen oder wegen laufender Insolvenzverfahren eine Verfahrensfortführung nicht zulässig ist.

Seit Februar 2012 ist die Einrichtung von Raucherräumen in Speisegaststätten wieder zulässig. Die Gastronomie in Bergedorf hat sich aber offensichtlich entschieden, davon keinen Gebrauch zu machen. Auch 2014 sind diesbezüglich keine Anträge eingegangen, selbst der Beratungsbedarf ging gegen Null und Verstöße gegen das Gesetz wurden kaum bekannt.

Kennzahlen

Passivraucherschutzgesetz	2012	2013	2014
Hinweise auf Missstände	5	1	3
Anzahl der Beratungen	3	1	2
Anzahl der Verfahren zur Ahndung von Missständen	2	0	0



Schutz der öffentlichen Sicherheit und Ordnung	2012	2013	2014
Festsetzungen von Veranstaltungen nach § 69 GewO (Marktfestsetzungen ohne Wochenmärkte)	20	22	24
Zahl der Beschwerden, die auf Außennutzung von Gaststätten zurückzuführen sind	3	3	2
Zahl der gaststättenrechtlichen Erlaubnisverfahren	176	175	157
davon Vollkonzessionen (Erlaubnisse nach § 2 GastG)	43	29	37
davon Tageskonzessionen (Gestattungen nach § 12 GastG)	105	129	85
Gewerbeuntersagungen, Erlaubniswiderrufe und -versagungen	30	38	43 ⁸
Zahl der Gewerbeum-, -an- und abmeldungen			
Spielhallenstandorte	18	17	16
Spielhallen	31	30	28
vorhandene Geldspielgeräte in Spielhallen (ohne in Gaststätten aufgestellte Automaten)	330	318	294
Sondernutzungserlaubnisse nach dem Hamb. Wegegesetz	24	21	24
Ausnahmen von der Sperrzeit	6	6	6

⁸ 32 Gewerbeuntersagungen und 11 Erlaubniswiderrufe



Weitere Arbeitsbereiche	2012	2013	2014
Vorgänge nach dem Hundegesetz, in denen Handeln gefordert war; davon wurde	269 ⁹	221 ¹⁰	154 ¹¹
die Hundehaltung reglementiert (Leinen- und Maulkorbzwang)	3	1	1
die Haltung eines „gefährlichen Hundes“ verboten oder wegen „Unzuverlässigkeit“ eines Halters untersagt	9	2	1
Freistellung von der Erlaubnispflicht nach § 14 (widerlegbar gefährliche Hunde – Kat 3)	6	11 ¹²	7
Sicherstellung oder Tötung	13 ¹³	4 ¹⁴	2 ¹⁵
Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet	90	89	71
Weitere Ordnungswidrigkeiten-Verfahren nach anderen Rechtsgrundlagen (z.B. GewO, GastG, KrW-/AbfG und JuSchG)	78	98	115 ¹⁶
Ausstellung von Fischereischeinen	292 ¹⁷	331 ¹⁸	330 ¹⁹

Lebensmittelüberwachung und Marktwesen

Lebensmittelüberwachung

Mit der Kontrolle von Lebensmitteln, Kosmetik, Tabak und Bedarfsgegenständen leistet die Lebensmittelüberwachung einen aktiven Verbraucher- und Gesundheitsschutz im Spannungsfeld zwischen den wirtschaftlichen Interessen von Anbietern und Gewerbetreibenden auf der einen und dem Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an einwandfreier und gesundheitlich unbedenklicher Ware auf der anderen Seite.

Die Aufgabe Lebensmittelüberwachung wird hauptsächlich im Außendienst durch die Lebensmittelkontrolleure wahrgenommen, die mit einem Anteil von 25 – 30 % zusätzlich auch in der Gewerbeüberwachung, u. a. in der Kontrolle der Spielhallen nach dem Hamburgischen Spielhallengesetz i. V. mit der Spielverordnung tätig sind.

Erneut mussten viele Betriebe wegen verschiedener Auffälligkeiten mehrfach aufgesucht werden. Im Vordergrund der Lebensmittelüberwachung steht nach wie vor eine präventive Beratung, Ursachenermittlung bei Missständen sowie die Entwicklung einzelfallbezogener

⁹ 90 Bußgeldverfahren weg. verspäteter Anmeldung u.a., 89 Aufforderungen zur Anmeldung, 36 Einladungen zur Vorführung (Rassefeststellung und Begutachtung der Gefährlichkeit nach § 2 Abs. 2 HundeG, 54 weitere Verfahren

¹⁰ 88 Bußgeldverfahren; 10 Erlaubnisverfahren; 16 Aufforderungen zur Vorführung zwecks Rasse- oder Gefährlichkeitsbestimmung; 109 sonst. Verfahren – hauptsächlich Aufforderungen zur Anmeldung

¹¹ 71 Bußgeldverfahren weg. verspäteter Anmeldung u.a., 28 Aufforderungen zur Anmeldung, 22 Einladungen zur Vorführung zwecks Rasse- oder Gefährlichkeitsbestimmung, 33 weitere Verfahren

¹² incl. befristeter Freistellungen

¹³ Drei Sicherstellungen wegen fehlender Anmeldung, neun Sicherstellungen im Zusammenhang mit Untersagungen, eine Tötung

¹⁴ zwei Sicherstellungen wegen fehlender Anmeldung, zwei Sicherstellungen im Zusammenhang mit Untersagungen

¹⁵ lediglich Sicherstellungen zur Gefahrenabwehr, keine Tötung

¹⁶ Durch Aufgabenverlagerung können gerade im Bereich der Gewerbeordnung festgestellte Ordnungswidrigkeiten konsequenter verfolgt werden, dies auch unter dem Gesichtspunkt, dass weniger Verstöße nach dem HundeG bekannt werden.

¹⁷ Im Einwohneramt wurden 221, von VS wurden 71 Fischereischeine ausgestellt.

¹⁸ Im Einwohneramt wurden 243, von VS 88 Fischereischeine ausgestellt.

¹⁹ Im Einwohneramt wurden 242, von VS 88 Fischereischeine ausgestellt.



Lösungsansätze unter sorgfältiger Abwägung der unterschiedlichen Interessenlagen und Gefahren. Die Bergedorfer Lebensmittelkontrolleure setzen dabei ihr umfangreiches, durch langjährige Erfahrung erworbenes Fachwissen, ihre Betriebskenntnisse und ihre Kommunikationsfähigkeiten gezielt ein. Die Anzahl der Kontrollen und Beratungen sind auf Grund der Versetzung eines Lebensmittelkontrolleurs (höherwertige Aufgabe in einem anderen Bezirksamt ab 01.05.2014) im Vergleich zu 2013 zurückgegangen. Die Stelle konnte zum Jahresende nachbesetzt werden. Im Juni 2014 hat ein Küchenmeister seine zweijährige Ausbildung zum Lebensmittelkontrolleur begonnen. Nach erfolgreichem Abschluss wird er die Stelle eines weiteren, vorzeitig in den Ruhestand getretenen Lebensmittelkontrolleurs übernehmen.

Der Zielerreichungsgrad für die Anzahl der Probenahmen (SOLL-IST-Vergleich) wurde dennoch auch in 2014 übertroffen. Der Anteil der beanstandeten eigenen Probenahmen ist im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen. Die Beanstandungen anderer Lebensmittelkontrollbehörden, die sich auf Hamburger Betriebe beziehen, sind konstant niedrig geblieben.

Die Anzahl der registrierten Lebensmittelbetriebe hat sich das zweite Jahr in Folge verringert. Ursachen hierfür sind nach wie vor hauptsächlich die Aufgabe von Erzeugerbetrieben sowie erheblich weniger Betreiberwechsel in bestehenden Geschäftsräumen.

Marktwesen/Wochenmärkte

In Bergedorf finden wöchentlich 6 Märkte statt, die von einer Marktmeisterin und zwei Marktmeistern hinsichtlich einer reibungslosen Marktorganisation verantwortlich betreut werden.

Trotz eines stetigen Wandels durch Zu- und Abgänge der Marktbesucher steht die Optimierung des Marktaufbaus und des Branchenmixes im Sinne des Kunden nach wie vor im Vordergrund.

Die Auslastungsgrade der Wochenmärkte haben sich im Vergleich zum Vorjahr leicht verringert. Der Anteil der Dauerzulassungen ist je Markt und Markttag unterschiedlich und bewegt sich im Rahmen von 54 % bis 78 %.

Der Wochenmarkt in der Chrysanderstraße fiel seit längerem insbesondere dienstags durch eine sehr lückenhafte Verteilung der Marktstände auf. Ziel einer im November durchgeführten Abfrage war die Einleitung von Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung, mit denen dem lückenhaften Aufbau begegnet und den Wünschen einiger Marktbesucher nach Verlängerung der Öffnungszeiten entgegengekommen, werden sollten. Grundgedanke dieser Maßnahmen ist, die Marktbesucher, die sowohl dienstags **und** freitags kommen **und** sich mit einer **längeren Öffnungszeit** einverstanden erklärten (32 %), auf einer **zusammenhängenden Fläche** auf dem Vinhagenweg unterzubringen. Dadurch ist dieser gesamte Bereich durchgängig mit Marktbesuchern belegt, die freitags bis 16:00 Uhr bleiben werden. Die Marktbesucher die dienstags und freitags kommen, jedoch wie bisher nur bis 13:00 Uhr bleiben wollen (68 %), schließen (auch als zusammenhängende Fläche) unmittelbar an und bilden anstelle von zwei parallel laufenden Marktgassen nur noch eine Marktgasse im Bereich der Chrysanderstraße. Marktbesucher, die regelmäßig nur freitags kommen, schließen Richtung Ernst-Mantius-Straße auf. Das Gleiche gilt für Saisonhändler. Tagesbewerber können zudem in durch Urlaub oder Krankheit entstandene Lücken untergebracht werden. Die Planung wird Anfang 2015 abgeschlossen und umgesetzt.



Kennzahlen

Verbraucherschutz	2012	2013	2014
Gewerbebetriebe insgesamt: davon	11.146	11.262	11.166
überwachungspflichtige Betriebe i.S.d Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes (LFGB) einschl. Marktstände	2.910	2.808	2.682
In diesen Betrieben erfolgten insgesamt:			
Kontrollen und Beratungen	2.475	2.845	2.059
Probenentnahmen	Soll 585 Ist 646	624 661	614 694
davon Beanstandungen	59	104	87

Weitere Beanstandungen anderer Lebensmittel- Kontrollbehörden	31	17	19
Zahl der registrierten <u>Lebensmittelbetriebe</u> (inkl. Gewerberecht nicht meldepfl. Betriebe, z.B. Urproduktion, Kindertagesstätten, Krankenhausküchen)	2.694	2.295	1.899
hiervon kontrollierte Betriebe	1.197	1.418	1.048
Betriebe, die einer Kontrollpflicht nach § 22 Pflanzenschutzgesetz unterliegen	16	17	17
davon kontrolliert	16	17	0

Veranstaltung von bezirklichen Wochenmärkten	2012	2013	2014
Gesamtzahl der Wochenmärkte	311	306	307
Gesamtzahl der Stände über alle Markttag	15.446	14.183	13.828
Maximal mögl. Frontmeter aufgeteilt nach Märkten	Auslast. in %	Auslast. in %	Auslast. in %
Di / Bergedorf 708	75	81	71
Mi / Lohbrügge 590	79	75	71
Do / Bergedorf West 333	87	80	76
Fr / Bergedorf 708	87	94	83
Sa / Lohbrügge 590	91	86	83
Sa / Fleetplatz 244	48	48	47
Ø Auslastungsgrad über alle Märkte [%]	73	78	72



Veterinärwesen

Die Arbeit der Veterinäre im Jahr 2014 war wesentlich geprägt durch Tätigkeiten in den Fachgebieten Tierseuchenbekämpfung und Tierschutz. Weder Tierseuchen, noch Hinweise über Missstände im Tierschutz sind planbar und werden daher auch in Zukunft hier, im viehreichsten Bezirk Hamburgs, für einen erheblichen und kaum steuerbaren, gleichwohl zeitnah zu erledigenden Arbeitsaufwand sorgen.

Tierseuchenbekämpfung

Das 2014 durchgeführte bundesweite Tuberkulose-Monitoring in Rinderbeständen führte aufgrund notwendig gewordener umfangreicher Nachuntersuchungen für die Abteilung zu einem deutlichen Mehraufwand. In 2014 gab es mehrere Ausbrüche der „Amerikanischen Faulbrut“ bei Bienen im Bezirk Bergedorf. Die Bienenseuchenverordnung schreibt umfangreiche amtliche Tätigkeiten vor, unter anderem sind Sperrgebiete auszuweisen. Hiervon sind weite Teile des Bezirkes betroffen. Eine Aufhebung der Sperrgebiete wird nur nach umfangreichen Untersuchungen der Bienenstände in 2015 vorgenommen werden können.

Das Jahr 2014 war weiterhin geprägt durch den erneuten Ausbruch der Aviären Influenza (Geflügelpest) in Deutschland. Es waren Vollzugs- und Beratungsaufgaben erheblichen Umfangs durch den Veterinär zu bewältigen. Das überbezirkliche Tierseuchen-Krisenmanagement für Hamburg konnte mit der Durchführung einer Übung einerseits und der Fortführung konzeptioneller Planungen andererseits, vorangebracht werden. Auf Grundlage dieser Übung wie auch der Vorausgegangenen in 2012 wurde auf maßgebliche Initiative des Fachamtes im November 2014 zunächst ein 3 tägiger Workshop zur Auswertung der Übungsergebnisse ausgeführt und anschließend im Rahmen einer überbezirklich und mit Vertretern der BGV besetzten Arbeitsgruppe ein grundlegendes Organisationskonzept für die Bewältigung einer Tierseuchenkrise in Hamburg erarbeitet. Dieses Konzept soll Anfang 2015 zwischen den Bezirksamtern und den beteiligten Behörden abgestimmt und anschließend im Detail umgesetzt werden.

Die weitere Konzeptplanung des Tierseuchen-Krisenmanagements wird die Abteilung Veterinärwesen und das Fachamt auch in den nächsten Jahren erheblich in Anspruch nehmen.

Gesundheitlicher Verbraucherschutz und Lebensmittelüberwachung

Der gesundheitliche Verbraucherschutz beginnt bei der Gewinnung von gesundheitlich unbedenklichen Lebensmitteln in der landwirtschaftlichen Urproduktion und umfasst in der Folge alle Stufen der Lebensmittelverarbeitung und des Lebensmittelhandels bis hin zum Verbraucher. Anlassbezogen wird die Fachlichkeit der Tierärzte im Bereich Lebensmittelhygiene regelmäßig eingebracht.

Tierschutz

Ein facettenreiches Aufgabengebiet ist die Überwachung der Einhaltung tierschutzrechtlicher Vorgaben. Bestimmte Einrichtungen wie etwa Tiertransportunternehmen, Wanderzirkusse, Pensionstierhaltungen, Tieraussstellungen aber auch landwirtschaftliche Nutztierhaltungen sind regelmäßig zu kontrollieren. Festzuhalten ist ein nach wie vor ungebrochenes Tierschutzbewusstsein in der Bevölkerung, welches zu einer hohen Anzahl an Tierschutzanzeigen führt. Auch im Jahr 2014 gab es insbesondere bezüglich des illegalen Handels mit Hunden verstärkt Hinweise, die wiederum zu einem gemeinsamen Einsatz mit der Polizei führten. Die durch eine Änderung des Tierschutzgesetzes neu eingeführten Erlaubnisvorbehalte u. a. für Hundeschulen führten zu einer erheblichen Mehrarbeit.



Hunde- und Gefahrtiergesetz

Wie in den Vorjahren wurden zahlreiche Untersuchungen von Hunden sowie die daraus folgende Erstellung von gerichtsfesten Gutachten zur Rassefeststellung und Beurteilung von Hunden nach Beißvorfällen ausgeführt. Mit der Anfertigung von Stellungnahmen zu externen Gutachten und der fachlichen Beratung im Amt bezüglich Fragestellungen zur Durchführung des Hamburger Hundegesetzes wurde ein erheblicher Beitrag zur Rechtssicherheit anstehender Verwaltungsverfahren geleistet.

Die Auswirkungen des neuen Hamburger Gefahrtiergesetzes waren erfreulicherweise nur gering.

Kennzahlen

Veterinärwesen	2012	2013	2014
Tierseuchenrecht Anlassbezogene Bestandskontrollen	45	23	28
Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste im Amt	123	202	165
Tierseuchenrecht Ausgestellte Atteste vor Ort	16	23	13
Tierseuchenrecht -Betriebskontrollen (z. B. Viehhändler, Betriebe gem. VO 1774/2002, Zolllager)	5	8	3
Tierseuchenrecht -Erfassung Tier- und Warenbewegungen für TRACES	1682	1750	1500 ²⁰
Tierschutz-/Tierseuchenrecht Überwachungen landwirtschaftlicher Nutztierhaltungen (Rinder, Schweine, Schafe/Ziegen, Pferde, Geflügel)	48	52	31
Tierschutzrecht -Kontrollen Tiertransporte	6	8	8
Tierschutzrecht -Kontrollen erlaubnispflichtige Betriebe einschl. Tierbörsen, Zirkusse	16	24	12
Tierschutzrecht -anlassbezogene Kontrollen	132	145	125
Tierschutzrecht -Erteilung von Erlaubnissen nach § 11 Tierschutzgesetz und Genehmigungen gem. Tierschutzrechtsverordnungen	7	9	7
Ahndung von Verstößen -Anzahl Bußgeldbescheide, Verwarnungen	2	3	2

²⁰ Die zentral, vom Federführer ausgeführte Auswertung lag bis Redaktionsschluss VS noch nicht vor, daher ist diese Zahl geschätzt.



Ahndung von Verstößen -eingestellte Verfahren	1	3	0
Anzahl von Berichten, Stellungnahmen, Gutachten, schriftliche Abmahnungen, schriftliche Anordnungen	156	151	172
	1	7	12

Technischer Umweltschutz

Aufgabe der Abteilung ist es, schädliche Einwirkungen auf die Umwelt zu unterbinden bzw. ihrer Entstehung vorzubeugen. Die Schwerpunkte liegen in den Bereichen:

- Überwachung der Badegewässer, technischer Bäder und des Trinkwassers insbesondere bei Eigenversorgungsanlagen und Hausinstallationen mit einer Abgabe an die Öffentlichkeit, Schutz des Bodens vor schädlichen Einflüssen,
- Schutz der Bevölkerung vor Licht- und Lärmbelastigungen sowie Luftverunreinigungen (Immissionsschutz),
- Erhaltung des Wohnungsbestandes in einem gesundheitlich einwandfreien und bewohnbaren Zustand sowie Sicherstellung der Funktionsfähigkeit haustechnischer Anlagen.

Im Tätigkeitsbericht für 2013 wurde über tieffrequente Geräusche im Landgebiet (wie auch in zahlreichen anderen Gegenden der Bundesrepublik) berichtet, die zu Beschwerden Anlass gaben. Diesbezügliche Beschwerden sind in 2014 ausgeblieben.

Immissionsschutzrechtliche Stellungnahmen insbesondere im Zusammenhang mit Baugenehmigungsverfahren haben u.a. durch die Wiederaufnahme dieses Prüfthemas in die vereinfachten Baugenehmigungsverfahren deutlich zugenommen (gegenüber 2013 um ca. 30%). Weitere Ursachen dafür sind im Zuge der verdichteten Bebauung auch die an gewerbliche Nutzungen dichter heranrückende Wohnbebauung und die im Rahmen der immer kompakteren Bauweise zunehmend häufig errichteten Tiefgaragen. Darüber hinaus ist zu beobachten, dass insbesondere in den vergangenen 2 Jahren vermehrt Beschwerden über Lichtimmissionen (z.B. Werbeanlagen oder Kraftfahrzeugbewegungen auf Gewerbegrundstücken) beurteilt und durch ordnungsrechtlichen Maßnahmen vermindert oder im Rahmen von Baugenehmigungsverfahren reguliert werden mussten.

Erwähnenswert ist auch die koordinierende Funktion der Abteilung im Zusammenhang mit der durch die Deutsche Bahn geplanten freiwilligen Lärmsanierung an der Bahnstrecke Hamburg Berlin. Als ein Teilerfolg auf dem Weg zur Errichtung notwendiger Schallschutzwände konnte der Abriss einer nicht mehr verwendeten Fußgängerbrücke über den Sanderdamm (unmittelbar am südlichen Rand der Bahnbrücke) erreicht werden. Dieser steht für April 2015 an.

Die Reduzierung der Wohnungspflegefälle (nicht Zweckentfremdung) war im Zuge der in diesem Arbeitsbereich bereits ausgeführten Personaleinsparungen notwendig, und auch vertretbar. Dort, wo möglich wurde mit erster Priorität und zu einem Großteil erfolgreich versucht, die Eigenverantwortung der Beschwerdeführer zu stützen, bzw. diese im Hinblick auf die notwendige Kontaktaufnahme mit dem Vermieter zu beraten.



Kennzahlen

Technischer Umweltschutz	2012	2013	2014
Anzahl der Überwachungsvorgänge	316	396	376
Anzahl der Stellungnahmen	350	321	306
Anzahl der Anträge n. LärmVO od. BImSchG	0	70	0
Bericht über bakt. Wasserqualität in öffentlichen + gewerblichen Schwimmbädern	167	166	190
Überprüfung von Hofstellen gemäß Düngemittelanwendungsverordnung	5	5	5
Beprobung von Hausinstallationen in Einrichtungen, die Trinkwasser für die Öffentlichkeit abgeben	20	26	12
Vorgänge Haustechnik	390	149	50
Vorgänge Wohnungspflege	101	43	39

4.4 Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt (WBZ)

Leitung: Frau Sprick

Das Zentrum für Wirtschaftsförderung, Bauen und Umwelt ist der zentrale Ansprechpartner für alle Aufgaben und Dienstleistungen im Zusammenhang mit bau-, umwelt- und gewerberechtlich zu beurteilenden Vorhaben. Dem Grundsatz „Dienstleistungen aus einer Hand“ folgend sind damit alle für Bauwillige, Unternehmen und Gewerbetreibenden wichtigen Genehmigungsaufgaben hier gebündelt. Gleichzeitig sind unter dem Dach des WBZ auch die Aufgaben und Servicefunktionen der bezirklichen Wirtschaftsförderung integriert.

Als bezirklicher Federführer ist das WBZ Bergedorf außerdem Ansprechpartner und Koordinator für alle bezirksübergreifenden Grundsatzfragen sowie die zentrale Schnittstelle zu den Fachbehörden in Hamburg.

Seit Oktober 2014 sind als neue Aufgaben die Vermarktung und der Verkauf von „bezirklichen Gewerbeflächen“ hinzugekommen. Durch die Ansiedlung dieser Aufgaben vor Ort und durch die organisatorische Zusammenführung mit den verschiedenen Fachbereichen im WBZ wird ein frühzeitiger fachlicher Austausch erzeugt. Damit werden die Entscheidungswege kürzer, alle Fachbereiche suchen gemeinsam nach Lösungen, insgesamt kann der bürokratische Aufwand minimiert werden.

Aufgaben und Entwicklung 2014

Im Einzelnen haben folgende Themen die Arbeitsschwerpunkte im WBZ gebildet:



Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing

Die Abteilung Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing verfolgte 2014 in verschiedenen Arbeitsbereichen Aktivitäten zur Steigerung der Attraktivität des Standortes Bergedorf. Neben übergeordneten Arbeiten zur strategischen Standortentwicklung und als „Markenbotschafter“ gegenüber weiteren Akteuren wurden zahlreiche Aktivitäten zur Kommunikation der „Marke Bergedorf“ vorgenommen (u.a. Bewerbung der Hafenmeile, des Erdbeerfestes, des Erntedankumzugs und des Weihnachtsmarktes).

Seit der Aufstellung des Gewerbeflächenkonzepts 2012 ist der Bestand an verfügbaren Gewerbeflächen im Bezirk merklich zurückgegangen, insbesondere weil zahlreiche Flächen erfolgreich vermarktet wurden. Um auch in Zukunft ansiedlungs- oder erweiterungsinteressierten Betrieben ein attraktives Angebot in Bergedorf machen zu können, beteiligte sich die bezirkliche Wirtschaftsförderung am Dialog zwischen Bezirkspolitik, Stadtplanung und Handwerkskammer über die mögliche Neuausweisung von handwerksgerechten Gewerbeflächen. Dieser führte zu einem Vorschlag der Handwerkerschaft für drei mögliche neue Gewerbestandorte.

Ein bedeutendes Arbeitspensum nahmen auch 2014 die Tätigkeiten als Federführer für die Koordination zwischen Bezirken und Behörden ein. Dies umfasst die Vertretung der Bezirksinteressen in verschiedenen Hamburg-weiten Arbeitsgruppen, z.B. zu Themen wie BID (Business Improvement Districts) oder „Flächen für Handwerker“. Die Verhandlungen zur Neuorganisation und Vereinfachung der Gewerbeflächenvergabe wurden fortgesetzt und konnten erfolgreich abgeschlossen werden.

Außerdem wurde eine Reihe von Stellungnahmen auf Anfragen der Politik und zu wirtschaftsrelevanten Strategiepapieren federführend erarbeitet. Darüber hinaus lassen sich weitere übergeordnete Tätigkeiten wie die Vertretung von Bergedorfer Standortinteressen im gesamt-Hamburgischen Kontext und die liegenschaftliche Immobilienkoordination nennen.

Die weiteren Tätigkeiten lassen sich wie folgt entlang der „Marke Bergedorf“ ordnen:

Schöne Stadt

Die zweite Auflage des BID (Business Improvement District) Sachsentor endete im Juni 2014. Im Rahmen der Aufsichtsfunktion für das auslaufende BID, hatte die Abteilung u.a. die ordnungsgemäße Verwendung der BID-Mittel zu prüfen. Dabei sind keinerlei Gründe zur Beanstandung festgestellt worden. Daneben war die Wirtschaftsförderung als Koordinator der praktischen Zusammenarbeit von Verwaltung und BID tätig.

2014 stand zudem im Zeichen der Vorbereitung und Antragstellung der Neuauflage des BID Sachsentor, an der die Wirtschaftsförderung maßgeblich beteiligt war. So erfolgten die Prüfung des Antrags sowie die einmonatige Auslegung im Bezirksamt. Die Widersprüche mussten geprüft, ausgezählt und verarbeitet werden. Die formalen Voraussetzungen für eine Neuauflage des BID waren schließlich gegeben.

Garten Hamburgs

Über das Förderprojekt „Kurs Elbe. Von Hamburg bis Wittenberge“ wurde im April 2014 der zweite „Kurs Elbe-Tag“ mit wieder mehr als 10.000 Besuchern in Lauenburg durchgeführt, auf dem Bergedorf ebenfalls mit einem eigenen Stand vertreten war. Ebenso wurde über das gesamte Jahr intensiv Öffentlichkeitsarbeit betrieben und eine Reihe von Werbemedien veröffentlicht (Broschüren, touristische Ausflugsplaner, Homepage u.a.). Im Rahmen des Hamburger Hafengeburtstags konnte sich Bergedorf abermals mit einem eigenen Stand



präsentieren, wobei eine hohe vierstellige Kundenzahl angesprochen werden konnte. Das durch die Metropolregion finanzierte Projekt gemeinsam mit Kreisen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern fördert den Elbe-Tourismus. Ziel ist es, die Region gemeinsam als Naherholungs- und Tourismusziel zu profilieren und ihre wasserbezogenen Potenziale zu stärken.

Im Oktober 2014 führte die bezirkliche Wirtschaftsförderung gemeinsam mit dem Bergedorfer Wirtschaftsverband WSB und der Gemeinschaft Vier- und Marschlande GVM einen Tourismus-Workshop durch. Zielsetzung des Workshops war es, Kräfte zu bündeln und eine Professionalisierung des Bergedorfer Tourismus-Marketings zu initiieren. Mit über 70 Vertretern aus Wirtschaft, Politik und Institutionen wurde die Veranstaltung ein voller Erfolg. Es wurde eine „Lenkungsgruppe Tourismus“ gegründet, die noch im November zu ihrem ersten Treffen zusammenkam.

Dynamik und kurze Wege

Die Vernetzung der Wirtschaft war auch 2014 wieder ein wichtiger Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderung. Neben der Kontaktpflege zu Wirtschaftsverbänden (z. B. WSB) und einzelnen Unternehmen wurden erneut branchenbezogene Veranstaltungen organisiert. Neben der Ehrung der Landessieger im Handwerk zu Jahresbeginn waren dies die folgenden Veranstaltungen:

- Ein gemeinsamer Messeauftritt mit fünf Unternehmen aus dem „Initiativkreis Maschinenbau und Technik in der Region Bergedorf“ auf der NORTEC, der größten norddeutschen Messe für Produktionstechnik. Der 64 m² große Bergedorf-Stand präsentierte sich unter dem Slogan „Kompetenz in Metall“.
- Zwei Netzwerktreffen des „Initiativkreises Maschinenbau und Technik in der Region Bergedorf“, Schwerpunktthemen waren die gemeinsame Präsentation auf Messen und die Förderung des Technik-Interesses bei Kindern und Jugendlichen.
- Drei Netzwerktreffen des Logistik-Netzwerks Bergedorf. Schwerpunktthemen waren nachhaltige Verkehrssysteme, die Attraktivierung von Gewerbegebieten, sowie die Weiterentwicklung des Netzwerks und dessen Öffnung für alle Betriebe in Allermöhe, unabhängig von ihrer Branchenzugehörigkeit.

Erstmals wurde durch die Wirtschaftsförderung im vergangenen Jahr eine „Bergedorfer Wirtschaftskonferenz“ in enger Zusammenarbeit mit Bezirkspolitik und Kammern durchgeführt. Diese bietet ein Forum für den Dialog zwischen Unternehmen, Politik, Verwaltung und Institutionen. Die Veranstaltung im April 2014 im Haus in Park stand unter dem Hauptthema „Lokal verankert, weltweit erfolgreich - Bergedorfs Unternehmen im weltweiten Wettbewerb“. Mit Professor Straubhaar konnte ein bekannter Hauptredner gewonnen werden. Daneben präsentierten sich vier Bergedorfer Unternehmen, bevor eine Podiumsdiskussion folgte. Die Veranstaltung mit ca. 130 Teilnehmern stieß auf ein sehr gutes Echo.

Industrie mit Köpfchen

Die Förderberatung von Existenzgründern und von klein- und mittelständischen Unternehmen (KMU) gehörte ebenfalls zu den Tätigkeiten der Abteilung im Jahr 2014. Als neues Angebot wurde ein regelmäßiger Beratungstermin der Handelskammer Hamburg („Handelskammer vor Ort“) ins Leben gerufen. Hierüber werden Existenzgründer und bestehende Unternehmen im WBZ vor Ort kostenlos beraten, etwa zu betriebswirtschaftlichen Fragen.

Die Ansiedlung von Unternehmen gehört zu den Aufgaben der Abteilung. Einen Schwerpunkt bildet die Bewerbung der Schleusengärten, die zu einem der drei Hamburger Technologieparks entwickelt werden sollen. Hierbei vertrat die bezirkliche Wirtschaftsförderung die Bergedorfer



Interessen im behördenübergreifenden F&I-Park Projektteam, das sich 2014 unter anderem mit der Entwicklung einer Corporate Identity für die Hamburger Technologieparks befasste.

Das Bezirksamt ist außerdem in der Dispositionsrunde der Finanzbehörde vertreten und nimmt hier die Interessen des Bezirks wahr. In dieser Runde werden Vorentscheidungen über die Vergabe von städtischen Gewerbegrundstücken getroffen.

Ende September 2014 hat die bezirkliche Wirtschaftsförderung die Zuständigkeit für die Vermarktung und Vergabe der städtischen Gewerbeflächen ohne „gesamtstädtische Bedeutung“ vom Landesbetrieb Immobilienmanagement übernommen. Damit haben kleine Unternehmen die Möglichkeit, direkt beim Bezirksamt schneller und unkomplizierter als bisher ein Gewerbegrundstück zu erwerben. Die bereits im Vorjahr überarbeiteten „Wirtschaftsförderungskriterien“ gelten auch für diese Grundstücke.

Der Bestand der durch den Bezirk zu vermarktenden Gewerbeflächen beträgt ca. 11,6 ha Gesamtfläche. Diese Gesamtzahl beinhaltet u.a. auch aktuell disponierte Flächen und vermietete Flächen. Sie ist also nicht mit den zum Verkauf verfügbaren Flächen gleichzusetzen.

Im Jahr 2014 wurden folgende Dispositionen beschlossen:

Tätigkeitsfeld	Belegenheit	Größe in m ²
Großhandel	Allermöhe	10.500
Kfz-Handwerk	Brookkehre	1.277
Maschinenbau	Brookkehre	1.413
Laser- und Feinblechtechnik	Allermöhe	1.249
Naturkost-Großhandel	Havighorster Weg	5.050
Dachdecker	Brookkehre	1.215
Großhandel mit Obst und Gemüse	Amandus-Stubbe-Straße	38.517
Logistikdienstleistungen/Medizintechnik	Allermöhe	21.988
Tischlerei	Gerhard-Falk-Straße	3.300

Bauaufsicht

Die Aufgaben der Bauprüfung bei der Errichtung, Änderung und dem Abbruch baulicher Anlagen lassen sich wie folgt einteilen:

- Sicherstellung der geordneten baulichen Entwicklung unter Berücksichtigung der Interessen wachsender Unternehmen und expandierenden Wohnungsbaus
- Projektförderung im Rahmen des Verfahrensmanagement
- Entwicklung von Gestaltungsmaßstäben und beratende Umsetzung auf Bauvorhaben
- Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verhinderung von unzumutbaren Belästigungen

Das Jahr 2014 stand wieder im Zeichen des Wohnungsneubaus, allerdings wurden auch diverse gewerbliche und landwirtschaftliche Bauten beantragt und genehmigt. So wurden 572 Wohnungen vom Bezirksamt Bergedorf genehmigt und damit die Zielsetzung von 600 Wohnungen nur knapp verfehlt. Von diesen Wohnungen wurde ca. die Hälfte im Ein- bis Dreifamilienhausbau und im kleineren Geschosswohnungsbau genehmigt. Größere Wohnbauprojekte sind in Bergedorf nach wie vor noch selten.



Schöne Stadt

Im ländlichen Raum achtet die Bauaufsicht darauf, dass die Kleinteilig- und Maßstäblichkeit erhalten bleibt. Im Villengebiet liegt der Focus im Bereich der Details und Materialien, damit die Hochwertigkeit der Gebäude weiter sichtbar bleibt. Beides ist oftmals ein langwieriger und schwieriger Prozess, der aber von den Bauherren, wenn am Ende ein gemeinsames Ergebnis erarbeitet worden ist, gut angenommen wird. Im Kernbereich von Bergedorf dagegen geht es hauptsächlich um anspruchsvoll- und niveauvoll gestaltete Werbeanlagen und Eingangsfassaden. Im Bestandswohnungsbau, z. B. am Neuer Weg, am Höperfeld und im Harnackring werden weiterhin, hauptsächlich im Mehrfamilienhausbau, Fassaden energetisch und gestalterisch ansprechend gedämmt. Allerdings kommen komplette Ziegelfassaden immer weniger zur Ausführung.

Garten Hamburgs

Die Zahl der Vorbescheide im Landgebiet, die vorrangig der Klärung von planungsrechtlichen Abgrenzungsfragen zwischen Außen- und Innenbereich und planungsrechtlichen Einfügungsfragen im Innenbereich dienen, ist mit 115 Vorbescheiden (im Vorjahr 101) erneut angestiegen. Die vielen Vorbescheide machen es möglich, eine frühzeitige Klärung über die Bebaubarkeit herbeizuführen und so den Innenbereich sinnvoll zu verdichten und das Außengebiet vor Zersiedlung zu schützen. Die Vorbescheide haben hauptsächlich Wohnbauvorhaben zum Inhalt, das heißt das Wohnen im grünen Landgebiet bleibt weiter attraktiv. So liegt die Zahl der genehmigten Wohnungen im Landgebiet in 2014 bei 150 Wohnungen (Vorjahr 123 Wohnungen), wobei die Zahl und die Größe der Mehrfamilienhäuser steigt. So werden immer öfters auch Sechs- statt Vierfamilienhäuser beantragt.

Das Landgebiet bemüht sich aber auch um eine touristische Steigerung. So sind vier Ferienwohnungen durch Neubau oder Umnutzung und ein Pensionsbetrieb mit 18 Betten genehmigt worden. Am Gauerter Hauptdeich kann man jetzt auch Fußballgolf spielen. Zum Erhalt des Landgebietes und dessen Attraktivität tragen die Landwirtschafts- und Gartenbaubetriebe bei. Anträge für Erweiterungen dieser Betriebe sind in 2014 wieder vermehrt gestellt worden. So wurden in 2014 für Gartenbaubetriebe drei Lagerhallen am Ochsenwerder Elbdeich, am Kirchwerder Marschbahndamm und am Moorfleeter Deich, fünf Gewächshäuser am Kirchwerder Hausdeich, am Gauerter Hauptdeich und am Süderquerweg, ein Heizhaus am Kirchwerder Hausdeich und für landwirtschaftliche Betriebe ein Bullenstall mit Siloplatte und Dunglager am Curslacker Deich und ein Rinderstall am Kirchwerder Hausdeich genehmigt.

Kurze Wege

Auch in 2014 wurden Umbaugenehmigungen für Ladennutzungen im Sachsentor, Am Mohnhof und in der Alten Holstenstraße erteilt. Das Bethesda Allgemeines Krankenhaus gGmbH Bergedorf am Glindersweg wird seinen OP-Bereich erweitern. Im Bereich Alte Holstenstraße/Hinterm Graben wurden drei Arztpraxen genehmigt, in Lohbrügge am Beckerkamp und an der Leuschnerstraße eine sowie eine für Physiotherapie. Die Reha-Bergedorf hat ihre Praxisbehandlungsräume an der Bergedorfer Schloßstraße erweitert. In Bergedorf-West ist ein neuer Aldi genehmigt worden.

Durch Abbruch alter Bausubstanz und Neubau werden mehr Wohneinheiten entstehen als vorher, so an der Holtenklinker Straße und am Klosterhagen. Auf dem Gelände der Glasbläserhöfe konnten Genehmigungen für insgesamt 70 Wohnungen erteilt werden, auf einem Grundstück in Boberg entstehen neun Einfamilienhäuser. In Neu-Allermöhe West wird das Gelände am Marie-Henning-Weg einer Bebauung zugeführt. In 2014 wurden insgesamt 55 Reihenhäuser genehmigt.



Stadt für Kinder und Familien

Auch im Jahr 2014 wurden Erweiterungen von Kindertagesstätten (KiTa Kirchwerder, KiTa Kirchwerder Landweg) sowie neue Kindertagesstätten (Elversweg) genehmigt. Fünfmal wurde das Bezirksamt im Rahmen des Zustimmungsverfahrens beteiligt, weil an fünf Schulen (Gymnasium Lohbrügge, Stadtteilschule Richard-Linde-Weg, Grundschule Ebner-Eschenbach-Weg, Grundschule Zollenspieker, Grundschule Max-Eichholz-Ring) Erweiterungen, Umbauten und Sanierungen durchgeführt werden sollen. Für Studenten konnten zwei Wohnheime mit insgesamt 166 Plätzen am Sophie-Schoop-Weg und für Senioren 50 Wohnungen an der Vierlandenstraße genehmigt werden. Im Sportbereich erhält die Vierländer Schützengesellschaft von 1592 e.V. einen Lagercontainer für Bögen und Scheiben. Weiterhin wurde eine Fläche an der Brookkehre für die Unterbringung von 380 Flüchtlingen in zweigeschossigen Modulhäusern zugelassen.

Dynamik entfalten

Auf den bereits bebauten Gewerbegrundstücken werden weiterhin Erweiterungen, Umbauten und Aufstockungen vorgenommen, um die Betriebe an veränderte Betriebsnotwendigkeiten anzupassen. Es konnten Genehmigungen für Neuansiedlungen für eine KFZ-Werkstatt, eine Bauklempnerei (Gewerbegebiet Brookkehre), einen Speditionsbetrieb, einen Feinblechtechnikbetrieb, einen Kühltransportbetrieb, einen Schlauchtechnikbetrieb (Gewerbegebiet Allermöhe) und einen Lagerbetrieb für Pkws (Gewerbegebiet Lohbrügge) erteilt werden. Erweiterungen konnten für einen Lager- und Kommissionierungsbetrieb, Büros für einen Schmuckgroßhändler, einen Blechbearbeitungsbetrieb, einen Lager- und Kommissionierungsbetrieb für Tee (Gewerbegebiet Allermöhe), eine Spedition in Altengamme, ein Tischlereibetrieb in Kirchwerder, ein Tischlereibetrieb in Billwerder und einen Kfz-Betrieb in Kirchwerder erteilt werden. Damit bleibt Bergedorf weiter ein attraktiver Gewerbeort.

Kennzahlen		2012	2013	2014
Wohnbauvorhaben		274	295	326
Anzahl genehmigter Wohnungen		469	626	572
Gewerbliche Bauvorhaben		198	221	183
Sonstige bauaufsichtliche Verfahren		1005*	888	954
Eingaben und Anfragen (neu)				120
Anzahl der Owi-Verfahren		3	0	2
Einnahmen in €	Soll	707.075	1.384.157	775.637
	Ist	665.365	1.218.544	880.179

*Summe aller bauaufsichtlichen Verfahren abzüglich Wohn- und gewerbliche Bauvorhaben



Service und Verwaltung

Kundenservice

Als erste Anlaufstelle für jeden Besucher des WBZ ist der Kundenservice bestrebt, die Qualität seiner Arbeit ständig zu verbessern. Das Kundenfeedback-System wird laufend geführt und ausgewertet. Die Auswertung dieser Karten ergab auch im vergangenen Jahr durchweg positive Rückmeldungen. Die hier erbrachten Anregungen und Verbesserungsvorschläge werden auf deren Nutzen und Umsetzung, unter Berücksichtigung der gegebenen Rahmenbedingungen, geprüft.

Die telefonische Erreichbarkeit des Kundenservice und Verwaltung liegt weiterhin bei durchschnittlich 53%. Zielsetzung bleibt eine Erhöhung der Erreichbarkeit auf 60%.

Die Anzahl der persönlichen Vorsprachen ist in 2014 nochmals deutlich gestiegen. Dabei fällt auf, dass die Zahl der persönlichen Vorsprachen insbesondere im Bereich der gebührenpflichtigen Bauberatungen und dem Verkauf von Auszügen aus dem Liegenschaftskataster erheblich gestiegen sind, was mit der Bautätigkeit im Bezirk zusammenhängen kann.

Die konstant hohe Zahl von Sondernutzungsanträgen ist mit den Wahlen zu erklären, die im Mai 2014 stattgefunden haben. Damit verbunden ist erfahrungsgemäß eine hohe Zahl von Anträgen auf Infostände und Werbeträger. Auch im Jahre 2014 fanden diverse Veranstaltungen statt, für die ein besonderer Abstimmungsaufwand erforderlich gewesen ist. Insbesondere stellten die Sondernutzungsanträge für den Bahnhofsvorplatz eine Herausforderung dar, hier musste ein besonderes Abstimmungsverfahren für die Erlaubnisse geschaffen werden, in dem Gremien der Politik und der Wirtschaft beteiligt werden.

Die Aktivitäten des Kundenservice werden quartalsmäßig gemessen und ausgewertet.

Kennzahlen

Kundenservice	2012	2013	2014
Anzahl der persönlichen Vorsprachen gesamt	8.864	10.718	11.193
davon			
Gewerbeangelegenheiten (ohne Auskünfte)	3.188	3.816	3.797
Akteneinsicht / -ausleihe	479	640	557
Sondernutzungen, Wege und Grünanlagen*	1.077	1.692	1.495
Aufgrabescheine*	937	1.622	1.638
Hunde anmelden	289	297	245
Verlängerung der Fischereierlaubnis	291	401	643
Verkauf von Auszügen aus dem Liegenschaftskataster	198	395	460
Gebührenpflichtige Bauberatungen	Siehe WBZ 2	286	367



Sonstige Anliegen	2.331	3.244	3.070
Terminvergaben für das Back-Office	804	1.293	1.293
Telefonkunden	----**	11.396	13.494
Durchschnittliche Wartezeit	1,8Min.	2,5Min.	1,0Min
Durchschnittliche Bearbeitungszeit	10,1Min.	9,96Min.	10,5Min

* Anzahl der Gesamtfälle

** keine Erhebung in 2012

Verwaltung

Mit seinen vielfältigen Querschnittsaufgaben verbindet der Verwaltungsabschnitt alle Abteilungen des WBZ und versteht sich somit als interner Dienstleister des Hauses.

Die Aufgabenwahrnehmung im Bereich Zweckentfremdung von Wohnraum ist auch in 2014 weiter intensiviert worden. Im Bereich Schornsteinfegerwesen verlagerten sich 2014 die Schwerpunkte stark. Insbesondere sind die Fälle, bei denen ein ordnungsbehördliches Eingreifen notwendig wurde, deutlich angestiegen und bilden den Aufgabenschwerpunkt.

Im Bereich der Gebührensachbearbeitung ist mit der Umstellung auf SNH und damit auf HERAKLES ein interner Geschäftsoptimierungsprozess angestoßen worden.

Die Abarbeitung von Friedhofsangelegenheiten mit dem digitalen Friedhofsprogramm lief auch 2014 noch nicht effizient genug. Es bestehen weiterhin Rückstände bei der Altdatenerfassung in das neue Fachverfahren. An diesem Problem soll 2015 weiterhin gearbeitet werden, um zukünftig die Servicequalität für Bestatter und Privatkunden zu steigern.

Kennzahlen

Friedhof	2012	2013	2014
Bestattungen gesamt	663	641	656
Erdbestattungen	257	227	237
Urnenbestattungen	406	414	419

Umwelt

Die Abteilung Umwelt bearbeitet alle naturschutzrechtlichen Tatbestände im Rahmen des naturschutzfachlichen Bundes- und Landesrechts, insbesondere der Hamburgischen Baumschutzverordnung und der im Bezirk geltenden Landschaftsschutzverordnungen. Sie überwacht drei der Naturschutzgebiete im Bezirk (Kirchwerder Wiesen, Kiebitzbrack, Zollenspieker), setzt Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen im Rahmen des § 15 BNatSchG (Eingriffsregelung) fest und kontrolliert die Ausführung von Ersatzpflanzungen, Ausgleichsmaßnahmen und Festsetzungen in Bebauungsplänen. Durch eine personelle Verstärkung war es möglich, ab April 2014 zusätzliche Kontrollen von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen durchzuführen.

Die Abteilung Umwelt ist weiterhin zuständig für die vielfältigen Aufgaben im Bereich des Wasserrechtes. Sie trägt einerseits dafür Sorge, dass das Entwässerungssystem der Vier- und Marschlande funktionstüchtig bleibt bzw. Problemstellen wieder ordnungsgemäß hergerichtet werden. Im Gegensatz zu anderen Bezirken hat Bergedorf zudem umfassende Zuständigkeiten



an Gewässern 1. Ordnung und nach Hafen- und Schifffahrtsrecht. Mit fast 12 km² Wasserfläche ist Bergedorf der wasserreichste Bezirk außerhalb des Hafens. Die reine Wasserfläche setzt sich zusammen aus 19,7 km Gewässer 1.Ordnung (Bille, Schleusengraben, Dove Elbe), davon 13,5 km schiffbar (Hafenrandgewässer); > 200 km Fleete, Hauptentwässerungsgräben und wichtige Vorfluter (z.B. Gose Elbe, Brookwetterung, Schulenbrooksbeek, Bornmühlenbach), davon 5,8 km schiffbar; ~1.600 km Siel- und Schaugräben; weitere 1.300km sonstige Gräben. Insgesamt befinden sich etwa 3.000.000 lfd. Meter Gewässerstrecke im Zuständigkeitsbereich der Wasserbehörde.

Ein wesentlicher thematischer Schwerpunkt war im Jahr 2014 die Neuausweisung von Überschwemmungsgebieten (ÜSG) an Gose-Elbe, Dove-Elbe und Brookwetterung. Im Zusammenhang mit der vorläufigen Sicherung der neu ausgewiesenen Gebiete und den sich daraus ergebenden Rechtsfolgen für die Nutz- und Bebaubarkeit der anliegenden Grundstücke sind diverse Einzelfragen zu klären sowie parlamentarische Anfragen aus der Bürgerschaft und der Bezirksversammlung zu beantworten gewesen. Zur Klärung der Grundsatzfragen und zur Vereinheitlichung der Rechtsanwendung bei der Bearbeitung von Anträgen für (Bau-)Vorhaben im ÜSG wurde seitens der BSU ein Arbeitskreis ins Leben gerufen, an dem die Abteilung regelmäßig teilnimmt und sich beratend einbringt. Dieser Arbeitskreis wird auch 2015 weiterhin in unregelmäßigen Zeiträumen zusammenkommen.

In 2014 ist die Überprüfung des Sielgrabens 15 in Curslack, welcher auf der rückwärtigen Seite des Curslacker Heerweges verläuft, durchgeführt worden. Mit dieser Maßnahme wird angestrebt, die Abflussproblematik an diesem Graben langfristig zu verbessern und eine Regelmäßigkeit in der Unterhaltung der Anlieger als Miteigentümer dieses Gewässers zu bewirken.

Auch die Errichtungen von ungenehmigten Anlagen in der Dove-Elbe stand im Jahre 2014 im Fokus der Wasserbehörde. Beide Ufer der Dove-Elbe befinden sich vollständig im Landschaftsschutzgebiet. Diesbezüglich ist es auf Grund einer Dienstanweisung nur möglich, eine Steganlage in den Abmessungen 1m x 2m pro Wohngrundstück, welches eine direkte Belegenheit zum Gewässer besitzen muss, genehmigen zu lassen. Durch die neu entstandene Ordnungswidrigkeitenzentrale war es möglich, alle Anlagen an den Ufern der Dove-Elbe aufzunehmen und zu prüfen, inwieweit diese bereits genehmigt, nachträglich genehmigungsfähig sind oder aus verschiedensten Gründen nur zurückgebaut werden können.

Garten Hamburgs

Im vergangenen Jahr wurden 359 Ausnahmegenehmigungen nach der Baumschutzverordnung erteilt. In gut 36 % der Fälle wurden Ersatz- oder Ausgleichspflanzungen angeordnet, um dem Verlust von Gehölzen entgegenzuwirken. Die Überprüfung der tatsächlichen Umsetzung von Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen ist auch in diesem Jahr fortgesetzt worden.

Für die Naturschutzgebiete Kiebitzbrack (35 ha), Zollenspieker (80 ha) und Kirchwerder Wiesen (860 ha) bearbeitet die Abteilung hoheitliche naturschutzrechtliche Fragestellungen und erteilt und überwacht Befreiungen nach § 67 BNatSchG sowie die ordnungsgemäße Ausführung von Maßnahmen, die nach den Naturschutzgebietsverordnungen freigestellt sind.



Kennzahlen	2012	2013	2014
Naturschutz:			
Ausnahmen nach der Baumschutzverordnung (davon mit Auflagen zu Ersatzpflanzungen)	351 (89)	359 (131)	323 (95)
Ausnahmen und Befreiungen, Sonstiges in NSG	13	12	7
Ersatz und Ausgleich prüfen	49	67	119
Sonstige naturschutzrechtliche Verfahren (davon mit Auflagen zu Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen)	139 (38)	167 (37)	167 (32)
Gesamt	201	246	293
Ordnungswidrigkeiten-Verfahren	13	11	10
Anzahl der Widersprüche	2	1	3
Anzahl der erfolgreichen Widersprüche	2	0	0
Einnahmen Soll	48.531,10	36.094,25	31.075,50
Ist	48.692,35	36.397,25	30.799,00



Wasserrecht:			
Anzahl wasserrechtlicher Verfahren gesamt	797	839	811
Anzahl Widerspruchsverfahren	5	5	2
davon erfolgreiche Widersprüche	0	0	0
Anzahl OWI-Verfahren	0	0	3
Genehmigungen	117	122	118
Erlaubnisse	495	597	603
davon in konzentrierenden Verfahren	24	16	14
Planverfahren	2	2	0
Änderungen, Ergänzungen, Umstellungen	53	39	19
Versagungen, Widerrufe	6	7	4
Beanstandungen/Anordnungen u.ä.	106	43	47
Schäden am Gewässer	18	29	6
Einnahmen			
Soll	156.648,89	113.184,34	137.634,27
Ist	155.472,91	113.463,31	137.235,70